

1 Ein Rheinland-Pfalz, das funktioniert – Weil's jetzt gilt!

2 Unser Programm in aller Kürze – Weil's jetzt gilt

3 Unser Wahlprogramm folgt einem klaren Prinzip: Probleme lösen, nicht verwalten. Es
4 steht für Maß, für Mitte und für den Mut, ein Rheinland-Pfalz zu schaffen, das
5 funktioniert. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

6 **1. Bildung, Forschung und Innovation – Zukunft durch Wissen sichern (S. 10)**

7 Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft unseres Landes. Wir sorgen für
8 verlässliche Kitas, starken Unterricht, klare Leistungsstandards und echte
9 Chancengerechtigkeit – unabhängig von Herkunft oder Wohnort. Mit der frühen
10 Sprachstandserhebung erkennen wir Förderbedarf rechtzeitig. Durch ein verbindliches
11 Vorschuljahr schaffen wir die Grundlage für eine gezielte Unterstützung, die Kinder stark
12 macht, bevor die Schule beginnt. Wir entlasten die Teams in den Kitas durch zusätzliche
13 Assistenz- und Teamkräfte, damit Pädagoginnen und Pädagogen wieder mehr Zeit für
14 das Wesentliche haben: unsere Kinder.

15 In der Schule setzen wir auf Verlässlichkeit und Qualität: Unterrichtsgarantie von 8 bis
16 14 Uhr an allen Grundschulen, kostenloses und gesundes Mittagessen für jedes Kind
17 sowie Hausaufgabenbetreuung in der Schule entlasten Familien und sichern Förderung
18 unabhängig vom Elternhaus. Hinzu kommen mehr Personal, mehr Autonomie und eine
19 bessere Ausstattung in unserem gegliederten Schulsystem. Leistung und Förderung
20 gehören für uns untrennbar zusammen. Mit unserer Schwimm-Offensive stellen wir
21 zudem sicher, dass kein Kind die Grundschule verlässt, ohne schwimmen zu können.

22 Ausbildung und Studium betrachten wir gleichwertig: Die Meisterausbildung wird
23 kostenlos und die Berufsorientierung ab Klasse 7 wird durch zwei verpflichtende
24 Praktika gestärkt.

25 Forschung und Innovation sind die zwei Motoren unseres Landes: Wir fördern MINT-
26 Schulen, KI-Lehrstühle und stärken unsere Hochschulen, Institute und

27 Unternehmenskooperationen. Das erleichtert Ausgründungen und fördert den Wissens-
28 und Technologietransfer in die Wirtschaft. Mit gezielten Zukunftsfonds und KI-
29 unterstützten Forschungsnetzwerken geben wir Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz
30 Raum und Perspektive.

31 **Unser Ziel ist klar: Kinder verlässlich fördern, Lehrkräfte stärken und Zukunft durch**
32 **Wissen sichern. Weil's jetzt gilt.**

33 **2. Wirtschaft und Wachstum – Wohlstand für alle sichern (S. 21)**

34 Wohlstand entsteht durch Leistung, Innovation und Unternehmergeist. Die rheinland-
35 pfälzische Wirtschaft ist geprägt von Mittelstand, Industrie, Handwerk, Tourismus und
36 Landwirtschaft. Wir werden alles für eine starke Wirtschaft tun, damit gute Arbeitsplätze
37 und unser Wohlstand gesichert werden können. Deshalb schließen wir
38 Steuererhöhungen aus, stärken die Meister, fördern die duale Ausbildung und sichern
39 regionale Wertschöpfung.

40 Wir machen Schluss mit unnötiger Bürokratie, schaffen investitionsfreundliche
41 Rahmenbedingungen, beschleunigen Verfahren und verhindern neue Belastungen.
42 Genehmigungen werden schnell, digital und – wo möglich – als Anzeigepflicht statt
43 Genehmigungspflicht gestaltet. Fristversäumnisse von Behörden führen zur
44 automatischen Genehmigung. So schaffen wir endlich Tempo.

45 Unsere Wirtschaft braucht bezahlbare Energie und eine funktionierende Infrastruktur.
46 Deshalb lösen wir den Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und Schienen auf, stärken
47 den LBM und den LBB personell und organisatorisch und koordinieren Baustellen
48 länderübergreifend. Glasfaser- und 5G-Netze bauen wir flächendeckend aus.

49 Start-ups und innovative Ansätze fördern wir gezielt, insbesondere in den
50 Zukunftsfeldern wie Künstlicher Intelligenz, Wasserstoff und nachhaltigen
51 Technologien. Wir wollen ein Land, das den Fortschritt willkommen heißt und
52 Unternehmergeist fördert. Gute Arbeit, Fachkräftesicherung und Wachstum gehen
53 deshalb bei uns Hand in Hand.

54 **Unser Ziel ist klar: Wirtschaft stärken, Wohlstand sichern und Bürokratie abbauen.**
55 **Weil's jetzt gilt.**

56 **3. Sicherheit und Ordnung – Für ein sicheres Rheinland-Pfalz (S. 30)**

57 Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Unsere Polizei, Feuerwehr und alle
58 Einsatzkräfte verdienen vollen Rückhalt und echte Unterstützung. Wer sie angreift,
59 muss die Härte des Rechtsstaates spüren. Zudem sorgen wir für dauerhaft hohe
60 Einstellungszahlen und Regelbeförderungen. Die Polizei-, Feuerwehr- und
61 Justizvollzugszulage heben wir auf Bundesniveau und machen sie ruhegehaltstfähig.

62 Wir bringen mehr Polizei in die Fläche, entlasten durch den Kommunalen Vollzugsdienst
63 und reduzieren Verwaltungsaufgaben. Moderne Technik wie Body-Cams, elektronische
64 Fußfesseln und KI-gestützte Videoüberwachung an Brennpunkten setzen wir gezielt ein,
65 um Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Das gilt besonders beim Schutz von Kindern
66 und der Bekämpfung mobiler Banden- und Clanstrukturen. Opferschutz hat dabei
67 künftig klar Vorrang.

68 Extremismus bedroht unsere Demokratie – egal ob rechts, links oder religiös motiviert.
69 Deshalb vernetzen wir Sicherheitsbehörden enger, prüfen Vermögensabschöpfung bei
70 kriminellen Netzwerken und richten einen Sicherheitsrat des Landes ein.

71 Brand- und Katastrophenschutz werden zur Priorität: Eine 90-prozentige Weiterleitung
72 der Feuerschutzsteuer an die Kommunen sowie digitale Warnsysteme sorgen für eine
73 bessere Vorbereitung und Schlagkraft im Ernstfall. Zudem stellen wir die Einsatzkräfte
74 endlich in den Mittelpunkt: Mit besseren Ausbildungsbedingungen und Ausstattungen,
75 Dankesprämien bei Jubiläen und einem Zuschuss für den Führerschein.

76 Wir handeln konsequent, schnell und sichtbar, weil die Menschen in Rheinland-Pfalz
77 ein Recht auf Sicherheit und Schutz im Alltag und im Notfall haben. Sicherheit ist für uns
78 kein Zufall, sondern Ergebnis klarer Entscheidungen und eines starken Rechtsstaates.

79 **Unser Ziel ist klar: Sicherheit garantieren, Einsatzkräfte stärken und Rechtsstaat**
80 **entschlossen durchsetzen. Weil's jetzt gilt.**

81 **4. Migration und Integration – Chancen nutzen, Regeln einhalten (S. 38)**

82 Rheinland-Pfalz ist offen und hilfsbereit. Zuwanderung kann unser Land bereichern –
83 aber sie muss geordnet ablaufen, damit Integration gelingt. Wir unterscheiden klar
84 zwischen Schutz und Missbrauch, halten Asylverfahren kurz, lassen Flüchtlinge bis zum
85 Abschluss des Verfahrens in Erstaufnahmen und führen Rückführungen unmittelbar
86 aus Landeseinrichtungen durch. Kriminelle ausreisepflichtige Personen kommen in
87 einen Ausreisearrest, nicht in die Kommunen. Eine zentrale Ausländerbehörde bei der
88 ADD bündelt und beschleunigt Verfahren.

89 Integration ist für uns Pflicht und keine Wahl. Sie gelingt in erster Linie durch Sprache
90 und Arbeit. Deshalb werden Sprach- und Orientierungskurse Pflicht sowie
91 Anerkennungsverfahren für den Arbeitsmarktzugang effizienter. Wer dazugehören will
92 und unsere Werte achtet, ist willkommen. Wer unsere Regeln ablehnt, muss gehen.

93 **Unser Ziel ist klar: Migration ordnen, Regeln durchsetzen und Integration**
94 **verpflichten. Weil's jetzt gilt.**

95 **5. Gesundheit und Pflege – Nah, modern und menschlich (S. 42)**

96 Gesundheit ist Lebensqualität und Daseinsvorsorge. Nähe rettet Leben und deshalb
97 darf gute Versorgung nicht von der Postleitzahl abhängen. Wir sichern die haus- und
98 fachärztliche Versorgung im ganzen Land durch eine Erhöhung der
99 Medizinstudienplätze auf 650, fördern regionale Praxiskliniken und unterstützen bei der
100 Digitalisierung. Für kürzere Wartezeiten stärken wir die Terminservicestellen. Mit „Start,
101 Stay & Comeback“ gewinnen wir Mediziner für den Dienst in Rheinland-Pfalz zurück und
102 stärken die Versorgung im ländlichen Raum. Prävention und Rehabilitation sichern
103 Lebensqualität, indem sie Krankheiten vorbeugen, Folgen mindern und Menschen
104 nachhaltig stärken.

105 Notfälle müssen schneller bewältigt werden. Rettungsketten werden digital verzahnt
106 und Hubschrauber mit Nacht- und Hinderniserkennung ausgestattet. Gerade in
107 unterversorgten Gebieten passen wir die Zahl der Hubschrauber an die Bedarfe vor Ort
108 an.

109 Unsere Krankenhäuser bleiben eine der starken Säulen der medizinischen Versorgung.
110 Deshalb sichern und modernisieren wir unsere Klinikstandorte, investieren in digitale
111 Ausstattung und beschleunigen Planungs- und Bauprozesse. Zur Absicherung schaffen
112 wir einen „Lebende Krankenhäuser-Fonds“ mit einem Volumen von 150 Millionen Euro
113 pro Jahr.

114 Pflege hat für uns eine gesellschaftliche Priorität: Wir verbessern Arbeitsbedingungen,
115 fördern mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, stärken die häusliche Pflege durch
116 bessere Verzahnung und machen Pflegeberufe durch messbare Entlastung, höhere
117 Anerkennung und verlässliche Finanzierung attraktiver. Durch gezielte Förderung von
118 Hebammen und Hebammenzentralen bauen wir die Versorgung rund um
119 Schwangerschaft und Geburt aus. Zugleich stärken wir die Frauengesundheit und
120 schließen die Gender Health Gap durch die konsequente Berücksichtigung
121 geschlechtsspezifischer Unterschiede in der Medizin.

122 **Unser Ziel ist klar: Gesundheit wohnortnah sichern und Pflege stärken. Weil's jetzt**
123 **gilt.**

124 **6. Familie, Gesellschaft, Kultur, Sport, Ehrenamt, Medien und Europa –**
125 **Zusammenhalt stärken, Vielfalt fördern und Ehrenamt würdigen (S. 50)**

126 Familien und Ehrenamt sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie schaffen
127 Zusammenhalt, vermitteln Werte und geben Rheinland-Pfalz Identität. Unsere Vereine,
128 Kultur-Initiativen und Ehrenamtlichen leisten jeden Tag Großes. Deshalb gilt für uns:
129 Rückhalt statt Hürden und Vertrauen statt Bürokratie.

130 Wir stärken Familien ganz konkret beim Wohnen: Mit dem Eigenheim-Zuschuss fördern
131 wir den Erwerb der ersten selbstgenutzten Immobilie mit 10.000 Euro pro Elternteil und
132 5.000 Euro pro Kind unter 18 Jahren. Kinder und Frauen schützen wir konsequent,
133 Einsamkeit bekämpfen wir aktiv.

134 Ehrenamt und Sport brauchen eine Stimme im Zentrum der Landespolitik. Deshalb
135 bündeln wir Zuständigkeiten, verkürzen Wege und schaffen erstmals das Amt eines
136 Staatssekretärs für Sport und Ehrenamt in der Staatskanzlei. Damit sorgen wir für

137 Entscheidungen aus einem Guss, bessere Koordination und mehr Schlagkraft für
138 Engagement in der Fläche.

139 Vereine erhalten klare Ansprechpartner in den Finanzämtern, Ehrenamtliche besseren
140 Versicherungs- und Haftungsschutz und Förderverfahren werden digital und planbar.
141 Gleichzeitig bewahren wir unser Brauchtum und entlasten bei der GEMA.

142 **Unser Ziel ist klar: Familien stärken, Sport und Gemeinschaft ermöglichen und**
143 **Heimat mit Zukunft verbinden. Weil's jetzt gilt.**

144 **7. Landwirtschaft und Weinbau – Tradition bewahren, Zukunft gestalten (S. 64)**

145 Landwirtschaft und Weinbau sind identitätsstiftend und wirtschaftlich zentral. Sie
146 sichern Ernährung und pflegen unsere Kulturlandschaften. Wir stehen für eine
147 pragmatische und wissenschaftsbasierte Landwirtschaftspolitik. Ideologische Ansätze,
148 neue Verbote oder Abgaben jeder Art lehnen wir ab. Wir bauen Bewässerungsverbände
149 aus, fördern neue Rebsorten, gezielten Pflanzenschutz, Direktvermarktung und
150 Weintourismus.

151 Mit uns gibt es keine neuen Verbote und wir kämpfen klar gegen neue Belastungen, wie
152 beispielsweise eine Zuckersteuer. Regionale Wertschöpfung sichern wir gezielt.
153 Zusätzlich schaffen wir eine eigene Marketingkampagne des Landes für Genuss-, Wein-
154 und Regionalprodukte, damit Rheinland-Pfalz weltweit stärker sichtbar wird. Wir fördern
155 Innovation in der Landwirtschaft und im Weinbau durch digitale Antragsplattformen und
156 schnelle Bearbeitung von Förderverfahren. Planwagen- und Funzelfasten sichern wir
157 rechtssicher ab und beenden überzogene Einschränkungen.

158 Jagd ist gelebter Naturschutz, nicht sein Gegner. Wir ändern das Landesjagdgesetz,
159 ermöglichen aktives Wolfsmanagement und setzen uns für pragmatische
160 Bestandsregulierung bei Problem-Populationen (z.B. der Saatkrähe) ein. Kooperationen
161 zwischen Forst, Landwirtschaft und Naturschutz stärken wir gezielt.

162 **Unser Ziel ist klar: Ernährung und Versorgung sichern, Landwirtschaft und Weinbau**
163 **stärken und Jägern auf Augenhöhe begegnen. Weil's jetzt gilt.**

164 **8. Umwelt und Energie – nachhaltig und technologieoffen (S. 69)**

165 Umwelt- und Klimaschutz gelingen nur mit den Menschen, nicht gegen sie.

166 Umweltschutz, Wirtschaftskraft und soziale Verantwortung gehören zusammen, nicht in
167 den politischen Kulturkampf.

168 Beim Klimaschutz beenden wir ideologische Landes-Sonderwege und richten uns an
169 den Zielen des Bundes aus. Denn Klimaschutz darf nicht zu Abwanderung führen. Wir
170 setzen auf Technologieoffenheit: Erneuerbare Energien, Geothermie, Wasserkraft,
171 Biogas, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Kreislaufwirtschaft und CCS/CCU für
172 eine klimaneutrale Industrie werden ermöglicht, wenn geforscht und auch gefördert
173 wird.

174 Energiepolitik bleibt klar Standortpolitik. Energie muss bezahlbar und sicher sein. Wir
175 setzen auf dezentrale Energiekonzepte mit flexiblen Kraftwerken und modernen
176 Speichern. Sie muss lokale Wertschöpfung stärken, darf aber Regionen nicht
177 überfordern.

178 Auch beim Wasser handeln wir vorausschauend: Winterregen wird gespeichert,
179 Grundwasserneubildung durch gesteuerte Versickerung verbessert und Hochwasser-
180 sowie Hitzeschutz strategisch gestärkt. Mit verpflichtenden Wasserverbänden planen,
181 bauen und pflegen Ober- und Unterlieger gemeinsam.

182 Unser Wald wird klimastabil und brandsicher: Mischwaldumbau, Brandschneisen,
183 Schutzstreifen und Löschteiche setzen neue Standards und Waldeigentümer werden
184 unterstützt.

185 **Unser Ziel ist klar: Umwelt schützen, Wirtschaft stärken und Energie langfristig**
186 **sichern. Weil's jetzt gilt.**

187 **9. Kommunen und ländliche Räume – Lebensräume der Zukunft (S. 75)**

188 Starke Kommunen sind die Basis eines funktionierenden Landes. Hier entscheidet sich,
189 ob Zusammenhalt funktioniert und Menschen Zukunftschancen haben. Unser Anspruch
190 ist einfach: Kein Dorf, keine Stadt und kein Landkreis werden abgehängt. Dafür schaffen
191 wir gleichwertige Lebensverhältnisse.

192 Wir reformieren den Kommunalen Finanzausgleich an der Wurzel. Kleinteilige
193 Förderprogramme ersetzen wir durch allgemeine und dynamisierte Finanzausweisungen,
194 damit Kommunen selbst entscheiden und investieren können. Konnexität ist
195 Verfassungsauftrag, deshalb führen wir eine verbindliche Konnexitätsprüfung und
196 Folgenabschätzung für Landesgesetze ein. Wer Aufgaben überträgt, muss sie auch
197 finanzieren.

198 Ein starkes Entlastungssignal setzen wir bei den Verkehrswegen: Die
199 Straßenausbaubeiträge schaffen wir endgültig ab. Straßen sind öffentliche
200 Daseinsvorsorge und keine Privatlasten. Die Finanzierung erfolgt künftig planbar über
201 eine verlässliche Landespauschale.

202 In den ländlichen Räumen stärken wir Gaststätten, Dorfläden, Bürger- und
203 Mehrgenerationenhäuser, Rufbusse sowie digitale Dorfplattformen für Nahversorgung
204 und Ehrenamt.

205 **Unser Ziel ist klar: Mehr Vertrauen, mehr Freiheit und mehr finanzielle Kraft für die,**
206 **die Zukunft vor Ort gestalten – unsere starken Kommunen. Weil's jetzt gilt.**

207 **10. Mobilität und Infrastruktur – vernetzt und zukunftsfähig (S. 77)**

208 Leistungsfähige Mobilität und moderne Infrastruktur sind Voraussetzung für
209 wirtschaftliche Stärke und gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir investieren
210 konsequent in Straßen, Brücken, Schienen, digitale Netze und Wasserwege – mit klaren
211 Prioritäten und schneller Umsetzung. Ein rheinland-pfälzischer Infrastrukturfonds gibt
212 der Bauwirtschaft jahrelange Planungssicherheit, damit Personal und Technik
213 aufgebaut werden können. Genehmigungen digitalisieren wir und Verfahren
214 ermöglichen wir parallel statt nacheinander.

215 Wir holen Rheinland-Pfalz auf die Zukunftsschiene: Bessere Taktung im
216 Regionalverkehr, mehr Planungskapazitäten für Radschnellwege und ein Netz an
217 Mobilitätspunkten für leichte Umstiege zwischen den Verkehrsträgern. Busse,
218 Bürgerbusse und On-Demand-Verkehre fahren künftig datengesteuert und
219 bedarfsgerecht.

220 Und weil Teilhabe nicht am Wohnort scheitern darf, setzen wir ein starkes Zeichen für
221 die junge Generation: Alle Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende erhalten ein
222 vom Land finanziertes Deutschlandticket, und zwar unabhängig von ihrem Wohnort in
223 Rheinland-Pfalz.

224 **Unser Ziel ist klar: Ein Rheinland-Pfalz, das in Bewegung bleibt – damit alle gut**
225 **ankommen. Weil's jetzt gilt.**

226 **11. Digitalisierung, Entbürokratisierung und Staatsfinanzen – Chancen der**
227 **Zukunft nutzen (S. 82)**

228 Ein funktionierender Staat arbeitet digital, effizient und verantwortungsvoll mit dem
229 Geld der Bürger. Wir digitalisieren Verwaltung konsequent, beschleunigen Verfahren
230 und bauen Bürokratie spürbar ab. Regeln werden bereits bei der Entstehung auf
231 Bürokratie- und Digitaltauglichkeit geprüft. Wo Ermessensspielräume bestehen, nutzen
232 wir diese bürger- und wirtschaftsfreundlich. Wir bündeln Digital- und
233 Verwaltungsprojekte an einer zentralen Stelle: Digitalisierung wird damit zur Chefsache.
234 Ein Bürokraatiemeldeportal gibt Menschen und Unternehmen erstmals eine direkte
235 Stimme.

236 Auch bei den Finanzen ändern wir die Haltung: Rheinland-Pfalz hat kein Einnahme-,
237 sondern ein Umsetzungsproblem. Milliardenüberschüsse wurden zu lange nicht in
238 Zukunftsinvestitionen überführt – stattdessen tragen wir heute die rote Laterne bei der
239 Investitionsquote. Das beenden wir. Öffentliche Mittel setzen wir zielgerichtet ein und
240 priorisieren Investitionen in die Zukunft. Solide Staatsfinanzen sind für uns kein
241 Selbstzweck, sondern Voraussetzung für Handlungsfähigkeit und Vertrauen.

242 **Unser Ziel: Ein Land, das funktioniert und Chancen nutzt statt Bedenken pflegt.**
243 **Weil's jetzt gilt.**

244 **1. Bildung, Forschung und Innovation – Zukunft durch**

245 **Wissen sichern**

246 **Jedes Kind zählt. Jeder junge Mensch verdient die besten Chancen. Jede Idee**
247 **braucht Raum, um zu wachsen.** Bildung, Forschung und Innovation entscheiden über
248 die Zukunft jedes Einzelnen und über die Zukunft unseres Landes. Deshalb sind wir fest
249 überzeugt: Rheinland-Pfalz braucht ein Bildungssystem, das verlässlich funktioniert,
250 Leistung ermöglicht und Chancen eröffnet. Unser Anspruch ist klar: Jedes Kind muss
251 sein volles Potenzial entfalten können. Deshalb erneuern wir das Versprechen vom
252 Aufstieg durch Bildung.

253 **a. Frühkindliche Bildung – starke Grundlagen von Anfang an**

254 Neben der Familie werden in der Kita die Grundlagen für Bildungserfolg und
255 gesellschaftliche Teilhabe gelegt. Hier entscheidet sich, ob ein Kind mit
256 Selbstvertrauen, Lernfreude und dem richtigen Sprachvermögen in die Schule startet
257 oder bereits von Anfang an mit Nachteilen beginnt. Wir sorgen dafür, dass jedes Kind
258 stark startet – unabhängig von seinem Elternhaus.

259 Das letzte Kita-Jahr wird deshalb **verbindlich**. In diesem Vorschuljahr bereiten wir alle
260 Kinder gezielt und altersgerecht auf den Start in die Schule vor. So schaffen wir echte
261 Chancengerechtigkeit und einen verlässlichen Übergang von der Kita in die
262 Grundschule.

263 Mit Beginn des kommenden Schuljahres bauen wir die **Sprachförderung** deutlich aus.
264 Eine verpflichtende Sprachstandserhebung mit viereinhalb Jahren erkennt Förderbedarf
265 frühzeitig. Kinder mit Sprachdefiziten erhalten verbindliche und individuelle Förderung –
266 mit qualifiziertem Personal, alltagsintegrierten Sprachprogrammen und der festen
267 Einbindung der Eltern. Sprache ist für uns nicht nur der Schlüssel zu Bildung, sondern
268 auch zu Integration und sozialer Teilhabe.

269 Die Kita ist ein Ort, an dem Kinder von Erzieherinnen und Erziehern in ihrer Entwicklung
270 begleitet und unterstützt werden. Und deshalb braucht es **bessere**
271 **Rahmenbedingungen** in den Kitas. Rheinland-Pfalz leidet unter Fachkräftemangel,
272 Überlastung und Investitionsrückständen. Deshalb sorgen wir für mehr qualifiziertes
273 Personal und moderne Ausstattung. Zusätzliche Teamkräfte helfen zudem bei der
274 Organisation und entlasten zugleich unsere Pädagoginnen und Pädagogen von
275 Verwaltungsaufgaben. Pädagogik statt Papierkram – das ist unser Anspruch.

276 Wir garantieren **verlässliche Öffnungszeiten**, die für Eltern die Vereinbarkeit von
277 Familie und Beruf sicherstellen, sodass sie nicht Woche für Woche neue Planungen
278 anstellen müssen.

279 Mit einer **Investitions offensive sanieren wir Kitas, modernisieren Lernräume und**
280 **schaffen zusätzlich neue Plätze**. Ein Sonderprogramm für Sanitäreinrichtungen,
281 Küchen und Außenbereiche macht unsere Kitas zu Wohlfühl- und Lernorten. Zudem
282 sorgen wir für eine transparente, verlässliche Finanzierung der freien und kirchlichen
283 Träger und ein Mehr an Landesbeteiligung für unsere Kommunen.

284 Die **Beitragsfreiheit** der Kitas sichern wir dauerhaft ab. Frühkindliche Bildung darf keine
285 Frage des Geldbeutels sein. Das gilt erst recht, wenn das letzte Kita-Jahr verbindlich ist.

286 **Unser Ziel:** Kein Kind startet ohne die sprachliche und soziale Schulfähigkeit in die Schule.
287 Bildung beginnt mit Vertrauen und mit Verlässlichkeit.

288 **b. Schule – Mehr Zeit, mehr Qualität, mehr Verlässlichkeit**

289 Eltern erwarten, dass Schule funktioniert. Kinder wollen lernen. Lehrkräfte wollen ihren
290 Bildungsauftrag erfüllen. Für uns ist klar: Schulen müssen Orte des Lernens sein und
291 nicht der dauerhaften Improvisation. Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel und
292 Überlastung dürfen deshalb kein Dauerzustand sein. Wir sorgen dafür, dass Unterricht
293 verlässlich stattfindet, Leistung wieder im Mittelpunkt steht und Erfolge auch gefeiert
294 werden dürfen.

295 **Dafür gibt es unsere landesweite Grundschul-Garantie:** Unterricht findet von Montag
296 bis Freitag zwischen 8 und 14 Uhr statt – ohne Ausfall und ohne Notlösungen. Innerhalb
297 dieser Zeit steht das konsequente Üben und Vertiefen der Grundkompetenzen **Lesen,**
298 **Schreiben und Rechnen** im Mittelpunkt. Jedes Kind erhält ein kostenloses, gesundes
299 Mittagessen. Hausaufgaben erledigen die Schülerinnen und Schüler in der Schule,
300 damit Förderung nicht am Küchentisch scheitert. Der Nachmittag bleibt frei.
301 Ergänzende Betreuungsangebote setzen wir dort ein, wo sie genutzt werden. Wo
302 Ganztagsmodelle bereits erfolgreich eingerichtet sind, bleiben sie erhalten und werden
303 weitergeführt.

304 Lehrkräfte, Sozialarbeit, Schulpsychologie und Schulassistenzen arbeiten künftig noch
305 konsequenter und in allen Schulformen in **multiprofessionellen Teams** zusammen. So
306 fördern wir Schülerinnen und Schüler individuell und vermeiden Unterrichtsausfälle.

307 Kein Kind verlässt die Grundschule, ohne schwimmen zu können. Das erreichen wir mit
308 unserer **Schwimm-Offensive** und mit verbindlich sowie verlässlich durchgeführtem
309 Schwimmunterricht. Dafür werden Schwimmbäder saniert und in der Fläche erhalten.
310 Mobile Schwimmcontainer werden dort eingesetzt, wo Schulen keinen wohnortnahen
311 Zugang zu Wasserflächen haben.

312 Lehrkräfte verdienen Rückhalt, Wertschätzung und eine faire Bezahlung.
313 Grundschullehrkräfte leisten Herausragendes: Sie legen das Fundament für den
314 Bildungsweg unserer Kinder und begleiten sie in den entscheidenden ersten
315 Schuljahren. Deshalb heben wir die Besoldung der **Grundschulkräfte auf A 13** an. Für
316 alle Lehrkräfte an den weiterführenden und beruflichen Schulen führen wir
317 Regelbeförderungen wieder ein. Es darf nicht sein, dass gut ausgebildete Lehrerinnen
318 und Lehrer, die in Rheinland-Pfalz ihre Ausbildung machen, anschließend in andere
319 Bundesländer abwandern.

320 Für uns ist klar: **Schule muss ein sicherer Ort sein.** Wir leben eine Null-Toleranz-Linie
321 bei Gewalt, Bedrohungen und Respektlosigkeit und setzen auf wirksame
322 Ordnungsmaßnahmen sowie klare Notfallkonzepte. Dazu richten wir eine Task-Force
323 beim Land ein, die bei akuten Problemen an Schulen schnell vor Ort eingreifen kann. Sie

324 besteht aus Psychologen, Sicherheitskräften und speziell geschulten Lehrkräften. Als
325 Dienstherr stellen wir uns bei Problem- und Krisenfällen klar hinter unsere Lehrkräfte,
326 anstatt sie mit einem Maulkorb zu versehen. Dafür erhalten sie in Zukunft schnelle und
327 verlässliche Rückendeckung durch Schulaufsicht und Ministerium.

328 Wir gestalten die Lehrerausbildung praxisnäher, etwa durch duale
329 Lehramtsstudiengänge und mehr Praktika im Studium. Zudem setzen wir auf **kleinere**
330 **Klassen und eine verlässliche Unterrichtsversorgung** von mindestens 105 Prozent,
331 damit Unterrichtsausfall bestenfalls der Vergangenheit angehört. All dies gelingt uns
332 durch mehr Planstellen und Vertretungspools. Dabei machen wir den Beruf der Lehrerin
333 bzw. des Lehrers wieder so attraktiv, dass sich junge Menschen bewusst dafür
334 entscheiden.

335 Wir erleichtern den Quereinstieg aus anderen Berufen. Regelmäßige Fortbildungen zum
336 Beispiel in Didaktik, Inklusion oder Digitalisierung müssen Standard werden und werden
337 deshalb von uns aktiv unterstützt. Dafür können Lehrerinnen und Lehrer
338 Anrechnungsstunden oder finanzielle Unterstützung erhalten.

339 Wir setzen auf Vertrauen statt auf Kontrolle. Lehrkräfte brauchen Freiraum, um guten
340 Unterricht zu gestalten, statt die Vorgaben aus Ministerien bis ins kleinste Detail
341 abzuarbeiten. Wer unsere Kinder ausbildet, verdient unseren Respekt sowie Zeit für
342 echten Unterricht und eigene Entscheidungen.

343 Wir starten eine **Investitionsoffensive für Schulgebäude**: Klassenräume, Turnhallen,
344 Schulsportanlagen und Mensen werden saniert und modernisiert. Jede Klassenleitung
345 erhält ein eigenes Budget, um Lernräume pädagogisch und individuell gestalten zu
346 können.

347 Schulen müssen Orte sein, an denen Kinder sich wohlfühlen und Lehrkräfte gute
348 Bedingungen vorfinden. Wir wollen keine Schulen mehr, in denen Eimer Regenwasser
349 auffangen oder Unterricht dauerhaft in Containern stattfindet. Deshalb machen wir sie
350 zum digitalen, sicheren und einladenden Lernort.

351 Als CDU stellen wir uns gegen die Bestrebungen zu einer Einheitsschule in unserem
352 Bundesland, weil wir keine Einheitskinder haben. Wir stehen klar für den **Erhalt und die**
353 **Stärkung des gegliederten Schulsystems.**

354 Die **Realschulen Plus** werden wir gezielt stärken und weiterentwickeln. Denn sie sind
355 eine tragende Säule unseres differenzierten Bildungssystems. Sie verbinden Theorie
356 und Praxis und leisten damit einen zentralen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur
357 Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Aber auch hier muss Leistung wieder im Mittelpunkt
358 stehen. Deshalb setzen wir auf gezielte Förderprogramme in den Klassenstufen 5 bis 7
359 für Lesen, Schreiben und Rechnen, auf verschlankte Lehrpläne sowie auf verbindliche
360 Sprach-Intensivklassen, insbesondere an den Schulen mit einem derzeit hohen
361 Migrationsanteil. Mit einem Förderprogramm „Starke Realschule plus“ sorgen wir für
362 bessere Ausstattung, mehr Praxisprojekte, digitale Unterrichtsentwicklung und gezielte
363 Maßnahmen zur Lehrkräftegesundheit. So geben wir dieser Schulform die Anerkennung,
364 Unterstützung und Perspektive zurück, die sie verdient.

365 Im Bereich der **Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen** werden wir den
366 rheinland-pfälzischen Sonderweg mit „Winterabitur“ beenden und flächendeckend zum
367 vollen G9 zurückkehren. Die echten G8-Gymnasien als Schnellläufer bleiben
368 selbstverständlich erhalten.

369 Allen Schülerinnen und Schülern wird zudem ein **kostenloses Deutschlandticket**
370 **unabhängig vom Wohnort** und finanziert durch das Land zur Verfügung gestellt. Damit
371 beenden wir die Ungerechtigkeit, dass nur diejenigen Schülerinnen und Schüler ein
372 Deutschlandticket bekommen, die nicht zu nah an der Schule wohnen.

373 Bildung braucht Werte. Wir stehen für **Leistung, Verantwortung und Zusammenhalt.**
374 Deshalb wollen wir verbindliche Leistungsstandards und nachvollziehbare Prüfungen.
375 Das heißt auch: Klare Notengebung statt Abschaffung des Sitzenbleibens und des
376 Leistungsprinzips. Fördern und Fordern gilt für alle: Unterstützung für Kinder mit
377 Lernrückständen, Förderung für Hochbegabte sowie verlässliche Bildungsangebote für
378 die breite Mitte. Bei den Bundesjugendspielen wird es wieder flächendeckend

379 Teilnehmer-, Sieger- und Ehrenurkunden geben. Kinder und Jugendliche wollen und
380 sollen sich messen dürfen.

381 Wir werden die **Lehrpläne an moderne Inhalte anpassen**, klare Standards setzen und
382 streben die Einführung von zentralen Abschlussprüfungen an. Auch Demokratiebildung
383 und Erinnerungskultur gehören zum Unterrichtsalltag. **Politische Bildung und klare**
384 **Kante gegen Antisemitismus** sind Pflichtbestandteile schulischer Erziehung. Jede
385 Schülerin und jeder Schüler soll verpflichtend mindestens einmal in seiner
386 Schullaufbahn ein ehemaliges Konzentrationslager oder eine KZ-Gedenkstätte besucht
387 haben. Wir wollen eine Schule, die Haltung zeigt. Gegen Extremismus, gegen Hass und
388 für unsere Demokratie.

389 Wir **stärken und erhalten die Förderschulen** als zentralen Bestandteil einer inklusiven
390 Bildungslandschaft. Für uns gilt: **Inklusion** orientiert sich am Kindeswohl und geht
391 damit verantwortungsvoll um. Kinder sollen an der Schule lernen können, die für sie
392 geeignet ist. Sie werden in unserem durchlässigen System unterstützt, damit sie ihren
393 Schulabschluss erhalten und in die berufliche Ausbildung starten können. Kinder, bei
394 denen ein besonderer Förderbedarf vermutet wird, wollen wir wieder frühzeitig vor dem
395 Schuleintritt testen. Damit können Eltern die geeignete Schule für ihr Kind wählen. So
396 erhalten wir für die Kinder die Chance, von Beginn an eine Förderschule zu besuchen.

397 Auch in weiterführenden Schulen ist die Sprachkompetenz Voraussetzung für
398 Schulerfolg. Deshalb werden wir **Intensivklassen** einführen. In altersgemischten
399 Deutsch-Klassen erhalten Kinder und Jugendliche ohne ausreichende
400 Deutschkenntnisse eine intensive Sprachvermittlung. Erst mit ausreichenden
401 Kenntnissen der deutschen Sprache erfolgt dann die Regeleinschulung.

402 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche ihre Talente entdecken und entfalten können.
403 Die Förderung von **Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik**
404 **(MINT)** ist uns ein besonderes Anliegen. Schülerlabore, Wettbewerbe und Projekte in
405 Zusammenarbeit mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und Hochschulen machen
406 Wissenschaft erlebbar und stärken den Mut sowie die Begeisterung für den weiteren

407 Weg im MINT-Bereich. Lehrkräfte bilden wir gezielt fort, um den MINT-Unterricht
408 lebendig zu gestalten. Schulen unterstützen wir dabei, wenn sie sich als MINT-Schule
409 profilieren wollen.

410 **Zudem stärken wir im Fach Sozialkunde den Bereich Wirtschaft und Finanzen.** So
411 fördern wir die Fähigkeit junger Menschen, wirtschaftliche Zusammenhänge
412 einschätzen zu können und ihre Zukunft eigenverantwortlich zu gestalten. Es ist eine
413 Frage der Chancengerechtigkeit, über die notwendigen Grundlagen für kluge
414 Entscheidungen mit Blick auf Konsum, Kredite oder Altersvorsorge zu verfügen.
415 Finanzbildung ist dabei ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. In der
416 Kultusministerkonferenz setzen wir uns deshalb auch dafür ein, dass sich Deutschland
417 am Finanzmodul der regelmäßigen PISA-Studie beteiligt. Damit gewinnen wir die
418 notwendigen repräsentativen Daten, um Finanzbildung gezielt und unabhängig zu
419 verbessern.

420 **c. Berufliche Bildung – Gleichwertige Chancen für Kopf und Hand**

421 Wir sind stolz auf die berufliche Bildung. Sie ist die Grundlage für unsere
422 Wirtschaftskraft. Wer sich für Handwerk, Industrie oder Dienstleistung entscheidet,
423 trifft eine gleichwertige, kluge und verantwortungsvolle Wahl. Wir wollen, dass eine
424 Ausbildung denselben Stellenwert genießt wie ein Studium.

425 Deshalb soll die **Meisterausbildung kostenfrei** werden und wir unterstützen bei der
426 Gründung eines eigenen Unternehmens. In der Schule wollen wir die Berufsorientierung
427 ab Klasse 7 mit der Einführung von weiteren zwei verpflichtenden Praktika an allen
428 weiterführenden Schulen stärken. Damit werden Wege und Abschlussmöglichkeiten
429 der beruflichen Bildung für alle früh sichtbar. Auch die Einführung eines „Tages des
430 Handwerks“ an Schulen, an dem sich regionale Betriebe vorstellen und Schülerinnen
431 und Schüler so die verschiedenen Ausbildungsberufe des Handwerks hautnah erleben
432 können, wird dabei ein wichtiger Baustein sein. Das gilt gleichermaßen für die Breite an
433 dualen Ausbildungsberufen in Dienstleistung und Handel. Sie reichen von den
434 klassischen kaufmännischen Berufen im Büro und Verkauf über spezialisierte
435 Ausbildungsberufe wie zum Beispiel im Automobil- und Buchhandel, Drogeriewesen,

436 Veranstaltungsbereich und Floristik bis hin zu Berufsfeldern wie Gastronomie,
437 Gesundheitswesen, Logistik, Tourismus und Sicherheit.

438 Wir werden Berufsschulen modernisieren: Werkstätten, Lernlabore und digitale
439 Ausstattung müssen auf dem neuesten Stand sein. Darüber hinaus sorgen noch
440 stärkere Kooperationen mit Unternehmen und Kammern für eine praxisnahe
441 Ausbildung.

442 Mit mehr Fachpraxislehrkräften stärken wir zudem die berufliche Ausbildung. Denn für
443 den Wohlstand von Rheinland-Pfalz brauchen wir überall bestens ausgebildete
444 Handwerker, Fachkräfte, Angestellte und Akademiker.

445 **d. Hochschule und Forschung – Rheinland-Pfalz als Land der Talente und Ideen**

446 Unsere Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind die
447 Denkfabriken der Zukunft. Hier entstehen Innovationen, die Arbeitsplätze schaffen und
448 unser Land voranbringen. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz wieder zu den führenden
449 Wissenschafts- und Innovationsstandorten Deutschlands gehört. Exzellente Forschung
450 braucht exzellente Bedingungen. Deshalb werden wir Forschung und Lehre besser
451 finanzieren, Hochschulen entbürokratisieren und den wissenschaftlichen Nachwuchs
452 stärker fördern. Mit attraktiven Karrierewegen und einer besseren Vereinbarkeit von
453 Familie und Forschung binden wir kluge Köpfe. Zusammen mit einer modernen
454 Hochschulinfrastruktur machen wir Rheinland-Pfalz so zum echten Wissenschaftsland.

455 **Wissenschaft braucht Wertschätzung und eine verlässliche Finanzierung.** Wir
456 sichern eine **verlässliche Grundfinanzierung** und schaffen mehr Autonomie für unsere
457 Hochschulen. Dazu gehört, dass die Zuschüsse an die Studierendenwerke
458 inflationsgerecht angepasst und der Einsatz neuer Technologien in Lehre, Verwaltung
459 und Forschung gezielt gefördert werden. Auf diese Weise werden wir den Stellenwert
460 von Wissenschaft und Forschung im Land aufwerten und die Rahmenbedingungen
461 verbessern. Zudem passen wir den Ressortzuschnitt so an, dass Forschung, Innovation
462 und Digitalisierung enger zusammenwirken. Bürokratieabbau ist dringend nötig, damit
463 Forscherinnen und Forscher auch forschen können und nicht ständig Formulare

464 ausfüllen müssen. Dadurch entstehen Freiräume und wir schaffen mehr Raum für
465 Innovationen.

466 **Wir wollen Studienerfolge sichern.** Dazu gehören gezielte Beratungsangebote, auch
467 zu alternativen Bildungswegen. Studentinnen und Studenten erhalten frühzeitig
468 Unterstützung, um ihren individuellen Bildungsweg erfolgreich fortzusetzen. Zudem
469 investieren wir in bezahlbare Wohnheimplätze und schaffen die Zweitwohnsitzsteuer für
470 Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende ab. Junge Menschen dürfen nicht
471 dafür bestraft werden, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt in der Heimat behalten.

472 **Hochschulen brauchen moderne Gebäude und Labore.** Der Sanierungsstau an
473 Hochschulen ist massiv und muss konsequent abgebaut werden. Deshalb werden wir
474 ein langfristiges **Bau- und Sanierungsprogramm** auflegen, das planbar, effizient und
475 qualitativ hochwertig umgesetzt wird. Die Hochschulen erhalten dafür mehr
476 **Bauautonomie**, um Entscheidungen vor Ort schneller und flexibler treffen zu können.

477 **Die Universitätsmedizin Mainz ist neben unserer Pharma- und**
478 **Biotechnologiebranche das medizinische Forschungszentrum in Rheinland-Pfalz.**
479 Wir wollen sie als Exzellenz- und Gesundheitszentrum weiter ausbauen und den
480 Baumasterplan effizient und qualitativ hochwertig umsetzen. Mehr
481 Medizinstudienplätze sichern die Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses und die
482 Zukunft der Versorgung im Land.

483 **Unsere Hochschulen sollen sich klar profilieren.** Wir sorgen dafür, dass unsere
484 Universitäten für Spitzen- und Grundlagenforschung sowie für die wissenschaftliche
485 Nachwuchsförderung stehen. Hochschulen für angewandte Wissenschaften
486 überzeugen durch besondere Praxisnähe und regionale Vernetzung. Gemeinsam
487 stärken beide Hochschularten den Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft und
488 damit die Zukunft von Rheinland-Pfalz. Wir unterstützen die Hochschulen beim
489 Einwerben von Drittmitteln und beim Aufbau von Sonderforschungsbereichen. Gezielt
490 fördern wir Synergien zwischen Universitäten und Hochschulen für angewandte
491 Wissenschaften. Das betrifft sowohl die Erarbeitung zukunftsgerichteter
492 Studienkonzepte als auch die Verbesserung der Mobilität für Studentinnen und

493 Studenten. Besonders in zentralen Zukunftsfeldern wie Künstlicher Intelligenz, Cyber-
494 Security und Nachhaltigkeit wollen wir die Stärken beider Hochschulformen
495 systematisch bündeln und wirksam nutzbar machen.

496 **Künstliche Intelligenz ist eine Schlüsseltechnologie der Zukunft.** Wir bauen die KI-
497 Forschung und -Lehre weiter aus. Dazu fördern wir interdisziplinäre Projekte und
498 beschleunigen den Transfer in die Wirtschaft. Mit einem neuen KI-Lehrstuhl in Speyer
499 stärken wir die Verwaltungskompetenz und schaffen praxisnahe Lösungen für
500 öffentliche Institutionen. Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in
501 Speyer ist ein bundesweit einzigartiges Kompetenzzentrum für
502 Verwaltungsmodernisierung und Rechtsstaatlichkeit. Wir sichern ihre leistungsfähige
503 Ausstattung und eine verlässliche Finanzierung, um ihre besondere Rolle für Bund,
504 Länder und Kommunen dauerhaft zu stärken.

505 **Wissenschaft bleibt dann stark, wenn sie konkrete Lösungen liefert.** Deshalb
506 erhöhen wir den **Praxisbezug der Hochschulen**: durch eine intensivere Kooperation mit
507 regionalen Unternehmen, durch mehr praxisorientierte Lehrstühle und durch eine
508 Ausweitung dualer Studienangebote. Eine **Hochschule für angewandte**
509 **Wissenschaften** soll dabei schrittweise zu einer **rein dualen Hochschule** ausgebaut
510 werden.

511 **Wir fördern gezielt die Gründungskultur an allen Hochschulen.** Unternehmerisches
512 Denken soll dort selbstverständlich werden. Gründerzentren werden wir ausbauen
513 sowie enger vernetzen. Gründerstipendien geben jungen Talenten den Mut, ihre Ideen
514 auch tatsächlich umzusetzen. Professorinnen und Professoren können künftig ein
515 Gründungssemester erhalten, um innovative Projekte aufzubauen oder Ausgründungen
516 aktiv zu begleiten. Hochschulen dürfen sich zudem selbst an Ausgründungen beteiligen,
517 um Transfer und Innovation nachhaltig zu stärken.

518 **Kooperation ist der Schlüssel für Innovation.** Wir schaffen Experimentierräume, in
519 denen Hochschulen, Schulen, Unternehmen und Verwaltungen neue Ideen gemeinsam
520 erproben können. Der Übergang von der Schule zur Hochschule wird gestärkt, zum
521 Beispiel durch die Nutzung von Trainingstagen in der Oberstufe, damit Schülerinnen und

522 Schüler frühzeitig Einblicke in das Hochschulleben und wissenschaftliches Arbeiten
523 erhalten.

524 **e. Digitalisierung der Bildung – Mit Wissen die Zukunft gestalten**

525 Digitale Bildung ist keine Ergänzung, sondern gehört im 21. Jahrhundert zu den
526 grundlegenden Kompetenzen dazu. Sowohl Schulen als auch Hochschulen müssen
527 technisch und pädagogisch in der Lage sein, digitale Werkzeuge sinnvoll einzusetzen.

528 Wir sorgen für eine **flächendeckende digitale Infrastruktur, wie beispielsweise**
529 **Glasfaseranschlüsse und stabile WLAN-Netze** in allen Bildungseinrichtungen. Jede
530 Lehrkraft, jede Schülerin und jeder Schüler ab Klasse 8 soll über ein digitales Endgerät
531 verfügen. IT-Fachkräfte kümmern sich um die technische Infrastruktur, damit Lehrkräfte
532 mehr Zeit für den Unterricht haben. Dazu gehört aber auch, dass Lehrkräfte digitale
533 Didaktik tatsächlich beherrschen. Deshalb werden **Fortbildungen** praxisorientiert und
534 durch ein landesweites Programm unterstützt. Wir setzen auf Kooperationen mit
535 Wirtschaft und Hochschulen, etwa nach dem Vorbild der KI-Skilling-Initiative von
536 Nordrhein-Westfalen.

537 **Digitale Bildung bedeutet mehr als Technik**, und sie verlangt neue Formen des
538 Lernens. Deshalb gilt es, von Anfang an die digitalen Kompetenzen als Schlüssel- und
539 Querschnittsaufgabe zu begreifen und zu fördern. Dazu gehört der richtige und
540 verantwortungsvolle Umgang mit dem Datenschutz und der Medienethik. **Kinder und**
541 **Jugendliche müssen deshalb frühzeitig lernen, sich sicher, kritisch und**
542 **verantwortungsvoll in der digitalen Welt zu bewegen.** Das bedeutet auch, zur
543 Verfügung stehende Informationen kritisch bewerten zu können. Wir stärken deshalb
544 die Medienkompetenz in allen Altersstufen durch Unterrichtsangebote zur
545 Informationsbewertung, zum Schutz der Privatsphäre und zur Erkennung von Fake
546 News. Denn digitale Bildung ist nur dann erfolgreich, wenn sie mündige Nutzer
547 hervorbringt. Zugleich braucht es klare Grenzen für den schulischen Alltag. Wir wollen
548 die **private Handynutzung an Schulen untersagen**, um Konzentration, soziales
549 Miteinander und Lernruhe zu fördern. Wo Schulen Handys und andere digitale Geräte im

550 Unterricht pädagogisch sinnvoll einsetzen, können sie selbst über deren Nutzung
551 entscheiden.

552 Digitale Bildung ersetzt sicher keine Lehrkraft, aber sie gibt ihr neue Möglichkeiten. Wir
553 wollen Schulen, die mit der Zukunft Schritt halten, und junge Menschen, die sie
554 verantwortungsvoll gestalten.

555 **Unser Ziel: Zukunft durch Wissen sichern**

556 Rheinland-Pfalz ist für uns ein Land, in dem Bildung zählt, Leistung sich lohnt und jeder
557 Aufstieg möglich ist. Ein Land, das Kindern Vertrauen gibt, Lehrkräften Freiheit,
558 Forschern Raum und Gründern Mut. Ein Land, das durch Wissen seine Zukunft sichert.

559 **2. Wirtschaft und Wachstum – Wohlstand für alle sichern**

560 **Wohlstand entsteht nicht durch den Staat, sondern durch Menschen, die**
561 **anpacken, Ideen haben und Verantwortung übernehmen.** Rheinland-Pfalz ist ein
562 Land der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Handwerkerinnen und Handwerker,
563 der Fachkräfte und der Menschen mit Mut zum Risiko. Doch unser Land braucht neuen
564 Schwung. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich Leistung lohnt,
565 Innovationen wachsen und Arbeit sich auszahlt. Denn wirtschaftliche Stärke und
566 Wachstum sind die Voraussetzung für unsere Sicherheit und unseren
567 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Geld, das für gute Bildung, medizinische
568 Versorgung, Pflegeleistungen auf hohem Niveau und soziale Absicherung ausgegeben
569 wird, muss zuvor durch starke Unternehmen erwirtschaftet werden. Mit einer aktiveren
570 Standortpolitik werden wir zudem den freundschaftlichen Wettbewerb mit unseren
571 Nachbarbundesländern aufnehmen.

572 Mit der CDU wird es in Rheinland-Pfalz **keine neuen Steuern, Abgaben oder**
573 **Steuererhöhungen** geben. Über den Bundesrat starten wir zusätzlich eine Initiative, um
574 die Senkung der Stromsteuer für alle umzusetzen. Das senkt die Energiekosten,

575 entlastet alle privaten Haushalte im Alltag und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit
576 für alle unsere Betriebe.

577 **Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die den Unternehmerinnen und**
578 **Unternehmern vertraut, Chancen eröffnet, Wachstum entfesselt und Sicherheit**
579 **gibt.**

580 **a. Mittelstand und Handwerk – Rückgrat unserer Wirtschaft**

581 Der Mittelstand und das Handwerk sind das Herz der rheinland-pfälzischen Wirtschaft.
582 Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, sichern regionale Wertschöpfung und
583 halten das Land am Laufen. Doch sie leiden unter hohen Energiekosten, Bürokratie und
584 Fachkräftemangel. Wir wollen deshalb eine Wirtschaftspolitik, die den Mittelstand
585 stärkt und ihm Luft zum Atmen gibt. Für ihn gilt es, wettbewerbsfähige Bedingungen zu
586 schaffen: Dazu gehören keine weiteren Steuererhöhungen, schnelle Genehmigungen
587 und weniger Regulierung. Wir werden die Kommunen finanziell so ausstatten, dass
588 auch über niedrigere Steuerhebesätze Standortpolitik betrieben werden kann.
589 Außerdem werden wir Investitionen, insbesondere durch private Investoren, erleichtern
590 und Betriebsnachfolgen aktiv unterstützen.

591 Wir werden **Förderprogramme bündeln, Förderbedingungen vereinfachen und**
592 **Kleinstförderprogramme abschaffen**, damit nicht länger erhebliche Anteile der
593 Förderung für die Beraterinnen und Berater bei der Antragsstellung aufgewendet
594 werden.

595 Mit der **Einführung eines landesweiten „Tags des Handwerks“**, an dem sich die
596 verschiedenen Berufsfelder und regionale Unternehmen an den allgemeinbildenden
597 Schulen des Landes vorstellen können, sorgen wir dafür, die Arbeit der
598 Handwerkerinnen und Handwerker sichtbar zu machen und junge Menschen für
599 handwerkliche Berufe zu begeistern. Ergänzend fördern wir regionale
600 Handwerksinitiativen und deren Kooperation mit Schulen sowie Kommunen. Unser Ziel
601 ist es, dass junge Menschen wieder Lust auf Handwerk bekommen – durch moderne
602 Berufsorientierung, digitale Lernlabore und regionale Ausbildungskampagnen.

603 Wir begegnen dem Handwerk mit Wertschätzung und werden seine Bedürfnisse
604 politisch priorisieren. Zudem **stärken wir die Meisterpflicht** und werten die duale
605 Ausbildung auf. **Denn Rheinland-Pfalz braucht wieder ein klares Bekenntnis zum**
606 **Handwerk, zu Leistung, zu Qualität und zu Eigenverantwortung.**

607 Wir **stärken die Sozialpartnerschaft** und setzen auf die bewährte Selbstverwaltung der
608 Sozialpartner. Landesrechtliche Sonderwege wie zusätzliche Tarifbindungspflichten
609 über das Bundesrecht hinaus lehnen wir ab. Für uns gilt: Tarifautonomie und
610 Kooperation sind die Grundlage für faire Arbeitsbedingungen und wirtschaftliche
611 Stabilität.

612 **b. Bürokratieabbau – Freiheit statt Formularwahn**

613 Die größte Innovationsbremse in Rheinland-Pfalz ist die Bürokratie. Unternehmen
614 verlieren Zeit, Geld und Motivation im Formularetschangel. Bürokratische Regelungen
615 haben oft viel mit Misstrauen zu tun. Wir werden mehr Vertrauen wagen. Der Staat ist für
616 uns Partner der Betriebe sowie der Bürgerinnen und Bürger und nicht deren Gegner.

617 Unser Bürokratieabbau folgt einem Vier-Säulen-Modell: Erstens beginnen wir mit der
618 **Bürokratievermeidung bei der Gesetzgebung**. Zweitens setzen wir **Anreize für eine**
619 **unternehmens- und bürgerfreundliche Ermessensausübung** beim Gesetzesvollzug.
620 Drittens werden wir **von Tag eins an belastende Regelungen systematisch**
621 **überprüfen und abschaffen**. Viertens setzen wir in und mit der Verwaltung **vollständig**
622 **auf digitale und medienbruchfreie Abläufe**.

623 Unser Ziel ist **ein echter Kulturwandel in der Verwaltung**: Vertrauen statt Misstrauen,
624 Ermöglichen statt Verhindern. Deshalb geben wir unserer Verwaltung mehr
625 Entscheidungsfreiräume und stärken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den
626 Rücken, damit Entscheidungen schnell und im Sinne der Sache getroffen werden.

627 Jedes neue Gesetz wird auf seine Bürokratiekosten geprüft, jeder Antrag digitalisiert und
628 vereinfacht sowie Berichtspflichten, wo möglich, abgeschafft. Um diese Umsetzung
629 ressort- und fachübergreifend zu sichern, werden wir eine Stabsstelle

630 „Bürokratieabbau“ direkt in der Staatskanzlei verankern. Zudem soll ein
631 unabhängiger „**Normenkontrollrat Rheinland-Pfalz**“ alle Regelungen auf
632 Praxistauglichkeit prüfen und anschließend dorthin rückkoppeln.

633 **Verwaltung muss digital, schnell und serviceorientiert werden.** Wir wollen, dass
634 jeder Antrag so digital gestaltet ist, dass er von der zuständigen Stelle medienbruchfrei
635 schnellstmöglich bearbeitet werden kann – egal ob Baugenehmigung,
636 Gaststättenenerlaubnis oder Förderantrag. In vielen Fällen werden wir von der
637 Genehmigungspflicht zur Anzeigepflicht wechseln, das heißt kein Warten auf die
638 Erlaubnis, sondern Unterlagen einreichen und loslegen. Wo trotzdem noch
639 Genehmigungen erforderlich sind, soll gelten, dass ein Antrag als genehmigt gilt, wenn
640 eine Behörde nicht fristgerecht entscheidet (Genehmigungsfiktion). Digitale
641 Verwaltungsdienstleistungen werden wir deshalb konsequent aus der Sicht der
642 Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger entwickeln.

643 Ein sogenanntes „Goldplating“ – also die Übererfüllung – von Vorgaben aus Brüssel oder
644 Berlin wird es mit uns nicht geben. Zudem werden wir über unsere Landesvertretung in
645 Brüssel für einen konsequenten Bürokratieabbau auf EU-Ebene eintreten. Im
646 Wettbewerb zwischen den Bundesländern werden wir die Standortrelevanz – z. B. bei
647 Grenzwertfestsetzungen in anderen Bundesländern – berücksichtigen, damit
648 Rheinland-Pfalz attraktiv für Unternehmen ist.

649 **c. Fachkräfte – Menschen machen den Unterschied**

650 Ohne Fachkräfte kein Wachstum. Schon heute bleiben in Rheinland-Pfalz tausende
651 Stellen unbesetzt – vom Handwerk bis zur Pflege, von der Industrie bis zur Verwaltung.
652 Wir brauchen einen echten Pakt für Fachkräfte, Ausbildung und qualifizierte
653 Zuwanderung. **Hierbei setzen wir auf drei Säulen: Ausbildung stärken, Potenziale im**
654 **Land nutzen, qualifizierte Zuwanderung schneller in Arbeit bringen.** Dazu wollen wir
655 die Berufsorientierung an Schulen verpflichtend ausbauen und junge Menschen gezielt
656 in MINT-, Pflege-, Handwerks- oder IT-Berufe führen. Wir stellen die Ausbildungs- bzw.
657 Hochschulreife der Schulabgänger sicher. Schulabschlüsse müssen halten, was sie
658 versprechen.

659 Durch eine bessere Kinderbetreuung und flexiblere Arbeitszeitmodelle können Eltern
660 leichter in Vollzeit zurückkehren. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen
661 wir in der Arbeit halten. Hierfür werden wir die Initiativen des Bundes entsprechend
662 unterstützen und die Anreize für längeres Arbeiten auch in den Landesbehörden
663 stärken. Für Zugewanderte schaffen wir unbürokratische Anerkennungsverfahren und
664 Sprachförderung mit Arbeitsmarktzugang. Dabei ist unser Ziel, die Anerkennung von
665 Berufsabschlüssen innerhalb der EU deutlich zu erleichtern. Wir legen ein großes
666 Augenmerk auf effiziente Bearbeitung von Anerkennungsverfahren. Nur so können
667 qualifizierte Fachkräfte schnell dort arbeiten, wo sie gebraucht werden.

668 Wir etablieren zudem digitale und mobile Berufsschulformate, um Ausbildungen in
669 ländlichen Regionen attraktiv und erreichbar zu machen. Und wir werden Pilotprojekte
670 starten mit Azubi-Wohnheimen an Standorten mit Blockunterricht.

671 **d. Industrie und Infrastruktur – Grundlage für attraktive Arbeitsplätze**

672 Eine starke Wirtschaft braucht bezahlbare Energie, verlässliche Netze und moderne
673 Infrastruktur. Rheinland-Pfalz droht den Anschluss zu verlieren. Wir wollen eine
674 Energiepolitik mit Vernunft, die Klimaschutz, Versorgungssicherheit und
675 Wirtschaftskraft verbindet. Dabei gilt: **Energie muss wieder bezahlbar werden.**

676 Eine kluge Wirtschaftspolitik schafft die Rahmenbedingungen und sorgt mit einem
677 funktionierenden Staat für gesundes Wirtschaftswachstum. Das schafft die Grundlage
678 für einen starken Sozialstaat. Deshalb gilt es, die Leistungsfähigkeit unserer
679 Unternehmen zu schützen und zu erhalten. **Zusätzliche Belastungen**, wie sie zum
680 Beispiel mit dem neuen Landesklimaschutzgesetz entstehen, **lehnen wir ab**. Deshalb
681 werden wir diese **Änderungen des Klimaschutzgesetzes wieder zurücknehmen**.
682 **Rheinland-Pfalz muss Industrieland bleiben**. Die gut bezahlten Arbeitsplätze in dieser
683 Branche sind das Rückgrat unseres Wohlstands. Wir stehen zu unseren industriellen
684 Kernunternehmen und den Hidden Champions des Mittelstands: In der Chemie, dem
685 Maschinen- und Fahrzeugbau, der Zulieferindustrie sowie der Metallverarbeitung.
686 Gerade für sie gilt es, Investitionen in klimaneutrale Produktion zu erleichtern,
687 Genehmigungen zu beschleunigen und Strompreise zu senken. Dazu gehört die

688 Ermöglichung moderner Technologien wie CCS und CCU, um CO₂ abzuscheiden, zu
689 speichern oder weiterzuverarbeiten. Diese Verfahren sind für energieintensive Branchen
690 ein entscheidender Baustein, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und
691 dennoch klaren Klimazielen zu entsprechen.

692 Im Bereich der wachsenden **Verteidigungs- und Rüstungsindustrie** wollen wir durch
693 gezielte Förderung wirtschaftliche Potenziale erschließen. Mit der Präsenz der
694 Bundeswehr, dem Beschaffungssamt in Koblenz sowie den US-Streitkräften bietet
695 Rheinland-Pfalz erhebliche Standortvorteile, die es – auch im Bereich Dual-Use – zu
696 nutzen gilt. Wir wollen die vorhandenen Netzwerke stärken und Kooperationen
697 zwischen Industrie, Forschung und militärischen Einrichtungen ausbauen, um
698 Arbeitsplätze zu schaffen, Zulieferer zu stärken und Rheinland-Pfalz als verlässlichen
699 Partner für Sicherheit und Bündnisverteidigung zu positionieren.

700 Die **Verkehrsinfrastruktur** ist zentrale Lebensader der Wirtschaft. Wir werden Straßen,
701 Brücken und Schienen modernisieren, Planungszeiten durch qualifiziertes Personal in
702 der Bearbeitung drastisch verkürzen sowie Investitionen priorisieren. Dazu gehört vor
703 allem, den massiven Investitionsstau der vergangenen Jahre konsequent aufzulösen.
704 Allein bei Landes- und Kommunalstraßen sowie Brücken beläuft sich der
705 Investitionsbedarf in Rheinland-Pfalz auf mehrere Milliarden Euro. Das ist ein Zustand,
706 der unseren Wirtschaftsstandort und die Mobilität unserer Bürger gleichermaßen
707 belastet.

708 Um diesen Rückstand abzubauen, müssen die **zentralen Landesbetriebe**
709 **handlungsfähig** sein. Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) trägt die Hauptverantwortung
710 für Planung, Bau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Wir werden ihn personell und
711 organisatorisch so stärken, dass Projekte schneller geplant, genehmigt und umgesetzt
712 werden können. Dazu gehören gezielte Fachkräftegewinnung, attraktive
713 Arbeitsbedingungen in allen Bereichen sowie eine stärkere Einbindung privater
714 Leistungserbringer (z. B. Planungsbüros). Gleichzeitig wollen wir die **Vorratsplanung**
715 ermöglichen: Der LBM soll Planungen für Straßen- und Brückenprojekte vollständig
716 vorbereiten, auch wenn Finanzmittel oder Baubeschlüsse noch nicht abschließend

717 gesichert sind. So können Kommunen und das Land sofort starten, sobald Ressourcen
718 frei werden. Das reduziert Bauverzögerungen und schützt vor steigenden Kosten.

719 Darüber hinaus werden wir das Baustellenmanagement des LBM länderübergreifend
720 koordinieren. Eine abgestimmte Planung von Sperrungen und Baumaßnahmen
721 verhindert Staus, reduziert Umwege, spart CO₂ und stärkt den Wirtschaftsverkehr.

722 Auch der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) spielt eine
723 Schlüsselrolle. Er ist verantwortlich für öffentliche Hochbauprojekte – von
724 Verwaltungsgebäuden über Hochschulen bis hin zu sicherheitsrelevanter Infrastruktur.
725 Wir werden den LBB gezielt stärken, damit **Investitionen des Landes schneller**
726 umgesetzt und **Baukosten** durch bessere Planung und Koordination gesenkt werden.
727 Dazu zählt auch die Ermöglichung von Vergaben an Generalunternehmen und die
728 gezielte Arbeit mit regionalen Unternehmen. Doppelarbeit bei der Einbindung privater
729 Leistungserbringer muss vermieden werden.

730 Zur Infrastruktur gehört auch der flächendeckende **Glasfaser- und Mobilfunkausbau**.
731 Wir beschleunigen deshalb den Ausbau von Gigabit- und 5G-Netzen im ganzen Land,
732 insbesondere im ländlichen Raum. Sie sind ein Standortfaktor und für die Zukunft von
733 Rheinland-Pfalz entscheidend. Mittelstand und Industrie, Behörden,
734 Forschungseinrichtungen, das Handwerk, die Landwirtschaft und private Haushalte
735 brauchen leistungsfähige digitale Netze. Ohne sie verliert Rheinland-Pfalz im
736 Standortwettbewerb weiter den Anschluss.

737 Wir setzen gemeinsam mit den Kommunen auf eine vorausschauende
738 **Flächenentwicklung auf Vorrat**. So schaffen wir rechtzeitig Raum für Neuansiedlungen
739 und Betriebserweiterungen. Wo aus landespolitischer Sicht sinnvoll, werden wir die
740 Kommunen unterstützen, damit Vorratsflächen für Großansiedlungen nicht kleinteilig
741 und ohne strategische Perspektive vergeben werden. Deshalb unterstützen wir den
742 Ausbau interkommunaler Gewerbegebiete und stellen als Land den Kommunen und
743 Unternehmen dafür zentrale Beratungsteams zur Verfügung. Zur Umsetzung
744 nachhaltiger Gewerbeparks mit PV-Anlagen, Blockheizkraftwerken und E-

745 Ladeinfrastruktur werden wir unsere Kommunen darüber hinaus in die finanzielle Lage
746 versetzen, um entsprechend zu investieren.

747 **e. Innovation und Start-ups – Ideen entfesseln**

748 **Innovationen sind der Motor für Wohlstand und Fortschritt.** Wir wollen Rheinland-
749 Pfalz zu einem führenden Standort für Forschung, Technologie und Start-ups machen.
750 Dazu braucht es Kapital, die richtigen Kooperationen und Mut. Insbesondere für die
751 zweite und dritte Finanzierungsrunde, wenn es gilt, das Geschäftsmodell am Markt
752 unter Beweis zu stellen und zu expandieren, wollen wir den Zugang zu privatem Kapital
753 erleichtern und vereinfachte Wagniskapitalangebote der Investitions- und Strukturbank
754 auflegen.

755 Technologieparks, Hochschulen und Mittelstandsbetriebe müssen besser vernetzt
756 werden. Denn unsere Universitäten und Forschungszentren sind echte
757 Ideenschmieden. Wir wollen sie stärker mit Unternehmen zusammenbringen – über
758 regionale Innovationscluster, Technologietransferstellen und digitale
759 Gründerplattformen.

760 Bürokratische Hürden beim Gründen werden abgebaut und Förderprogramme auf das
761 Wesentliche fokussiert. Dafür gilt es, Start-up-Hubs an Hochschulen zu fördern und die
762 Gründungskompetenz direkt im Studium zu stärken. Zudem werden wir uns beim Bund
763 für Steuererleichterungen für Wagniskapital einsetzen.

764 Wir fördern Zukunftsfelder wie **Künstliche Intelligenz, Life Sciences,**
765 **Wasserstofftechnologien, kreislauffähige Produkte und nachhaltige**
766 **Materialien.** Diese Branchen sind Wachstums- und Arbeitsplatzmotoren – sie
767 entscheiden über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Unternehmen und
768 Kommunen erhalten die Möglichkeit, befristete Ausnahmen von Landesrecht zu
769 beantragen, um neue Erfindungen und Ideen auch testen zu können. Die
770 Innovationsgutscheine für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir
771 praxisnah ausbauen und den Technik- und Wissenstransfer damit deutlich
772 beschleunigen.

773 **f. Tourismus und lebendige Innenstädte – Zukunft für Regionen und mehr**
774 **Lebensqualität**

775 Der Tourismus ist ein **wichtiger Wirtschaftsfaktor** in Rheinland-Pfalz. Er schafft
776 Arbeitsplätze und verbindet Stadt und Land. Wir wollen ihn zu einer Zukunftsbranche
777 machen, die nachhaltig, digital und international sichtbar ist.

778 Die Eifel, der Hunsrück, das Moseltal, die Nahe und Rheinhessen, die Pfalz, der
779 Westerwald, das Ahr- und das Lahntal und der Rhein sind Schätze, die wir besser
780 vermarkten müssen. Wir fördern digitale Tourismusplattformen und investieren in Rad-
781 und Wanderwege. Gastronomie und Hotellerie können durch die oben genannten
782 Entlastungen bei Steuern, Energie und Bürokratie wieder durchstarten. Zudem wollen
783 wir mit einem **Kulturfördergesetz** das kulturelle Angebot und damit
784 den **Kulturtourismus** stärken. Schließlich sind Museen, Festivals und Denkmäler
785 zentraler Teil unserer rheinland-pfälzischen Identität. Sofern künftig die dorf- und
786 stadtbildprägenden Kirchengebäude umgenutzt werden, wollen wir
787 Anschlussnutzungen für kulturelle Zwecke und Gastgewerbe erleichtern, etwa durch
788 Vereinfachungen der baulichen Anforderungen an gastronomische Kleinbetriebe und
789 einen nachhaltigen Denkmalschutz.

790 **Lebendige Innenstädte** vermitteln Lebensqualität und sind Anziehungspunkte für
791 Touristen. Wir stärken die Kommunen, damit diese ihre Innenstädte attraktiver machen
792 können und fördern gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität – etwa
793 durch flexiblere und multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere von
794 leerstehenden Gebäuden, sowie Erleichterungen bei der Außenflächen-Nutzung und
795 beim Denkmalschutz. Zudem werden wir den gesetzlichen Rahmen so verändern, dass
796 verkaufsoffene Sonntage in allen Städten rechtssicher möglich sind als Beitrag zur
797 Stärkung der Innenstädte als Orte der Kommunikation und alltäglichen Begegnung.
798 Nichtgewerbliche Sonntagsflohmärkte und Zwischennutzungen für Kultur, Ateliers oder
799 kleine Bühnen sollen unbürokratisch möglich werden und Orte neu beleben.

800 Tourismusangebote wollen wir digital und innovativ ausbauen: Von Smart-Tourism-
801 Anwendungen über digitale Erlebnisführungen bis hin zu KI-gestützten

802 Beratungsangeboten in Tourist-Informationen. Dafür braucht es besseren Mobilfunk
803 und WLAN an touristisch relevanten Orten.

804 Nachhaltigkeit bleibt unser Leitprinzip: Regionale Wertschöpfung soll direkt bei
805 Landwirtschaft, Handwerk, Gastgewerbe und lokalen Betrieben ankommen. Tourismus
806 darf nicht nur die bekannten Hotspots stärken, sondern muss gezielt auch kleinere Orte
807 und neue Regionen fördern.

808 **Unser Ziel: Ein Land, das an sich glaubt**

809 Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das wieder stolz auf seine Wirtschaft ist. Ein Land, in
810 dem Unternehmergeist geschätzt wird, Arbeit sich lohnt und Innovationen willkommen
811 sind. Ein Land, das nicht bremst, sondern begeistert.

812 **Wir stehen für Wachstum durch Freiheit, Wohlstand durch Leistung und Sicherheit**
813 **durch Verantwortung.**

814 **3. Sicherheit und Ordnung – Für ein sicheres Rheinland-** 815 **Pfalz**

816 **Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit.** Nur wer sicher leben kann, kann auch frei
817 leben. Rheinland-Pfalz braucht eine Politik, die unsere Sicherheits- und Einsatzkräfte
818 stärkt, den Rechtsstaat schützt und Kriminalität entschlossen bekämpft. Wir stehen an
819 der Seite derer, die für unsere Sicherheit sorgen – Tag für Tag, Tag und Nacht.

820 **Sicherheit ist für uns kein Zufall, sondern Ergebnis klarer politischer**
821 **Entscheidungen.** Wir wollen ein Land, das Gefahren erkennt, bevor sie entstehen, und
822 das handelt, bevor es zu spät ist.

823 **a. Unsere Polizei verdient Rückhalt und Respekt**

824 **Unsere Polizistinnen und Polizisten sichern jeden Tag die innere Sicherheit in**
825 **Rheinland-Pfalz.** Sie brauchen Rückhalt, Vertrauen, moderne Ausrüstung und klare
826 Regeln, die im Alltag und im Einsatz wirklich funktionieren – statt überflüssiger
827 Verwaltungsvorgaben. Dafür stärken wir die Polizei personell und organisatorisch: mit
828 dauerhaft hohen Einstellungszahlen, zusätzlichen Studienplätzen an der
829 Polizeihochschule, einem modernen Ausbildungskonzept **und einer Besoldung, die**
830 **der besonderen Verantwortung des Polizeiberufs gerecht wird.**

831 Wir **führen Regelbeförderungen** in den Besoldungsgruppen A 10 und A 11 **ein.** Ab der
832 Besoldungsgruppe A 12 gestalten wir Stellen konsequent als Beförderungsdienstposten
833 aus: Nach erfolgreicher Probezeit erfolgt die unmittelbare Beförderung in die der
834 Funktion zugewiesenen Besoldungsgruppe.

835 Die **Polizeizulage, die Feuerwehrezulage und die Zulage der**
836 **Justizvollzugsbeschäftigten heben wir auf das Niveau des Bundes an und machen**
837 **sie ruhegehaltstfähig.** Darüber hinaus bauen wir das Zulagenwesen gezielt aus und
838 schaffen leistungsorientierte Anreize für besondere Belastungen und Spezialisierungen.
839 Das gilt auch für besondere Führungsverantwortung.

840 Rheinland-Pfalz braucht wieder **mehr Polizei in der Fläche,** sichtbare Präsenz und
841 schnelle Einsatzbereitschaft. Deshalb bauen wir Verwaltungsaufgaben konsequent ab
842 und weiten den Einsatz von Polizeiassistenzen deutlich aus, damit Polizistinnen und
843 Polizisten wieder dort sind, wo sie gebraucht werden: auf der Straße und im Einsatz.
844 Dazu gehört, dass Dienstzeiten familienfreundlicher werden und Fort- und
845 Weiterbildung systematisch ausgebaut werden. Mit uns gehören Überstunden nicht
846 länger zur Tagesordnung.

847 Wir investieren in **moderne Technik, sichere Fahrzeuge, digitale Kommunikation und**
848 **zeitgemäße Schutzausrüstung.** Die Einsatzmöglichkeiten von Body-Cams und
849 elektronischer Fußfessel erweitern wir konsequent. Zudem setzen wir uns für eine
850 rechtssichere, zeitweilige Speicherung von IP-Adressen ein, um Internetkriminalität
851 wirksam und konsequent verfolgen zu können, insbesondere beim Missbrauch von
852 Kindern und Jugendlichen. Dazu gehört für uns selbstverständlich, dass

853 Strafverfolgungsbehörden Mautdaten bei der Bekämpfung mobiler Bandenkriminalität,
854 z. B. bei Geldautomatensprengungen, nutzen können. Zur Erhöhung der Sicherheit an
855 neuralgischen Punkten führen wir eine KI-gestützte Videoüberwachung ein. Sie dient
856 dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der schnelleren Täteridentifikation.
857 Maßstab dafür ist ein Datenschutz mit gesundem Menschenverstand: Er schützt die
858 unbescholtenen Bürger und nicht die Täter.

859 **Wir stehen klar hinter unserer Polizei und allen Einsatzkräften. Wer sie angreift,**
860 **greift unseren Rechtsstaat an.** Gewalt gegen Einsatzkräfte, unabhängig davon, ob bei
861 der Polizei, der Feuerwehr, dem THW oder den Rettungsdiensten, verfolgen wir
862 konsequent und ahnden sie spürbar. Die Kennzeichnungspflicht schaffen wir ab – aus
863 Vertrauen in unsere Beamtinnen und Beamten.

864 **b. Konsequenter Rechtsstaat – klare Grenzen für Kriminalität**

865 Recht muss durchgesetzt werden – immer, überall und für alle gleich. **Ein**
866 **funktionierender Rechtsstaat schützt die Anständigen und schreckt Täter ab.**

867 Wir wollen eine deutliche Beschleunigung von Strafverfahren und eine bessere
868 personelle Ausstattung der Justiz. Die Digitalisierung von Gerichten und
869 Staatsanwaltschaften muss endlich vorankommen, um Verfahren schneller
870 abzuschließen und Opfer besser zu schützen.

871 Wer das Gesetz bricht, muss spüren, dass der Staat handelt; nicht irgendwann, sondern
872 sofort. Deshalb werden wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften für besonders schwere
873 Delikte einführen und die Gerichte durch zusätzliche Richterstellen entlasten.

874 Wir steigern die **Attraktivität von Justizberufen** mit besserer Vergütung, moderner IT-
875 Ausstattung und verbesserten Arbeitsbedingungen, von den Servicekräften bei den
876 Gerichten über die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger bis zu den Bediensteten im
877 Strafvollzug. Die Ausbildung der Gerichtsvollzieher wollen wir weiterentwickeln und uns
878 dabei am Vorbild Baden-Württembergs orientieren. Dem Eigenschutz unserer
879 Justizbeschäftigten kommt dabei im Alltag eine besondere Bedeutung zu. Das gilt

880 insbesondere für die zur Verfügung gestellte Sicherheitsausrüstung, aber auch für eine
881 verbesserte Nachbetreuung nach Einsatzbelastungen.

882 Für uns gilt der Grundsatz, dass der Opferschutz immer Vorrang vor dem Täterschutz
883 haben muss. Dafür werden wir die Haftplätze ausbauen, Opferhilfen stärken,
884 Frauenhäuser besser finanzieren und Gewaltprävention verbindlich machen.

885 Auch der Strafvollzug braucht klare Perspektiven: **Sicher verwahren, aber auch**
886 **resozialisieren**. Dafür setzen wir auf Anti-Gewalt-Trainings, Arbeitsprogramme und
887 Täter-Opfer-Ausgleich. Wer bereit ist, sich zu ändern, soll eine zweite Chance erhalten.
888 Wer dies nicht möchte, bleibt unter Kontrolle des Staates.

889 **c. Kampf gegen Extremismus, Terror und Clankriminalität**

890 Extremismus bedroht unsere Demokratie – egal, ob von rechts, links oder religiös
891 motiviert. **Wir stellen uns allen Feinden unserer freiheitlich-demokratischen**
892 **Grundordnung entschieden entgegen.**

893 Wir vernetzen die Sicherheitsbehörden enger, stärken Prävention und zerschlagen
894 gezielt extremistische Netzwerke. Dafür richten wir einen **Sicherheitsrat des Landes**
895 ein, dem die Landesregierung, die Sicherheitsbehörden, die Zivilschutzorganisationen,
896 die kommunalen Spitzenverbände und das Landeskommando der Bundeswehr
897 angehören.

898 Dem politischen Islam treten wir vehement entgegen, islamistische Gefährder müssen
899 konsequent überwacht und abgeschoben werden. Organisierte Banden zerstören
900 Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir werden zeigen: Der Staat ist stärker als jedes
901 kriminelle Netzwerk. Deshalb richten wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften ein und
902 prüfen die konsequente Vermögensabschöpfung. Wir nehmen die Meldung doppelter
903 Staatsbürgerschaften in die Kriminalstatistik auf, um Probleme klar benennen und
904 angepasst gegensteuern zu können.

905 Den Verfassungsschutz stärken wir mit mehr Personal und moderner Analysetechnik.
906 Zudem werden wir an unseren Schulen, Vereinen und Kommunen die
907 Extremismusbekämpfung systematisch ausbauen, um Radikalisierungstendenzen
908 frühzeitig begegnen zu können.

909 Die zunehmende rechts- und linksextreme Gewalt muss von den Sicherheitsbehörden
910 konsequent verfolgt werden. Deshalb wollen wir unsere Sicherheitsarchitektur auf alle
911 Formen der Bedrohung bedarfsgerecht und angemessen vorbereiten – analog und
912 digital. Sicherheit erfordert aber auch die Bereitstellung und Zusammenführung von
913 Informationen. Wir ermöglichen den automatischen Datenabgleich rechtmäßig
914 erhobener Daten zwischen Sicherheits- und Verwaltungsbehörden. Doppelarbeit wird
915 damit vermieden, Gefahren werden schneller erkannt und Täter werden konsequenter
916 verfolgt. Der Datenschutz bleibt durch Protokollierung und Kontrolle gewährleistet.

917 **d. Schutz vor Cyberkriminalität und kritischer Infrastruktur**

918 Digitale Sicherheit ist Teil der inneren Sicherheit im 21. Jahrhundert. **Cyberkriminalität,**
919 **digitale Erpressung und Angriffe auf unsere Infrastruktur sind reale Bedrohungen**
920 **für Staat, Wirtschaft und unsere Bürgerinnen und Bürger.** Wir entwickeln die digitalen
921 Fähigkeiten unserer Polizei zum Schutz unserer Gesellschaft deutlich weiter – mit
922 Spezialisten für Cybercrime und digitaler Forensik.

923 Wir legen einen besonderen Schwerpunkt auf die IT- und Cybersicherheit. Denn gerade
924 unsere Kommunen, Landeseinrichtungen und Versorgungsbetriebe werden zunehmend
925 gezielt Opfer von Cyberangriffen. Diese zentralen Bereiche müssen wir wirksam vor
926 Hackerangriffen schützen. Dies gelingt uns mit einer landesweiten IT-
927 Sicherheitsberatung und verbindlichen Standards. Für den Notfall müssen
928 entsprechende Schutzkonzepte vorhanden sein.

929 Besonders die kritischen Infrastrukturen wie Strom-, Wasser- und
930 Gesundheitsversorgung verdienen höchste Aufmerksamkeit und bestmögliche
931 Absicherung. Digitale Sicherheit ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil der modernen
932 Daseinsvorsorge.

933 **e. Brand- und Katastrophenschutz und Bundeswehr – Verlässlich, modern,**
934 **stark**

935 Die Flutkatastrophe an der Ahr hat gezeigt, dass Rheinland-Pfalz im Katastrophenschutz
936 besser werden muss. **Wir wollen einen modernen, vernetzten Brand- und**
937 **Katastrophenschutz mit klaren Zuständigkeiten. Digitale Alarmierung und bessere**
938 **Ausrüstung müssen flächendeckend verfügbar sein.**

939 Wir unterstützen die noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Ehrenamt und
940 hauptamtlichen Kräften. Feuerwehr, THW und unsere Hilfsorganisationen im
941 Katastrophenschutz bekommen unsere volle politische Unterstützung. Wer anderen
942 hilft, braucht selbst den größtmöglichen Rückhalt und Schutz. Dieses Engagement
943 verdient unsere Rückendeckung – mit bester Ausstattung, rechtlicher Absicherung und
944 besonderer Wertschätzung durch unsere Gesellschaft.

945 Dafür stärken wir das neu gegründete Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz in
946 Koblenz mit mehr Personal und Ausbildungskapazitäten. Wir schaffen die rheinland-
947 pfälzischen Sondervorschriften für Feuerwehrfahrzeuge ab und setzen auf bundesweite
948 Standards, um Kosten und Beschaffungszeiten zu senken. Auch Sammelbestellungen
949 werden dadurch möglich. Wir **ergänzen die Verteilung der pauschalen Zuwendung**
950 **um den Punkt des Gefährdungspotenzials und erhöhen die Mittelausschüttung an**
951 **die Kommunen insgesamt auf 90 Prozent der Feuerschutzsteuer.** Zudem wollen wir
952 ein landesweites Hochwasser- und Krisenwarnsystem sowie regelmäßige Übungen auf
953 Landesebene mit moderneren Fahrzeugen, die in allen Regionen des Landes vorhanden
954 sein müssen. Kommunen erhalten Planungshilfen, um Katastrophenschutzkonzepte
955 und örtliche Katastrophenschutzzentren weiterzuentwickeln und zu aktualisieren.

956 Wir stärken unsere **Feuerwehren** insgesamt: mit Unterstützung bei der
957 Nachwuchsgewinnung, modernisierten Gerätehäusern und einer stärkeren finanziellen
958 Entlastung der Kommunen. Zudem unterstützen wir gezielt unsere Jugendfeuerwehren,
959 um Engagement und Verantwortung zu fördern. Denn die Mitglieder unserer freiwilligen
960 Feuerwehren leisten einen ganz besonderen Dienst in unseren Kommunen.

961 Im Ehrenamt halten sie den Brand- und Katastrophenschutz im Land aufrecht. Sie
962 bilden sich in ihrer Freizeit weiter nach dem neuesten Stand der Technik und sind rund
963 um die Uhr in Rufbereitschaft, um anderen zu helfen – und das oft über Jahrzehnte
964 hinweg. In einem ersten Schritt wollen wir als ein **sichtbares Zeichen der Anerkennung**
965 die Auszeichnungsrichtlinien des Landes anpassen und aufwerten. Wer für langjährige
966 aktive, pflichttreue Tätigkeit bei der Feuerwehr durch das Land ausgezeichnet wird,
967 **erhält neben den bisherigen Ehrenzeichen eine Dankesprämie.** Diese soll bei
968 Verleihung des Silbernen Feuerwehr-Ehrenzeichens nach 25 Jahren 250 Euro und bei
969 Verleihung des Goldenen Feuerwehr-Ehrenzeichens nach 35 Jahren 350 Euro sowie
970 nach 45 Jahren 450 Euro betragen. Darüber hinaus werden wir auch eine neue Ehrung
971 für 50 Jahre mit einer Prämie in Höhe von 500 Euro einführen. Den **noch aktiven**
972 **Feuerwehrekameradinnen und -kameraden**, die ein solches Ehrenzeichen bereits
973 erhalten haben, wollen wir die Dankesprämie der letzten Auszeichnung ebenfalls
974 zukommen lassen.

975 Die wichtige Arbeit der **Ehrenamtlichen bei den Hilfsorganisationen** im
976 Katastrophenschutz werden wir ebenfalls besser würdigen; langjährige, aktive Tätigkeit
977 wollen wir auch dort entsprechend anerkennen und auszeichnen.

978 Den **Erwerb von Fahrerlaubnissen** der Klassen B und C, die im Einsatz genutzt werden
979 können, **werden wir für alle Feuerwehrangehörigen pauschal mit je 500 Euro**
980 **Landesmitteln fördern**; Voraussetzung ist die Verpflichtung für einen mindestens 10-
981 jährigen aktiven Dienst. Damit unterstützen wir unsere Ehrenamtlichen und stärken die
982 Einsatz- und Tagesausrückefähigkeit unserer Feuerwehren landesweit.

983 Die Bundeswehr ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur.
984 **Rheinland-Pfalz ist Bundeswehrland.** Die Standorte der Bundeswehr und der
985 amerikanischen Streitkräfte sind sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und
986 gesellschaftlich von zentraler Bedeutung – ebenso wie die dort beschäftigten zivilen
987 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir stärken diese Standorte und setzen uns für ihren
988 dauerhaften Erhalt ein. **Bei militärischen Bauvorhaben befreien wir die Bundeswehr**
989 **von landesrechtlichen Sondervorschriften**, um Planungs- und Bauzeiten deutlich zu
990 verkürzen.

991 Den Tag der Bundeswehr begreifen wir als sinnvolle Ergänzung und als Werbung der
992 Sicherheitsvorsorge im Inland. Wir setzen uns für eine **Prüfung der**
993 **verfassungsrechtlichen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr bei schweren**
994 **Gefahrenlagen** ein, um im Ernst- und Katastrophenfall handlungsfähiger zu sein. Das
995 dient dem Schutz der eigenen Bevölkerung. Zudem setzen wir uns mit einer
996 Bundesratsinitiative für die **Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres**
997 ein.

998 **f. Sicherheit durch Präsenz – gemeinsam für ein sicheres Land**

999 Sicherheit ist Gemeinschaftsaufgabe. **Wir wollen, dass Menschen sich überall in**
1000 **Rheinland-Pfalz sicher fühlen – ob in der Großstadt oder im Dorf.**

1001 Wir stärken unsere Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten und führen ein
1002 landesweites, einheitliches Berufsbild ein. Die Ausbildung wird modernisiert und zu
1003 einem umfangreichen Ausbildungsberuf mit Rechts-, Einsatzpraxis- und
1004 Kommunikationstraining an der Hochschule für Polizei. Damit stärken wir die Präsenz
1005 des Ordnungsdienstes im öffentlichen Raum und können zugleich unsere Polizei gezielt
1006 entlasten. In Verbindung mit einer stärkeren Ausleuchtung, KI-gestützter
1007 Videoüberwachung an Brennpunkten und dann mehr Einsatzkräfte auf unseren Straßen
1008 schaffen wir Vertrauen und verhindern Straftaten. Wir stehen für Sicherheit, die man
1009 sieht und spürt – mit Respekt vor den Menschen und Entschlossenheit gegenüber
1010 Kriminalität. Zudem gehen wir entschieden gegen eine zunehmende Verwahrlosung und
1011 Vandalismus im öffentlichen Raum vor. Wir schauen nicht weg, sondern werden
1012 präventive Maßnahmen ergreifen und Schäden schnell beseitigen. So wird Rheinland-
1013 Pfalz zu einem Land, in dem unsere Sicherheitskräfte noch stärker sichtbar,
1014 ansprechbar und entschlossen sind.

1015 **g. Klare Leitplanken für ein sicheres und verantwortungsvolles Glücksspiel**

1016 Wir stehen zu einem Glücksspielrecht in Deutschland und Rheinland-Pfalz, das sich
1017 streng am Jugend- und Spielerschutz orientiert. Anbieter erhalten nur dann eine
1018 dauerhafte Lizenz, wenn sie Regeln konsequent einhalten und Kontrollstandards

1019 erfüllen. Ein attraktiver und am Spielerinteresse ausgerichteter legaler Markt bleibt der
1020 wirksamste Schutz gegen illegales Glücksspiel und Schwarzmarkt. Das
1021 Glücksspielrecht werden wir fortlaufend modernisieren, mit starkem und wirksamen
1022 Jugend- sowie Spielerschutz als unverrückbarem Maßstab. Damit bleiben Innovationen
1023 und legale Angebote möglich und werden nicht blockiert oder auf den illegalen Markt
1024 verdrängt.

1025 **Unser Ziel: Ein sicheres Rheinland-Pfalz**

1026 Ein starker Rechtsstaat schützt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Unsere Polizei,
1027 Feuerwehr, Hilfskräfte im Katastrophen- und Zivilschutz, unser kommunaler
1028 Vollzugsdienst und unsere Justiz verdienen volle Unterstützung und Rückhalt.

1029 **Sicherheit ist keine Nebensache – sie ist Staatsaufgabe Nummer eins.** Wir wollen
1030 ein Rheinland-Pfalz, in dem Menschen sich sicher fühlen, weil sie wissen: **Unser Staat**
1031 **ist stark, gerecht und entschlossen.**

1032 **4. Migration und Integration – Chancen nutzen, Regeln** 1033 **einhalten**

1034 **Zuwanderung kann unser Land bereichern – aber sie muss geordnet ablaufen,**
1035 **damit Integration gelingt.** Rheinland-Pfalz ist ein offenes und hilfsbereites Land. Viele
1036 Zugewanderte leisten Tag für Tag ihren Beitrag zu Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.
1037 Doch wir wissen: Zu viel unregelmäßige Migration überfordert unsere Strukturen und
1038 gefährdet Akzeptanz und Zusammenhalt. Insbesondere kriminelle ausreisepflichtige
1039 Flüchtlinge dürfen nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden, sondern müssen in
1040 einen Ausreisearrest. Deshalb gilt für uns: **Humanität und Ordnung gehören**
1041 **zusammen.**

1042 **a. Steuerung und Begrenzung von Migration**

1043 **Wir wollen Migration in Rheinland-Pfalz steuern, begrenzen und besser ordnen.**
1044 Unser Land kann viel Integration leisten, aber eben nicht unbegrenzt. Denn darunter
1045 leiden auch diejenigen, die zu Recht in Deutschland Schutz erhalten. **Schließlich ist**
1046 **das** Asylrecht kein Einwanderungsrecht, sondern schützt Verfolgte. Deshalb braucht
1047 Rheinland-Pfalz eine Politik, die zwischen Schutz und Missbrauch klar unterscheidet.

1048 Wir setzen uns dafür ein, dass Verfahren schneller, klarer und digitaler werden.
1049 Asylverfahren müssen binnen weniger Monate entschieden werden, nicht erst nach
1050 Jahren. Wer bleiben darf, soll rasch Klarheit haben und in die Kommunen vor Ort verteilt
1051 werden. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent zurückgeführt werden – direkt und
1052 unmittelbar aus einer Einrichtung des Landes.

1053 Auch an unseren Grenzen gilt: **Illegale Einreisen müssen verhindert, Rückführungen**
1054 **endlich umgesetzt werden.** Dafür muss auch die Landesregierung eigene
1055 Rückführungskapazitäten schaffen. Mit zentralen Einrichtungen, einheitlichen
1056 Verfahren und klaren Verantwortlichkeiten muss das Land die Vorreiterrolle
1057 übernehmen. Das heißt, dass Asylsuchende grundsätzlich bis zum Abschluss ihres
1058 Verfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Nur wer eine Bleibeperspektive hat,
1059 wird auf die Kommunen verteilt. So schützen wir die Kommunen vor Überlastung und
1060 schaffen faire Bedingungen für eine gelingende Integration.

1061 Wir werden im Sinne eines Single Point of Contact (SPoC) eine **zentrale**
1062 **Ausländerbehörde** bei der ADD schaffen, die alle ausländerrechtlichen Verfahren
1063 bündelt, Abschiebungen koordiniert, sie beschleunigt und die Kommunen entlastet.
1064 Dabei haben Rückführungen von Straftätern Priorität. Das gelingt uns mit einer **eigenen**
1065 **zentralen Abschiebeeinrichtung** mit klaren Abläufen und Zuständigkeiten. Zugleich
1066 setzen wir uns weiter für eine Harmonisierung der Leistungen ein: Sachleistungen statt
1067 Geldleistungen, im Einklang mit unseren Nachbarländern. Wer Hilfe bekommt, soll sie
1068 in Form von Unterkunft, Essen und Versorgung erhalten und nicht als Anreiz, um seinen
1069 Wohnort in andere Bundesländer oder Kommunen zu verlagern.

1070 Zudem muss sich die Aufnahme von Schutzsuchenden an der Aufnahmefähigkeit der
1071 Kommunen orientieren. Wir werden das Land stärker in die Pflicht nehmen: Mit einer

1072 höheren Kostenbeteiligung an Unterbringung, Betreuung und Integration. Wir werden
1073 uns Klarheit darüber verschaffen, welche freien Landes- und Bundesimmobilien für
1074 Unterkünfte genutzt werden können, um Kommunen finanziell und organisatorisch zu
1075 entlasten.

1076 **Migration braucht Ordnung, Differenzierung und klare Regeln.** Deshalb
1077 unterscheiden wir zwischen legaler Arbeitsmigration, Flucht vor Krieg und Verfolgung,
1078 Heimkehr von Aussiedlern und Migration ohne Rechtsgrundlage. Nur wer aus
1079 berechtigtem Grund kommt oder unser Land mit seiner Arbeit stärkt, kann Teil unseres
1080 Miteinanders werden. Als CDU Rheinland-Pfalz unterstützen wir den Weg der
1081 Bundesregierung, die **Balance zwischen Hilfe und Kontrolle** wiederherzustellen. Dabei
1082 ist für uns klar: Wir helfen, wo Hilfe notwendig ist, und wir setzen Grenzen, wo Ordnung
1083 geboten ist.

1084 **b. Integration durch Sprache, Arbeit und Wertevermittlung**

1085 **Integration ist keine Einbahnstraße. Sie gelingt nur, wenn Menschen, die zu uns**
1086 **kommen, Verantwortung übernehmen und unsere Werte leben.** Sprache, Bildung
1087 und Arbeit sind die Schlüssel zum Erfolg. Dazu gehören aber auch Respekt,
1088 Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung. Für uns gilt deshalb klar: **Integration ist**
1089 **eine Pflicht und keine Wahl.**

1090 Wir setzen uns für eine verbindliche Integrationsvereinbarung ein. Sie regelt die
1091 gegenseitigen Pflichten, wie Sprachkurse, Arbeitssuche, Wertevermittlung und die
1092 Bereitschaft, Teil unserer Gesellschaft zu werden.

1093 **Sprache ist der schnellste Schlüssel zur Teilhabe.** Wir sorgen dafür,
1094 dass **Integrations- und Sprachkurse ab dem ersten Tag verpflichtend** werden. Die
1095 Teilnahme ist kein Angebot, sondern Voraussetzung für Integration. Gezielte
1096 Sprachförderung soll nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene
1097 selbstverständlich sein – mit dem verpflichtenden Ziel einer eigenständigen
1098 Verständigung in Alltag und Beruf.

1099 **Integration braucht klare Werte.** Wir wollen verpflichtende Orientierungskurse, die
1100 Demokratie, Gleichberechtigung und unsere freiheitlichen Werte vermitteln.
1101 Wer hier lebt, muss wissen, was dieses Land stark macht, und muss dies auch
1102 respektieren. Frauenrechte, Religionsfreiheit, Toleranz und das Existenzrecht Israels
1103 sind nicht verhandelbar.

1104 **Und Arbeit ist die beste Integration.** Wir wollen, dass Flüchtlinge, die dauerhaft
1105 bleiben dürfen, frühzeitig Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Bürokratische Hürden
1106 zwischen Jobcenter, Ausländerbehörde und Arbeitgebern müssen abgebaut werden.
1107 Unternehmen, die Menschen ausbilden und integrieren, werden gezielt unterstützt.
1108 Dafür erhalten sie gezielte Beratung und Förderung. Zudem wollen wir mehr Sprach-
1109 und Bildungsangebote mit Arbeitsbezug. Dies gilt etwa für das Handwerk, die Pflege,
1110 Gastronomie und Produktion. So schaffen wir Integration durch Leistung und Teilhabe,
1111 nicht durch Abhängigkeit.

1112 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen besondere Förderung.
1113 Frühkindliche Sprachförderung, verpflichtende Kita-Besuche und gezielte
1114 Unterstützung an Schulen sind dabei zentrale Schritte. Die Kita ist der erste
1115 Integrationsort: Sie vermittelt Sprache, Regeln, Miteinander und Teilhabe. Deshalb
1116 führen wir ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr für alle Kinder ein. Kinder und
1117 Jugendliche, die bereits im Schulalter nach Deutschland kommen, besuchen, bevor sie
1118 regeleingeschult werden, eine Sprach-Intensivklasse. Hier erhalten sie die
1119 Sprachkenntnisse, die für den Zeitpunkt der Einschulung notwendig sind.

1120 **Integration ist eine Bringschuld – aber auch eine Chance.** Wir fördern Menschen, die
1121 sich einbringen, und setzen Grenzen für die, die Regeln missachten. Integration heißt
1122 Mitmachen und nicht Zuschauen. Für uns gilt: Rheinland-Pfalz soll Land der
1123 Möglichkeiten bleiben, aber kein Land der Beliebigkeit werden.

1124 **Unser Ziel: Ordnung, Verantwortung, Zusammenhalt**

1125 **Wir stehen für eine Migrationspolitik mit Herz und Verstand.** Rheinland-Pfalz ist ein
1126 Land, das hilft, wo Hilfe nötig ist, und Regeln durchsetzt, wo Ordnung geboten ist. Ein

1127 Land, das Chancen eröffnet und Verantwortung verlangt. Wer dazugehören will, ist
1128 herzlich willkommen. Wer unsere Regeln ablehnt, soll unser Land verlassen.

1129 **5. Gesundheit und Pflege – Nah, modern und menschlich**

1130 **Gesundheit bedeutet Lebensqualität und ist Daseinsvorsorge.** Ob in der Stadt oder
1131 auf dem Land: Jeder Mensch in Rheinland-Pfalz soll sich darauf verlassen können, im
1132 Notfall schnell Hilfe zu bekommen und wohnortnah medizinisch und pharmazeutisch
1133 versorgt zu werden. Deshalb schaffen wir **eine Gesundheits- und Pflegestruktur, die**
1134 **überall im Land stark, modern und menschlich ist.**

1135 Unsere Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Pflegerinnen und Pfleger,
1136 Therapeutinnen und Therapeuten und unsere Rettungskräfte leisten Tag für Tag Großes.
1137 Sie verdienen Respekt, faire Arbeitsbedingungen und eine Politik, die sie stärkt, statt
1138 behindert. **Gesundheit und Pflege müssen gemeinsam gedacht, gestärkt und**
1139 **zukünftig, zusammen mit der Notfallmedizin, in einem Ministerium gebündelt**
1140 **werden.**

1141 **a. Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ganzen Land**

1142 **Gesundheit darf keine Frage der Postleitzahl sein.** Wir setzen uns dafür ein, dass
1143 überall in Rheinland-Pfalz eine gute medizinische Versorgung gewährleistet bleibt. Dies
1144 gilt für die Hausarztpraxis, für Fachärzte und für die Notfallversorgung. Dabei ist die
1145 wohnortnahe Versorgung unser Leitprinzip. Wir stärken unsere Haus- und Fachärzte,
1146 die die zentrale Stütze unseres Gesundheitssystems bilden. Mit der Erhöhung
1147 der **Studienplätze in der Humanmedizin** und dem Schaffen zielführender
1148 Stipendienprogramme werden wir den Arztberuf auf dem Land attraktiver machen. Dazu
1149 gehören eine gezielte Förderung, eine gute Infrastruktur und verlässliche
1150 Rahmenbedingungen.

1151 In großen Landkreisen und Regionen, in denen Krankenhäuser in den vergangenen
1152 Jahren geschlossen werden mussten, unterstützen wir die Kommunen beim Ausbau von

1153 **sektorenübergreifenden Praxiskliniken**, die nach dem individuellen Bedarf und der
1154 gemeinsamen Planung von Landkreis und Land ausgerichtet werden. Diese Zentren
1155 können in unterversorgten Regionen haus- und fachärztliche Angebote bündeln und bei
1156 Bedarf um passende Angebote erweitert werden, damit medizinische Hilfe auch
1157 außerhalb der regulären Sprechzeiten schnell erreichbar ist. Apotheken sollen gezielt in
1158 die regionale Planung einbezogen werden, um die Versorgung mit Medikamenten in
1159 unmittelbarer Nähe sicherzustellen.

1160 **Pflegerische Angebote**, insbesondere Tages- und Kurzzeitpflege sowie solitäre
1161 Nachpflege, sollen dort integriert werden, wo sie benötigt werden und ein Träger oder
1162 Betreiber Verantwortung übernimmt. Das stärkt die Zusammenarbeit zwischen
1163 medizinischer und pflegerischer Versorgung und entlastet pflegende Angehörige im
1164 Alltag.

1165 Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegerinnen und Pfleger erhalten in diesen Praxiskliniken
1166 moderne, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und flexible Arbeitszeitmodelle,
1167 damit die Gesundheitsberufe im Land attraktiv bleiben. Damit sind sie ein ergänzender
1168 **Baustein zur Sicherung der medizinischen Versorgung** in der Fläche und stärken die
1169 bestehenden Krankenhausstandorte. Dafür stellen wir eine eigenanteilfreie
1170 Finanzierung zur Verfügung und werden in der genauen Ausgestaltung die Kommunen
1171 und Organisationen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen mit in die Umsetzung
1172 einbeziehen.

1173 Unser Ziel ist ein belastbares und flächendeckendes Netz aus wohnortnaher
1174 medizinischer Betreuung für Stadt und Land gleichermaßen, das die Menschen in
1175 Rheinland-Pfalz spürbar unterstützt.

1176 Ein weiteres zentrales Anliegen für uns ist die verlässliche und schnelle Vergabe von
1177 Facharztterminen. Zu viele Patientinnen und Patienten warten heute Wochen oder
1178 Monate auf notwendige Untersuchungen oder Behandlungen. Das ist nicht akzeptabel.
1179 Wir werden deshalb unter anderem die Terminservicestellen stärken und digitale
1180 Terminvermittlungen ausbauen. Unser Ziel ist klar: spürbar kürzere Wartezeiten für alle
1181 Patientinnen und Patienten.

1182 **Wir setzen auf Digitalisierung als Chance.** Telemedizin und Videosprechstunden
1183 können Versorgung sichern, wenn Wege weit sind oder Ärztinnen und Ärzte
1184 fehlen. Telemedizin soll deshalb fester Bestandteil der Regelversorgung werden,
1185 besonders in Regionen mit Ärztemangel. Sie ist für uns eine sinnvolle Ergänzung, ersetzt
1186 jedoch nicht die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Bereich.

1187 **Unsere Universitätsmedizin bleibt Herzstück der Versorgung und Forschung.**
1188 Der Standort Mainz muss weiter gestärkt, modernisiert und verlässlich finanziert
1189 werden. Wir werden die Zahl der Medizinstudienplätze auf 650 erhöhen und damit
1190 **mindestens 200 zusätzliche Vollstudienplätze** schaffen. Für uns ist klar, dass wir die
1191 Ärztinnen und Ärzte von morgen hier in Rheinland-Pfalz ausbilden müssen und damit
1192 eine Ausbildung in europäischen Nachbarländern nur eine Übergangslösung sein darf.
1193 Solange werden wir Kooperationen mit Universitäten im europäischen Ausland, an
1194 denen Studentinnen und Studenten aus Deutschland Humanmedizin studieren können,
1195 fördern. Nur so können wir die ärztliche Versorgung sicherstellen, wenn bereits heute 40
1196 Prozent aller niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte über 60 Jahre alt sind. Daneben
1197 setzen wir uns für die Gründung einer zweiten medizinischen Fakultät und den Ausbau
1198 mehrerer Satellitenstandorte ein, auch in Kooperation mit dem benachbarten Saarland.

1199 Mit einem eigenen Landesprogramm „**Start, Stay & Comeback**“ wollen wir
1200 Medizinerinnen und Mediziner in den Dienst zurückholen oder – zumindest in Teilzeit –
1201 von einer Weiterarbeit überzeugen. Das gilt für alle Studentinnen und Studenten der
1202 Medizin sowie für alle nicht praktizierenden und älteren Ärztinnen und Ärzte. Zudem
1203 muss die Anerkennung ausländischer Abschlüsse unter Wahrung unserer zu Recht
1204 hohen Qualitätsansprüche beschleunigt werden.

1205 Weiterhin gilt es, die Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Versorgung noch
1206 stärker zu fördern. Das schafft auch neue Möglichkeiten, insbesondere bei der
1207 Ausbildung junger Medizinerinnen und Mediziner. Eine enge Zusammenarbeit zwischen
1208 ambulanter und stationärer Versorgung soll zur Regel werden, damit Ärztinnen und
1209 Ärzte, Pflegekräfte sowie Therapeutinnen und Therapeuten gemeinsam für die
1210 Patientinnen und Patienten arbeiten und nicht nebeneinanderher.

1211 **Retten** **Rettungsdienst und Notfallversorgung sind für uns ein fester Bestandteil der**
1212 **Daseinsvorsorge.** Deshalb wollen wir eine verlässliche, moderne und flächendeckende
1213 Notfallversorgung mit klaren Zuständigkeiten. Im Notfall zählt jede Minute und wer den
1214 Rettungsdienst braucht, soll nicht länger als 10 Minuten warten müssen. Deshalb
1215 sorgen wir dafür, dass Notarztstandorte erhalten bleiben, gerade im ländlichen Raum.
1216 Zudem gilt es, den Rettungsdienst noch digitaler und besser zu vernetzen, um
1217 Notfallketten zu verkürzen und Leben zu retten. Gerade weil die Landesregierung dem
1218 Krankenhaussterben tatenlos zuschaut und damit auch das Verschwinden von
1219 Notaufnahmen auf dem Land in Kauf nimmt, wird eine schnelle Versorgung durch
1220 Hubschrauber umso wichtiger.

1221 **Wir verbessern die Luftrettung:** Dazu richten wir die Einsatzzeiten und die Anzahl der
1222 Hubschrauber-Standorte flexibel am tatsächlichen Bedarf aus. **Moderne**
1223 **Nachtsichtgeräte und automatische Hinderniserkennung werden Standard,** damit
1224 die Luftrettung in Regionen mit langen Rettungsfristen am Tag und in der Nacht
1225 bestmöglich einsatzfähig ist. Gerade beim Schlaganfall oder Herzinfarkt darf es nicht
1226 von der Postleitzahl abhängen, wie groß die Überlebenschancen im Notfall sind.

1227 Bis 2030 vernetzen wir alle stationären, ambulanten und rettungsdienstlichen Akteure
1228 digital, damit Informationen in Echtzeit dort ankommen, wo sie Leben retten.

1229 Die Gesundheitsämter werden stärker unterstützt und durch ein neues
1230 **Landesgesundheitsamt** koordiniert, das landesweite Standards sichert und auf Krisen
1231 vorbereitet ist.

1232 Gesundheit bedeutet auch Vorsorge. Wir werden **Prävention, Sucht- und**
1233 **Gesundheitsförderung** in allen Lebensphasen stärken. Dafür schaffen wir
1234 niedrigschwellige Angebote der Sucht- und Drogenhilfe und gehen gezielt gegen die
1235 zunehmende Verbreitung von illegalen Substanzen vor. **Prävention und Rehabilitation**
1236 **stehen für eine vorausschauende Gesundheitspolitik:** Sie schützen Lebensqualität,
1237 fördern Eigenständigkeit und entlasten dauerhaft unser Gesundheitssystem. Deshalb
1238 ist Gesundheitsförderung für uns keine Nebensache, sondern eine Investition in
1239 Lebensqualität, Gerechtigkeit und Zukunft.

1240 **Apotheken sind für uns Teil der Daseinsvorsorge.** Wir setzen uns für eine sichere
1241 Apothekenversorgung und den Abbau von Versorgungsengpässen ein. Außerdem
1242 werden wir die Pharmazie-Studienplätze erhöhen. Dabei gilt es Rheinland-Pfalz weiter
1243 als Leitstandort für die Pharma- und Gesundheitswirtschaft sowie für Biomedizin und -
1244 technologie zu positionieren.

1245 Die Förderung von Hebammenkreißsälen und Hebammenzentralen verbessern wir
1246 gezielt. Wir etablieren eine Amtshebamme sowie ein Hebammenregister, welches
1247 einem neu zu schaffenden Landesgesundheitsamt angegliedert wird und erfasst, wer
1248 welche Leistungen an welchem Ort anbietet. So stellen wir systematische
1249 Datenerfassung sowie bedarfsgerechte Planung sicher. Auf Bundesebene werden wir
1250 uns mit Blick auf den Hebammenhilfvertrag für Nachverhandlungen stark machen,
1251 damit Beleghebammen wieder voll vergütet werden. Zudem werden wir ein **Augenmerk**
1252 **auf die Frauengesundheit** legen. Wir wollen die Gender Health Gap schließen, indem
1253 wir uns für eine konsequente Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede
1254 einsetzen.

1255 Für **psychisch Erkrankte** werden wir eine wohnortunabhängige Versorgung
1256 sicherstellen. Das bedeutet einen Ausbau ambulanter und aufsuchender Angebote,
1257 verlässliche Krisendienste, Stärkung der Tageskliniken und Institutsambulanzen,
1258 bessere Vernetzung sowie Telepsychiatrie als Ergänzung. Ziel ist eine durchgängige
1259 Versorgungskette, auch im ländlichen Raum.

1260 **b. Krankenhäuser**

1261 **Unsere Krankenhäuser sind ein zentraler Pfeiler unserer medizinischen**
1262 **Versorgung.** Hier wird nicht nur behandelt, sondern Vertrauen geschenkt, Hoffnung
1263 gegeben und Leben gerettet. Rheinland-Pfalz braucht ein Krankenhauswesen, das
1264 Qualität sichert, aber auch wohnortnahe Strukturen erhält. Dafür werden wir einen
1265 **„Lebende Krankenhäuser-Fonds“** mit einem Volumen von 150 Millionen Euro jährlich
1266 auflegen, um alle Kliniken zu erhalten, bis die Bundesreform greift.

1267 **Als CDU wollen wir eine Krankenhausplanung, die auf Qualität, Erreichbarkeit und**
1268 **bedarfsgerechte Planung setzt.** Eben nicht auf Zentralisierung um jeden Preis. Das gilt
1269 auch für die Geburtsstationen im ländlichen Raum, damit Familien in der Nähe des
1270 Wohnorts entbinden können und Heimat erhalten bleibt.

1271 Krankenhäuser müssen zur Notfallversorgung dort bleiben, wo sie gebraucht werden:
1272 **Nah** bei den Menschen. Deshalb muss das Land endlich
1273 seiner **Investitionspflicht** nachkommen. Viele Häuser sind baulich und technisch
1274 veraltet, weil die nötigen Mittel fehlen. **Wir wollen ein landesweites**
1275 **Investitionsprogramm, das Gebäude saniert, Digitalisierung fördert und moderne**
1276 **Medizintechnik ermöglicht.**

1277 Dabei werden die **Praxiskliniken** als Bindeglied zwischen stationärer und ambulanter
1278 Versorgung ausgebaut. Sie vernetzen Hausärzte, Fachärzte, Pflege und Telemedizin und
1279 entlasten gleichzeitig die Krankenhäuser.

1280 **Gute Versorgung braucht gutes Personal.** Wir setzen uns für faire
1281 Arbeitsbedingungen, mehr Personal, flexible Dienstmodelle und bessere Vereinbarkeit
1282 von Familie und Beruf ein. Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Therapeutinnen und
1283 Therapeuten und Hebammen bekommen mehr Zeit für Menschen und vergeuden sie
1284 nicht für Bürokratie.

1285 Auch die **Notfallversorgung** muss reformiert werden: Wir wollen gemeinsame
1286 Leitstellen, eine digitale Vernetzung von Rettungsdienst und Krankenhäusern sowie
1287 klare Zuständigkeiten bei Notaufnahmen. Rheinland-Pfalz muss auch auf Pandemien
1288 und Katastrophen besser vorbereitet sein. Deshalb wollen wir in Verbindung mit einem
1289 Landesgesundheitsamt die Krisen- und Katastrophenschutzstrukturen unserer
1290 Krankenhäuser verbessern.

1291 **Für uns sind Krankenhäuser kein reiner Kostenfaktor, sondern Orte der Hilfe.**
1292 Deshalb müssen Verantwortung und Menschlichkeit wieder Vorrang vor reiner
1293 Wirtschaftlichkeit haben. Wir fördern Innovation und Out-of-the-box-Denken und legen
1294 daher ein Förderprogramm für „Neue Wege in der Gesundheitsversorgung“ auf. Dieses

1295 Programm unterstützt gezielt Pilotprojekte, wie „Kurzzeitpflege in Krankenhäusern“
1296 oder regionale Leuchttürme im stationären Umfeld. So machen wir Kliniken zu
1297 Impulsgebern der modernen Gesundheitsversorgung.

1298 **c. Stärkung der Pflege**

1299 **Pflege ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft.** Wer pflegt, verdient mehr als
1300 Applaus, und zwar faire Löhne und politische Unterstützung. Deshalb wollen wir eine
1301 Pflegepolitik, die Menschlichkeit mit Qualität und Zukunftssicherheit verbindet und
1302 damit als ganzheitlicher Ansatz wirkt. **Pflege wird deshalb nicht länger über mehrere**
1303 **Ressorts verteilt.** Wir bündeln alle Pflegezuständigkeiten innerhalb eines bestehenden
1304 Ministeriums, damit Entscheidungen schneller getroffen und Strukturen klarer
1305 organisiert sind.

1306 **Pflege darf kein Bürokratiemonster sein.** Wir setzen uns für einfache Verfahren,
1307 digitale Dokumentation und eine deutliche Entlastung der Pflegekräfte ein. Gleichzeitig
1308 wollen wir die Anzahl der Pflege-Ausbildungsplätze um mindestens 25 Prozent steigern
1309 und die Pflegeschulen digital ausstatten. Denn Rheinland-Pfalz braucht eine
1310 Pflegeoffensive, die Ausbildung, Rückkehr in den Beruf und Fachkräftegewinnung
1311 gleichermaßen fördert. Ergänzend müssen wir attraktive Arbeitsbedingungen
1312 (einschließlich moderner Unterstützung von Robotik und KI) und gezielte Programme für
1313 Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger schaffen. Mit der schnelleren Anerkennung
1314 ausländischer Abschlüsse und gezielten Anwerbungsprogrammen innerhalb der EU
1315 kann es uns gelingen, auch weitere Pflegekräfte zu uns zu holen.

1316 Wir werden die **Pflegekammer** neu aufstellen. Sie soll eine transparente
1317 Interessenvertretung der Pflegerinnen und Pfleger sein, jedoch ohne
1318 Zwangsmitgliedschaft. Pflegekräfte sollen spüren, dass ihre Mitwirkung von Vorteil ist,
1319 aber sie sollen auch frei darüber entscheiden können, ob sie Mitglied sein wollen oder
1320 nicht. Für uns ist klar: Die Pflegekammer muss den Pflegerinnen und Pflegern dienen,
1321 nicht über sie bestimmen.

1322 Wir stärken die ambulante Pflege und fördern Pflegewohngemeinschaften. Die
1323 Finanzierung der Pflegestützpunkte sichern wir nachhaltig. Denn Pflege darf nicht in
1324 Einsamkeit enden, sondern muss Teil einer lebendigen Nachbarschaft bleiben.

1325 **Pflegende Angehörige leisten einen Großteil der Pflege in Rheinland-Pfalz.** Sie
1326 brauchen mehr Entlastung, flexible Arbeitszeiten und finanzielle Unterstützung. Wir
1327 wollen sie gezielt fördern. Dafür brauchen wir einen Ausbau der
1328 Beratungsmöglichkeiten sowie von Pflegezeitmodellen und steuerlicher Entlastung auf
1329 Bundesebene. Mit der **Schaffung von mehr Kurzzeit-, Tages- und**
1330 **Verhindertenpflegeplätzen** können wir Familien unmittelbar entlasten. Dazu gehört
1331 auch die Erstellung von Notfallplänen, die zumindest eine vorübergehende Versorgung
1332 gewährleistet, wenn pflegende Angehörige kurzfristig ausfallen. Die finanzielle
1333 Unterstützung durch Gemeindeschwestern und mobilen Pflegediensten wird dieses
1334 kommunale Angebot weiter verstärken.

1335 Wir werden mit dem **Modellprojekt QuartierPflege** neue Wege in der wohnortnahen
1336 Versorgung gehen. Ziel ist es dabei, Pflege, medizinische Versorgung, soziale Angebote,
1337 Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe im Quartier besser zu vernetzen und zu
1338 koordinieren. So ermöglichen wir älteren und pflegebedürftigen Menschen ein
1339 selbstbestimmtes Leben in ihrer vertrauten Umgebung und entlasten zugleich
1340 pflegende Angehörige. Bewährt sich dieses Modell, werden wir die QuartierPflege
1341 schrittweise auf alle Regionen in Rheinland-Pfalz ausrollen.

1342 **Pflegeeinrichtungen** müssen zudem **digital besser vernetzt** werden, damit Übergänge
1343 zwischen Krankenhaus, Rehabilitation und häuslicher Pflege reibungslos funktionieren.
1344 Mit einem digitalen Pflegeplatzfinder machen wir passende Angebote und freie Plätze
1345 für Betroffene sichtbar. Darüber hinaus gilt es auch in der stationären Pflege, die
1346 Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsangebote zu verbessern. Zudem vertrauen wir
1347 den Anbietern bei der Flexibilisierung der Fachkraftquote. Für den ländlichen Raum
1348 werden wir uns für spezielle Modelle für Pflegewohngemeinschaften einsetzen.

1349 Wir **bauen die Hospiz- und Palliativversorgung aus** und fördern entsprechende
1350 Weiterbildungen für Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte und Ehrenamtliche. Das Land

1351 leistet einen Investitionskostenzuschuss bei der Einrichtung von Hospizen und
1352 Palliativeinrichtungen.

1353 **Pflege ist mehr als Versorgung.** Wir fördern das Ehrenamt, Nachbarschaftshilfen und
1354 Quartiersprojekte, die Zusammenhalt und Nähe schaffen. **Wer für Menschen arbeitet,**
1355 **verdient politische Rückendeckung.** Wir werden Pflegeberufe gesellschaftlich
1356 aufwerten, sowohl was die Anerkennung als auch die Verantwortung anbelangt. Wir
1357 hören auf das umfangreiche Expertenwissen in der Pflege über die Sektorengrenzen
1358 hinweg und setzen auf Best-Practice-Beispiele der Branche. Dabei haben wir die
1359 Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Laienpflegerinnen und Laienpfleger im
1360 Blick.

1361 Unser Ziel: Gesundheit und Pflege sind Versprechen an die
1362 Menschen.

1363 **Wir stehen für ein Rheinland-Pfalz, das niemanden allein lässt, das Sicherheit,**
1364 **Nähe und Menschlichkeit verbindet.** Denn: Ein starkes Gesundheits- und
1365 Pflegesystem schützt nicht nur die Menschen, sondern auch den Zusammenhalt
1366 unserer Gesellschaft.

1367 **6. Familie, Gesellschaft, Kultur, Sport, Ehrenamt, Medien** 1368 **und Europa – Zusammenhalt stärken, Vielfalt fördern und** 1369 **Ehrenamt würdigen**

1370 **Familien sind das Herz unserer Gesellschaft.** Sie geben Halt, Geborgenheit und
1371 Verantwortung weiter und das über Generationen hinweg. **Starke Familien, ein**
1372 **lebendiges Miteinander und ein starkes Ehrenamt sind das Fundament für ein**
1373 **starkes Rheinland-Pfalz.** Wir wollen eine Politik, die sie stärkt, die Gemeinschaft
1374 fördert und Zusammenhalt lebt. Dazu gehört auch, Menschen in ihrer Vielfalt zu
1375 respektieren und das zu bewahren, was uns verbindet: Vertrauen, Verantwortung und
1376 gegenseitige Unterstützung.

1377 **a. Familien stärken – in allen Lebensphasen**

1378 **Familienpolitik ist Zukunftspolitik.** Rheinland-Pfalz braucht Rahmenbedingungen, die
1379 es Eltern erleichtern, Beruf und Familie zu vereinbaren. Familienfreundlichkeit wird
1380 Leitlinie der Landespolitik – in der Bildung, beim Wohnen, der Arbeit und der
1381 Infrastruktur. Wir führen einen Familiencheck für alle neuen Gesetze ein, damit keine
1382 Regelung Familien benachteiligt oder zusätzliche Belastungen schafft.

1383 **Kinderbetreuung muss verlässlich, hochwertig und flexibel sein.** Wir sorgen für mehr
1384 Personal in Kitas, kleinere Gruppen und Öffnungszeiten, die den Arbeitsalltag von
1385 Familien wirklich abbilden. Mit Familienzentren bieten wir eine Anlaufstelle für
1386 Beratung, Begegnung, frühe Hilfen, Elternbildung und Vernetzung. Die Ferienbetreuung
1387 bauen wir landesweit aus und schaffen verlässliche Angebote für berufstätige Eltern.
1388 Zudem führen wir ein landesweites digitales Kita- und Tagespflege-Platzmanagement
1389 ein, um Eltern die Suche zu erleichtern und Kommunen zu entlasten.

1390 **Wohnraum für Familien ist ein Stück Gerechtigkeit.** Wir erleichtern den Erwerb von
1391 Wohneigentum mit der Einführung des rheinland-pfälzischen „**Eigenheim-Zuschuss**“:
1392 Für den Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie erhalten Familien pauschal 10.000
1393 Euro pro Elternteil und 5.000 Euro pro Kind unter 18 Jahren.

1394 Mit dem Konzept „**Aus Eins mach Zwei**“ aktivieren wir gezielt bestehende Ein- und
1395 Zweifamilienhäuser, die nach dem Auszug der Kinder häufig zu groß geworden sind.
1396 Durch Umbau, Aufstockung oder Teilung entstehen hier neue, familiengerechte
1397 Wohneinheiten. Das gilt auch für eine Vereinfachung bei der Umnutzung von
1398 Gewerbeimmobilien in Wohnraum sowie der Aufstockung von Immobilien. So schaffen
1399 wir bezahlbaren Wohnraum für junge Familien und ermöglichen es älteren
1400 Eigentümerinnen und Eigentümern mit der zusätzlichen Förderung von altersgerechten
1401 Umbaumaßnahmen, in ihrem Zuhause und vertrauten Umfeld zu bleiben. Wir
1402 unterstützen Eigentümerinnen und Eigentümer gezielt mit niedrighwelliger Beratung,
1403 vereinfachten baurechtlichen Verfahren und günstigen Förderprogrammen über unsere
1404 landeseigene Investitions- und Strukturbank.

1405 Den Versorgungsgrad im Bereich „besondere Wohnformen“ für Menschen mit
1406 komplexer Behinderung und hohem Unterstützungsbedarf werden wir landesweit
1407 systematisch aufarbeiten und Angebotsengpässe schrittweise beseitigen.

1408 Die **FamilienApp** Rheinland-Pfalz entwickeln wir weiter. Ein zentraler weiterer Baustein
1409 soll dabei der Basistarif einer Familien-Unfallversicherung sein, der allen registrierten
1410 Familien einen Grundschatz bietet. Vorteile beim Einkauf, bei Freizeitangeboten und als
1411 digitaler Ratgeber machen wir bekannter und attraktiver.

1412 Wir stärken **Alleinerziehende** gezielt mit passgenauen Unterstützungsangeboten und
1413 einem erleichterten Zugang zu Wohnraum und Entlastungsleistungen. Auch fördern wir
1414 **Mehrgenerationenwohnen** und barrierearme Umbauten, damit Familien und ältere
1415 Menschen gemeinsam und selbstbestimmt leben können. Jugendherbergen,
1416 Naturfreundehäuser und Familienferienstätten stärken wir gezielt und sichern sie
1417 dauerhaft als unverzichtbare Orte der Begegnung und Bildung.

1418 Zu einer funktionierenden Gesellschaft gehören Menschen mit unterschiedlichen
1419 Lebensentwürfen. Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen ungeachtet
1420 ihrer religiösen, kulturellen, sexuellen oder geschlechtlichen Identität überall frei und
1421 sicher leben können. Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung
1422 übernehmen.

1423 **b. Kinder und Frauen schützen**

1424 **Jedes Kind hat das Recht auf Schutz und Geborgenheit.** Deshalb machen wir
1425 Kinderschutz zur Chefsache und setzen auf Prävention, Aufklärung und klare
1426 Konsequenzen. Kinderschutz braucht klare Zuständigkeiten und eine Kultur des
1427 Hinschauens, nicht des Wegsehens. **Wir schaffen eine landesweite**
1428 **Kinderschutzstrategie, die Einrichtungen, Jugendämter, Schulen und Polizei besser**
1429 **vernetzt.**

1430 Prävention beginnt früh: Elternkurse, Schulsozialarbeit, spezialisierte Beratungsstellen
1431 und Aufklärungsprogramme an Schulen und Kommunen, um Missbrauch und
1432 Vernachlässigung zu verhindern. Die auf unsere Initiative an allen Schulen eingeführten,
1433 verpflichtenden Kinderschutzkonzepte werden wir weiterführen. Den Kampf gegen
1434 Jugendkriminalität bauen wir durch Frühintervention, Sozialarbeit und schnellere
1435 Gerichtsverfahren deutlich aus.

1436 **Wir stärken die frühen Hilfen, Familienhebammen und Unterstützungsangebote**
1437 **rund um Schwangerschaft und Geburt, um Überforderung frühzeitig zu verhindern.** Dazu
1438 gehört die Stärkung von Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ), der Kinderschutzdienste und
1439 des Kinderschutzbundes. Für die Sicherstellung des Kindeswohls werden wir die
1440 Kinderärzte und die Kinderpädiatrie besser vernetzen und flächendeckend im Land zu
1441 Kinderschutzambulanzen ausbauen.

1442 **Mit der Einrichtung eines Landeskompetenzzentrums Kinderschutz** bündeln wir
1443 Wissen, stärken die Forschung, schulen Fachkräfte und verbessern die
1444 Zusammenarbeit zwischen den Behörden. Zudem richten wir in allen Regionen des
1445 Landes ein **Childhood-Haus** ein, um Kindern eine sichere Umgebung zu bieten, die
1446 Opfer von psychischer und physischer Gewalt geworden sind. Auf diese Weise können
1447 sie optimal versorgt und die Klärungsprozesse durch die interdisziplinäre
1448 Zusammenarbeit aller Professionen altersgerecht und traumasensibel gestaltet
1449 werden.

1450 Wir stärken zudem den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt durch mehr
1451 Frauenhausplätze, schnellen Zugang zu Hilfen und verbesserter Finanzierung. Sozialer
1452 Wohnungsbau wird zielgenau auf Frauen und Alleinerziehende ausgerichtet, um
1453 schnellen Schutz und Neustart zu ermöglichen.

1454 Straftäter, die Frauen, Kindern und Jugendlichen Gewalt antun, erhalten nicht nur eine
1455 Fußfessel und engmaschige Überwachung, sondern spüren die volle Härte unseres
1456 Rechtsstaates.

1457 **c. Ahrtal – Wiederaufbau ermöglichen, Verantwortung einfordern**

1458 Auch vier Jahre nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal funktioniert der
1459 Wiederaufbau nicht so, wie die Menschen es erwarten dürfen. Infrastrukturprojekte
1460 kommen zu langsam voran, Verwaltungen arbeiten am Limit und gerade in der
1461 entscheidenden Phase war der Rückhalt des Landes nicht spürbar genug. Die
1462 Menschen im Ahrtal haben ihren Mut, ihre Zuversicht und ihre Verbundenheit zur
1463 Heimat nicht verloren. Sie wollen aufbauen, nicht warten, nicht verzweifeln und nicht
1464 aufgeben. Das verdient Respekt und Unterstützung.

1465 Wir schaffen deshalb im Bau-, Umwelt-, Artenschutz-, Denkmalschutz- und
1466 Vergaberecht **zeitlich befristete Ausnahmeregelungen**, um Verfahren zu vereinfachen
1467 und Planungen zu beschleunigen. So bringen wir endlich Tempo in zeitlich verfristete
1468 Projekte. Das Wiederaufbaureferat im Innenministerium wird zur **zentralen**
1469 **Schnittstelle mit einheitlichen Ansprechpartnern**, die den Kommunen, Betrieben und
1470 Initiativen vor Ort verbindliche und abschließende Antworten geben. Und das schnell,
1471 klar und ohne Zuständigkeitsverschiebungen.

1472 Die Flutkatastrophe hat auch eine politische Dimension. Die Beweisaufnahme des von
1473 uns eingesetzten Untersuchungsausschusses hat eindeutig gezeigt, dass frühzeitig
1474 Warnhinweise vorlagen, aber auf Landesebene keine abgestimmte Reaktion, keine
1475 Lagezusammenführung und keine Koordination der Ministerien erfolgte. **Verantwortung**
1476 **wurde weggeschoben, ein Lagebild nicht ernsthaft geführt und Rücktritte**
1477 **geschahen nicht aus dem tatsächlichen Führungsversagen** in der schrecklichen
1478 Katastrophe, sondern rein aus Folgefehlern. **Bis heute fehlt eine glaubhafte**
1479 **Entschuldigung der Landesregierung gegenüber den Menschen im Ahrtal für diese**
1480 **Versäumnisse**. Das gilt auch für den ehemaligen Landrat.

1481 Politische Verantwortung bedeutet, Fehler zu benennen, sich zu entschuldigen und
1482 Strukturen so zu verändern, dass sie nicht wieder entstehen. Genau das tun wir. Wir
1483 stehen an der Seite der Menschen, die ihr Zuhause, ihre Betriebe, ihre Vereine und ihre
1484 Heimat wieder aufbauen. Für uns ist der Wiederaufbau des Ahrtals kein reiner
1485 Verwaltungsakt. **Er ist die Verpflichtung des Landes gegenüber allen Bürgerinnen**
1486 **und Bürgern, die dort leben.**

1487 Unser Ziel ist klar: **Das Ahrtal bauen wir schneller auf**, mit weniger Hürden, mehr
1488 Tempo und einer **Landespolitik, die Verantwortung für ihr Handeln übernimmt**,
1489 Vertrauen gibt und dann echte Unterstützung liefert.

1490 **d. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Demokratie schützen, Einsamkeit**
1491 **vermeiden, Inklusion leben**

1492 **Unsere Gesellschaft lebt von Respekt, Miteinander und gegenseitiger**
1493 **Rücksichtnahme.** Rheinland-Pfalz ist vielfältig, offen und solidarisch. Aber das ist kein
1494 Selbstläufer. **Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jeder dazugehört und einen Teil**
1495 **der Verantwortung trägt.** Inklusion ist eben mehr als Barrierefreiheit. Sie bedeutet
1496 echte Teilhabe in Schule, Arbeit, Kultur, Sport und Politik. Wir wollen, dass Menschen
1497 mit Behinderung nicht um Teilhabe kämpfen müssen, sondern sie selbstverständlich
1498 erfahren. Wir werden die Förderschulen erhalten und die Inklusion an Schulen
1499 ausbauen, sodass Unterstützung im Alltag auch tatsächlich kindgerecht ankommt.

1500 **Und auch die Demokratie braucht unseren Schutz.** Wir stellen uns Extremismus,
1501 Antisemitismus und Hass entschieden entgegen. Unabhängig davon, aus welcher
1502 Richtung er kommt. Politische Bildung und Engagementförderung machen Demokratie
1503 im Alltag erlebbar, insbesondere an Schulen und in Vereinen. Dem **Schutz jüdischen**
1504 **Lebens sind wir in Deutschland besonders verpflichtet.** Das Existenzrecht Israels ist
1505 und bleibt Teil der deutschen Staatsräson. Wer in Deutschland lebt, muss die Werte des
1506 Grundgesetzes achten und darin hat Antisemitismus an keiner Stelle einen Platz.
1507 Bestehende Programme zur politischen Bildung sowie die zahlreichen Projekte an
1508 Schulen, Hochschulen und in Vereinen, die Erinnerungskultur lebendig halten, werden
1509 wir unterstützen. In diesem Zusammenhang besuchen alle Schülerinnen und Schüler
1510 verpflichtend im Laufe ihrer Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte. Damit fördern wir die
1511 Auseinandersetzung mit der Shoah und ihren unmittelbaren Folgen.

1512 Der gesellschaftliche Wandel hat die Ursachen und Erscheinungsformen von
1513 Einsamkeit vielfältiger gemacht und die Risiken, einsam zu werden, erhöht. **Deshalb**
1514 **werden wir Gaststätten und Räume des Dialogs stärken**, in denen Menschen
1515 verschiedener Generationen, Kulturen und Lebensentwürfe miteinander ins Gespräch

1516 kommen. Dies gilt sowohl für eine Verbesserung der (digitalen) Teilhabe älterer und
1517 jüngerer Menschen als auch für die Förderung ehrenamtlicher Strukturen sowie für die
1518 Unterstützung der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege. Wir werden in einem
1519 Modellprojekt prüfen, welchen Beitrag ein Seniorenamt für die Unterstützung der
1520 Selbstständigkeit von älteren Bürgerinnen und Bürgern leisten kann. Jeder Form von
1521 Diskriminierung werden wir aktiv begegnen. Zudem stärken wir neue Wohn- und
1522 Lebensformen wie Mehrgenerationenhäuser und barrierearme Smart-Home-Lösungen.

1523 Wir erkennen den **bedeutenden Beitrag von Vertriebenen, Aussiedlern und**
1524 **Spätaussiedlern** zum Wiederaufbau und zur erfolgreichen Entwicklung unseres Landes
1525 an. Auf Bundesebene werden wir uns deshalb für eine Verbesserung des
1526 Fremdentengesetzes für spät ausgesiedelte Deutsche einsetzen. Zudem unterstützen
1527 wir unsere Aussiedler- und Vertriebenenverbände mit politischer Bildung, Sprachkursen
1528 und gezielter beruflicher Integration. Wir setzen uns für die Etablierung eines
1529 Landesbeauftragten für Aussiedler und Vertriebene nach bayrischem Vorbild ein.

1530 **e. Kultur, Sport und Heimat – Identität bewahren, Zukunft gestalten**

1531 **Kultur stiftet Identität und sie verbindet Menschen über Grenzen hinweg.** Theater,
1532 Museen, Vereine und Festivals sind Orte, an denen Gemeinschaft entsteht. Zugleich
1533 sind sie eine unverzichtbare Grundlage für unsere Identität und unser gesellschaftliches
1534 Selbstverständnis. Deshalb werden wir **Kultur in Stadt und Land stärken, fördern und**
1535 **für alle zugänglich machen.**

1536 Dabei muss Kulturförderung einfacher, unbürokratischer und planbarer werden. Dies
1537 gilt insbesondere für ehrenamtliche Initiativen und kleine Kultureinrichtungen. Wir
1538 setzen auf regionale Kulturförderpläne und langfristige Finanzierung, um kulturelle
1539 Vielfalt zu sichern. Dazu führen wir ein **Kulturfördergesetz** ein, das Planungssicherheit
1540 und verlässliche Förderung schafft. **Für junge Menschen unter 21 Jahren werden wir**
1541 **den Eintritt in staatliche Museen und Denkmäler kostenfrei machen.**

1542 **Sport ist mehr als Bewegung. Er ist gelebte Gemeinschaft, Gesundheitsvorsorge**
1543 **und Wertevermittlung.** Im Sportverein lernen Kinder und Jugendliche Fairness,

1544 Teamgeist und Verantwortung. Ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer,
1545 Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Mitglieder des Vorstands leisten dabei
1546 tagtäglich einen unschätzbaren Beitrag für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.
1547 Dieses Engagement verdient nicht nur Anerkennung, sondern verlässliche politische
1548 Unterstützung. Deshalb werden wir die Sportförderung in Rheinland-Pfalz grundlegend
1549 stärken und deutlich mehr Mittel bereitstellen als bisher.

1550 Wir starten einen **Sport-Pakt für Rheinland-Pfalz**, der gemeinsam mit Kommunen,
1551 Sportverbänden und Vereinen den massiven Sanierungs- und Investitionsstau bei
1552 Sportstätten in den kommenden 5 Jahren systematisch abbaut. Der Sportstättenbau
1553 und die Sanierung von Sport- und Schwimmhallen, Plätzen und Bädern müssen wieder
1554 Priorität haben. Dafür legen wir ein dauerhaftes, auskömmlich ausgestattetes
1555 Landesprogramm für kommunale und vereinseigene Sportstätten auf. Förderquoten
1556 werden erhöht, die Kombination von Landes- und Bundesprogrammen ermöglicht,
1557 Kostenrichtwerte realistisch angepasst und Verfahren deutlich beschleunigt. Zudem
1558 müssen auch im Sport Planungssicherheit, Inflationsausgleich und eine
1559 unbürokratische Förderung zum neuen Standard werden. Transparenz ist dabei
1560 Voraussetzung für alle zielgerichteten Investitionen. Deshalb richten wir einen digitalen
1561 Sportstätten-Atlas ein, der Zustand, Sanierungsbedarf und Nutzung landesweit erfasst.

1562 Für uns ist der **Breitensport die Basis für den Leistungssport**. Wir unterstützen die
1563 Bemühungen Deutschlands, endlich wieder Ausrichter der Olympischen und
1564 Paralympischen Spiele zu werden. Dies würde dem Sport insgesamt einen besonderen
1565 Schub geben. Gleichzeitig werden wir die Rahmenbedingungen für den Leistungssport
1566 in Rheinland-Pfalz deutlich verbessern. Das gilt sowohl für unsere Bundes- und
1567 Landesstützpunkte als auch für eine faire und angemessene Entlohnung der
1568 Trainerinnen und Trainer.

1569 Mit einer **Ehrenamts-Offensive im Sport** entlasten wir Vereine und ihre Mitglieder
1570 spürbar. Dazu gehören vereinfachte Förderverfahren, bessere Qualifizierungsangebote
1571 und die stärkere Verzahnung von Schule und Verein. Wir bauen die Möglichkeit aus, im
1572 Rahmen des Sportabiturs den C-Trainer-Breitensport zu erwerben, um junge Menschen
1573 frühzeitig für Verantwortung im Verein zu gewinnen. Gleichzeitig stärken wir Prävention

1574 und Schutzkonzepte im Sport, insbesondere gegen sexualisierte Gewalt. Dies gelingt
1575 uns durch klare Meldestrukturen, eine verlässliche Begleitung der Vereine sowie eine
1576 adäquate Ausstattung des Landessportbunds und der drei regionalen Sportbünde.

1577 Um den Stellenwert des Sports auch strukturell zu unterstreichen, werden wir erstmals
1578 einen **Staatssekretär für Sport und Ehrenamt in der Staatskanzlei** einführen. Damit
1579 erhalten Sport und Ehrenamt eine starke Stimme im Zentrum der Landesregierung und
1580 werden ressortübergreifend koordiniert. Der Staatssekretär für Sport und Ehrenamt wird
1581 Motor unseres Sport-Pakts und in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund und den
1582 drei regionalen Sportbünden zentraler Ansprechpartner für Verbände, Vereine und
1583 Kommunen. Damit garantieren wir, dass sportpolitische Entscheidungen schneller,
1584 wirksamer und aus einem Guss getroffen werden. Somit machen wir Sport zur
1585 Chefsache.

1586 Wir wollen regionale Traditionen bewahren und gleichzeitig Räume für neue Ideen
1587 schaffen. **Brauchtum, Musik, Feste und Dialekte machen Rheinland-Pfalz**
1588 **unverwechselbar**. Sie sind fester Teil unserer Identität und verdienen unseren
1589 Rückhalt. Besonders musikalische Begleitung ist ein essenzieller Bestandteil unseres
1590 kulturellen Lebens – sei es durch Blaskapellen, Chöre, DJs oder Bands. Gleichzeitig
1591 stellen die GEMA-Gebühren für viele gemeinnützige Vereine und Veranstalter eine
1592 erhebliche finanzielle Belastung dar, die nicht selten zur Einschränkung oder Absage
1593 von Veranstaltungen führt. Deshalb werden wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer
1594 einen **Pauschalvertrag mit der GEMA** abschließen, um gemeinnützige Vereine und
1595 nicht kommerzielle Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz von übermäßigen
1596 Lizenzgebühren zu entlasten.

1597 Wir werden die neuen Regelungen zu Großveranstaltungen im Polizei- und
1598 Ordnungsbehördengesetz kurzfristig evaluieren und so anpassen, dass Feste im Land
1599 gefeiert, Veranstaltungen geplant und Lebensfreude weiterhin unbeschwert stattfinden
1600 kann. Dabei sorgen wir dafür, dass die Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
1601 und die Interessen der Vereine und Veranstalter in Einklang gebracht werden.

1602 **f. Ehrenamt macht Rheinland-Pfalz stark**

1603 Das Ehrenamt ist das Fundament unserer Gesellschaft. In Feuerwehren,
1604 Hilfsorganisationen, Sport- und Musikvereinen, Kirchen, Sozialverbänden, Tafeln,
1605 Nachbarschaftshilfen und vielen weiteren Vereinen, Stiftungen und Organisationen
1606 übernehmen Menschen Verantwortung füreinander. **Dieses Engagement hält**
1607 **Rheinland-Pfalz zusammen.** Wir sorgen dafür, dass Ehrenamtliche Rückhalt,
1608 Anerkennung und verlässliche Unterstützung erfahren. Deshalb entlasten wir
1609 Ehrenamtliche konsequent von Bürokratie. Vereinsarbeit darf nicht an Formularen,
1610 Nachweisen und komplizierten Verfahren scheitern. **Wir vereinfachen Förderanträge,**
1611 **reduzieren Dokumentationspflichten und digitalisieren Verfahren nach dem**
1612 **Prinzip: einmal erfassen, mehrfach nutzen.**

1613 **In jedem Finanzamt richten wir einen festen Ansprechpartner für Vereine und**
1614 **Ehrenamtliche ein.** Er unterstützt verbindlich bei Steuerfragen, Gemeinnützigkeit,
1615 Spendenrecht oder Ehrenamtspauschalen. Vereine erhalten damit klare
1616 Zuständigkeiten sowie schnelle und verlässliche Auskünfte.

1617 Ehrenamt verdient Respekt, und zwar sichtbar und im Alltag spürbar. Wir **reformieren**
1618 **das Verfahren für die Ehrenamtskarte ehrenamtsfreundlich** und verknüpfen sie mit
1619 zusätzlichen Vergünstigungen bei öffentlichen Einrichtungen, Mobilität, Kultur und
1620 Sport. Für eine Stärkung und regelmäßige Anpassung steuerlicher Freibeträge für
1621 ehrenamtliches Engagement setzen wir uns ein.

1622 Verdienste und Engagement würdigen wir öffentlich: **mit Auszeichnungen,**
1623 **landesweiten Aktionstagen und einer Kultur der Anerkennung in Verwaltung und**
1624 **Politik.**

1625 Wer hilft, verdient Schutz. Wir **verbessern den Versicherungs- und Haftungsschutz**
1626 für Ehrenamtliche und stellen landesweit einheitliche Standards sicher. Fort- und
1627 Weiterbildungsangebote bauen wir gezielt aus. Dies gilt insbesondere für Mitglieder des
1628 Vorstands, Jugendleiterinnen und Jugendleiter sowie Einsatzkräfte.

1629 Ehrenamt und Familie müssen dabei vereinbar sein. Wir setzen auf faire
1630 Freistellungsregelungen, die dem Ehrenamtlichen und dem Unternehmen gerecht

1631 werden und sie nicht gegeneinander ausspielen. Zudem setzen wir uns für die
1632 Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ehrenamt in Ausbildung, Studium und Beruf
1633 ein.

1634 Ehrenamt beginnt früh. Deshalb **stärken wir die Jugendverbandsarbeit**, die
1635 Jugendfeuerwehren, Sportjugend und den Freiwilligendienst. Denn ehrenamtliches
1636 Engagement öffnet Türen – für Ausbildung, Studium und gesellschaftliche Teilhabe und
1637 das Verständnis für unsere Mitmenschen.

1638 Wir entwickeln die digitale Ehrenamtsplattform des Landes weiter, die Engagement
1639 sichtbar macht, Helferinnen und Helfer vernetzt und Projekte und Antragsverfahren
1640 zusammenbringt. **So wird Engagement einfacher, moderner und zugänglicher.** Unser
1641 Versprechen: **Wir behandeln Ehrenamtliche als Partner, nicht als Bittsteller.**

1642 So bleibt Rheinland-Pfalz ein Land des starken, solidarischen und lebendigen
1643 Ehrenamts.

1644 **g. Religionsgemeinschaften – Werte, Bildung und soziale Verantwortung**

1645 **Religionsgemeinschaften** sind ein stabiler Anker unserer Gesellschaft. Die christlichen
1646 Kirchen und freikirchlichen Gemeinden, die jüdischen Gemeinden und auch viele
1647 muslimische Gemeinschaften **leisten einen zentralen Beitrag zu unserem sozialen,**
1648 **kulturellen und ehrenamtlichen Leben.** Sie betreiben Kitas, Schulen,
1649 Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen und organisieren praktische Hilfe in Krisen. Diese
1650 Rolle wird nicht eingeschränkt, sondern strukturell gestärkt und sie wird auch in die
1651 Krisen- und Katastrophenschutzkonzepte mit eingebunden, dort, wo sie aktiv praktische
1652 Hilfe leisten können. Der Religionsunterricht bleibt ein reguläres Schulfach. Wir stärken
1653 die Rahmenbedingungen, damit er flächendeckend und mit zeitgemäßen Lehrplänen
1654 stattfindet.

1655 Das **Christentum ist die prägende Grundlage unserer Kultur** in Europa und
1656 Deutschland. Die Kirchen geben den Menschen Orientierung und begleiten Familien,
1657 Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, ja alle Menschen jeden Tag. Christliche

1658 Feiertage und Traditionen bleiben ein verbindlicher Bestandteil des kulturellen Lebens
1659 im Land.

1660 **Jüdisches Leben ist selbstverständlicher und geschützter Teil unseres Landes.**

1661 Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen stehen unter besonderem Schutz. Der
1662 bestehende Staatsvertrag des Landes mit den jüdischen Gemeinden wird
1663 weiterentwickelt und langfristig abgesichert.

1664 **Muslimische Gemeinschaften sind Teil unseres Landes**, darunter viele deutsche
1665 Staatsbürger. Ihre Leistungen für Rheinland-Pfalz und die Bewältigung
1666 gesellschaftlicher Aufgaben erkennen wir ausdrücklich an. Als Land verstetigen wir den
1667 Dialog und die Zusammenarbeit mit muslimischen Religionsgemeinschaften und
1668 Verbänden.

1669 **Religiöse Träger brauchen Planungssicherheit.** Förderverfahren für soziale
1670 Einrichtungen in kirchlicher oder religiöser Trägerschaft werden vereinfacht und
1671 beschleunigt. Die gesellschaftliche Wirkung von Religionsgemeinschaften auf dem
1672 Boden des Grundgesetzes bleibt unantastbar.

1673 Familienzentren, die von Kirchen oder Religionsgemeinschaften getragen werden,
1674 stabilisieren wir langfristig und erweitern ihr Netzwerk schrittweise.

1675 **h. Unabhängige Medien – starke Säulen unserer Demokratie**

1676 **Freie, vielfältige und unabhängige Medien sind eine unverzichtbare Grundlage**
1677 **unserer Demokratie.** Sie informieren, ordnen ein, ermöglichen Meinungsvielfalt und
1678 leisten einen zentralen Beitrag zur politischen Willensbildung. Gerade in Zeiten von
1679 Desinformation und wachsender gesellschaftlicher Polarisierung kommt verlässlichen
1680 journalistischen Angeboten eine besondere Verantwortung zu.

1681 Rheinland-Pfalz ist traditionell ein **bedeutender Medienstandort**, insbesondere mit
1682 dem Sitz des ZDF und zahlreicher weiterer Medien- und Produktionsunternehmen aller
1683 Verbreitungswege von Print über Rundfunk bis Digital. Diesen Standort wollen wir

1684 erhalten und stärken. Wir treten einem weiteren Bedeutungsverlust entgegen und
1685 setzen uns für attraktive Rahmenbedingungen für Medienunternehmen ein. Dazu
1686 gehören verlässliche medienpolitische Entscheidungen, eine enge Zusammenarbeit auf
1687 Länderebene sowie die Förderung von Innovation, Ausbildung und Nachwuchs im
1688 Medienbereich.

1689 Das **duale Rundfunksystem** aus öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten
1690 Anbietern hat sich bewährt und ist ein Garant für Meinungsvielfalt und Qualität. Wir
1691 wollen dieses System erhalten und weiterentwickeln. Öffentlich-rechtliche und private
1692 Medien sollen sich dabei bestmöglich ergänzen. Dabei erwarten wir vom öffentlich-
1693 rechtlichen Rundfunk einen klaren Fokus auf seinen verfassungsrechtlichen Auftrag,
1694 Wirtschaftlichkeit und Transparenz.

1695 Der **Rundfunkbeitrag muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben**. Wir
1696 werden uns für Beitragsstabilität und einen verantwortungsvollen Umgang mit den zur
1697 Verfügung stehenden Mitteln einsetzen. Effizienzsteigerungen, Strukturreformen und
1698 Kooperationen innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen konsequent
1699 genutzt werden, um **Beitragserhöhungen zu verhindern**.

1700 i. **Europa als Motor für Wohlstand und Sicherheit**

1701 **Rheinland-Pfalz liegt im Herzen von Europa**. Unsere Unternehmen sind eng mit den
1702 europäischen Märkten verflochten. In unseren Grenzregionen leben viele Familien den
1703 europäischen Gedanken ganz selbstverständlich im Alltag. Schülerinnen und Schüler
1704 wachsen mit der Überzeugung auf, dass Zusammenarbeit stärker ist als Abschottung.

1705 Gleichzeitig zeigt sich: Europa muss an zentralen Stellen besser werden.
1706 Entscheidungsprozesse sind häufig zu schwerfällig, Förderverfahren zu komplex,
1707 Innovationen zu stark reguliert und die wirtschaftliche Stärkung aller Regionen nicht
1708 überall ausreichend spürbar. Diese Defizite wollen wir entschlossen beheben. Denn
1709 Europa bietet erhebliche Chancen für Wohlstand und Sicherheit in Rheinland-Pfalz.

1710 Entscheidend ist dabei, dass europäische Fördermittel im Land effektiv abgerufen und
1711 eingesetzt werden. Deshalb schaffen wir auf Landesebene eine **digitale**
1712 **Europaschnittstelle**, die Kommunen, Schulen, Forschungseinrichtungen und
1713 Betrieben einen einfachen, schnellen und vollständig digitalen Zugang zu europäischen
1714 Förder- und Innovationsprogrammen bietet. Jeder Antrag erhält eine verbindliche
1715 Rückmeldung – transparent, verlässlich und ohne unnötige Bürokratie.

1716 **Rheinland-Pfalz profitiert in besonderem Maße vom europäischen Binnenmarkt.**
1717 Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Regelungen **Wettbewerbsfähigkeit fördern, statt sie**
1718 **zu behindern**. Dies gilt insbesondere für den Mittelstand, das Handwerk und die
1719 Industrie. Europa muss wieder als **Raum wirtschaftlicher Stärke und technologischer**
1720 **Offenheit** verstanden werden. Dafür brauchen wir schnelle, digitale und verlässliche
1721 Verfahren statt überbordender Bürokratie. Wissen, Innovation und Exportkraft müssen
1722 zügig in Betrieben und Laboren ankommen. Diese Haltung vertreten wir konsequent
1723 gegenüber Berlin und Brüssel.

1724 Über unsere Landesvertretung in Brüssel setzen wir uns entschlossen für einen
1725 **spürbaren Bürokratieabbau** auf europäischer Ebene ein. Gerade für komplexe
1726 Infrastruktur- und Transformationsprojekte braucht es pragmatische und zeitlich
1727 befristete Ausnahmeregelungen, damit dringend notwendige Vorhaben nicht länger an
1728 endlosen Verfahrensschleifen scheitern. Deshalb wollen wir europäische
1729 Verhandlungen und Gesetzgebungsverfahren, die Rheinland-Pfalz unmittelbar
1730 betreffen, noch früher begleiten und den Austausch mit der Europäischen Kommission,
1731 dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament systematisch suchen. Europa
1732 muss ermöglichen, nicht verhindern.

1733 Wir wollen zudem die **Mobilität junger Menschen in Europa stärken**.
1734 Austauschprogramme wie Erasmus+ müssen auch für berufliche Schulen und
1735 Auszubildende zum Standard werden. Mit unseren unmittelbaren Nachbarn Frankreich,
1736 Luxemburg und Belgien werden wir den **Austausch von Schülerinnen und Schülern**
1737 **sowie Auszubildenden weiter ausbauen**. Die digitale Anerkennung von beruflichen
1738 Bildungsabschlüssen in der EU wollen wir vereinfachen.

1739 Die geopolitische Lage macht deutlich: Frieden braucht Stärke und Sicherheit braucht
1740 Koordination. Wir stehen für den **Ausbau eines europäischen Sicherheits- und**
1741 **Verteidigungsverbunds** in enger NATO-Partnerschaft.

1742 Für uns ist klar: **Europa muss sich wieder auf seinen Kernauftrag besinnen –**
1743 **ermöglichen, schützen, verbinden und Vertrauen schaffen.** Wir stehen für eine
1744 Europapolitik, die den Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben und arbeiten, wieder den
1745 Rücken stärkt. So entsteht ein handlungsfähiges, wirtschaftlich starkes Europa, das
1746 Frieden und Stabilität sichert. Mit Rheinland-Pfalz in seiner Mitte.

1747 **Unser Ziel: Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Zusammenhalt lebt**
1748 **und Gemeinschaft ermöglicht.**

1749 Wir stehen für ein Rheinland-Pfalz, in dem Familien verlässliche Betreuung und
1750 bezahlbaren Wohnraum finden. Menschen Schutz und Unterstützung erfahren – in der
1751 Versorgung, im sozialen Umfeld und im Alltag. Kultur, Ehrenamt und Sport aufblühen,
1752 klare Zuständigkeiten vorfinden und mit weniger Bürokratie zu kämpfen haben.

1753 **So entsteht ein Rheinland-Pfalz, das funktioniert – überall im Land, für alle**
1754 **Generationen und mit Vertrauen in die Heimat und in eine gute Zukunft.**

1755 **7. Landwirtschaft und Weinbau – Tradition bewahren,** 1756 **Zukunft gestalten**

1757 **Unsere Landwirtschaft und unsere Dörfer sind die Basis von Rheinland-Pfalz.** Sie
1758 stehen für Heimat, Verantwortung, Gemeinschaft und Fleiß. **Wer die Zukunft des**
1759 **Landes sichern will, muss die Menschen im ländlichen Raum stärken, denn sie**
1760 **ernähren, pflegen und prägen unser Land und unsere Landschaften.** Dabei wollen
1761 wir Landwirtschaft, Weinbau, Gastgewerbe, Handwerk und Ehrenamt in eine gute
1762 Zukunft führen mit dem notwendigen Respekt vor Tradition und mit Mut zur Innovation.
1763 Deshalb gilt für uns klar: **Landwirtschaft und Umwelt müssen wieder zusammen in**
1764 **einem Ministerium** gedacht werden.

1765 **a. Landwirtschaft – Garant unserer Versorgung**

1766 **Landwirtschaft ist mehr als Produktion, sie schafft unsere Lebensgrundlage.**

1767 Unsere Bäuerinnen und Bauern sichern unsere Versorgung mit Lebensmitteln und
1768 pflegen unsere Landschaften. Damit leisten sie aktiven Umwelt- und Klimaschutz. **Wir**
1769 **stehen fest an der Seite derer, die unser Land ernähren.** Landwirtschaftliche
1770 Produktion und Ernährungssicherheit haben für uns klaren Vorrang vor anderen
1771 Nutzungen von Flächen.

1772 Wir wollen, dass Landwirtinnen und Landwirte wieder Zukunft sehen, statt Auflagen zu
1773 fürchten. Von uns erfahren sie **Wertschätzung statt Misstrauen und**
1774 **Planungssicherheit statt Bürokratie.** Unsere Landwirtschaft braucht Verlässlichkeit,
1775 faire Preise und die notwendigen Freiheiten, um unternehmerisch zu handeln. Dabei
1776 stehen wir zur Förderung sowohl von ökologischer als auch von konventioneller
1777 Landwirtschaft. Beide sind für uns ein zentraler Teil unserer Ernährungssicherheit.
1778 Ebenfalls gilt es, die **Betriebsübernahmen zu stärken**, sodass der Nachwuchs in
1779 Zukunft erfolgreich wirtschaften kann.

1780 **Regionale Produkte sind dabei ein Stück unserer Heimat.** Wir setzen auf kurze Wege
1781 und regionale Wertschöpfungsketten – vom Acker bis zum Teller. Landwirtschaft,
1782 Gastronomie und Handel sollen enger zusammenarbeiten, um Rheinland-Pfalz als
1783 Genussregion zu stärken. In Kantinen von Behörden, Kitas und Schulen setzen wir
1784 verstärkt auf den Einsatz regionaler Lebensmittel. Zudem **bekennen wir uns klar zur**
1785 **Tierhaltung in Rheinland-Pfalz.**

1786 **Wir wollen weniger Bürokratie in der Landwirtschaft.** Anträge, Förderverfahren und
1787 Auflagen müssen digital, einfach und schnell bearbeitbar sein. Hierfür werden wir die
1788 Beantragung aller Förderprogramme auf einer zentralen Plattform zusammenführen.
1789 Jede Stunde, die ein Landwirt mit Büroarbeit verbringt, fehlt auf dem Feld oder im Stall.

1790 Der **Klimawandel** wirkt sich zunehmend auf unsere heimische Landwirtschaft und den
1791 Weinbau aus. Wir fördern klimaangepasstes Saatgut, innovative Anbauverfahren,
1792 moderne Landmaschinen und einen praxisnahen Naturschutz. Denn damit können

1793 Landwirtinnen und Landwirte auf den Klimawandel und die damit einhergehenden
1794 Extremwetterlagen passgenau reagieren. Dafür werden bürokratische Hindernisse für
1795 neue Techniken wie Drohnen im Pflanzenschutz oder Präzisionslandwirtschaft
1796 abgebaut.

1797 Die rasante Ausbreitung der **Schilf-Glasflügelzikade ist eine ernste Bedrohung für die**
1798 **Landwirtschaft**. Gerade Rheinland-Pfalz ist stark betroffen von den durch dieses Insekt
1799 übertragenen Krankheiten, die bei Zuckerrüben, Kartoffeln und zunehmend auch in
1800 anderen Kulturen zu hohen Ertrags- und Qualitätsverlusten führen. Wir werden einen
1801 Forschungsschwerpunkt bei der Entwicklung praxistauglicher Bekämpfungsstrategien
1802 setzen und alle notwendigen Maßnahmen im Bereich des Pflanzenschutzes und der
1803 Beratung ergreifen. Nur durch die enge Zusammenarbeit von Forschung, Beratung und
1804 Praxis kann es gelingen, dieser Gefahr entgegenzutreten und die Erträge unserer
1805 Betriebe und die Wertschöpfung durch Verarbeitungsbetriebe zu sichern.

1806 Wir **bauen Bewässerungszweckverbände** aus und fördern digitale
1807 Bewässerungssteuerungen, damit Felder in Trockenphasen sicher und
1808 ressourcenschonend bewässert werden können. Dafür gilt es, mit allen technischen
1809 Mitteln so viel Regen aufzufangen, dass unsere Landwirte auch im trockenen Sommer
1810 überall genug Wasser haben, um regional gute Nahrungsmittel für uns zu produzieren.

1811 Deshalb setzen wir uns für eine Agrarpolitik ein, die die heimische Erzeugung stärkt,
1812 statt sie durch überzogene Auflagen zu schwächen. Regeln müssen praxisnah,
1813 nachvollziehbar und einheitlich sein. Wir sprechen uns **gegen neue Steuern** wie eine
1814 „Zuckersteuer“ aus.

1815 Auch in Naturschutzgebieten soll Landwirtschaft weiter wirtschaftlich betrieben werden
1816 können. Praktische und klimaverträgliche Bewirtschaftungskonzepte müssen sich dort
1817 nicht ausschließen.

1818 **b. Weinbau – Kulturerbe und Zukunftsbranche**

1819 **Der Weinbau** prägt Landschaften, Regionen und Menschen. Dürreperioden,
1820 Starkregenereignisse, Pflanzenkrankheiten, steigende Kosten, Zölle, insbesondere auf
1821 den US-Märkten, anhaltende Kaufzurückhaltung, aber auch ein Überangebot belasten
1822 unsere Winzerinnen und Winzer enorm. Viele von ihnen kämpfen zunehmend um das
1823 Überleben. Für uns ist klar: **Wir wollen den Weinbau als wirtschaftliche, kulturelle**
1824 **und touristische Stärke unseres Landes sichern und weiterentwickeln.** Deshalb
1825 setzen wir auf gezielte Unterstützung, Forschung, neue Rebsorten und Pflanzenschutz
1826 mit moderner Technik.

1827 **Zudem braucht Weinbau Innovation und Wertschöpfung.** Wir wollen junge
1828 Winzerinnen und Winzer mit zinslosen Darlehen unterstützen, die Betriebe übernehmen
1829 und neue Wege gehen. Regionale Marken, Direktvermarktung und Weintourismus sind
1830 Zukunftschancen, die wir gezielt fördern wollen. **Um im Bereich des Weinbaus**
1831 **Bürokratie abzubauen,** werden wir **die Beantragung aller Förderprogramme auf einer**
1832 **zentralen Plattform zusammenführen.** Melde- und Aufzeichnungspflichten stellen wir
1833 auf den Prüfstand mit dem Ziel der Verschlinkung. Zudem setzen wir auf eine eigene
1834 Marketingkampagne für den rheinland-pfälzischen Wein und andere regionale
1835 Erzeugnisse, um ihr Image als hochwertige Genussprodukte weltweit zu stärken. Wir
1836 wenden uns gegen überzogene ideologiegetriebene Einschränkungen bei der
1837 Vermarktung und dem Konsum von Wein.

1838 **Weinbau ist aber auch Kulturerhalt.** Weinberglandschaften müssen gepflegt und
1839 erhalten werden, denn sie sind Teil unseres kulturellen Gedächtnisses und ein Schatz
1840 für kommende Generationen. Wir stärken unseren einzigartigen Steillagenweinbau
1841 durch eine Erhöhung des Steillagenzuschusses. Auf europäischer Ebene setzen wir uns
1842 für ein Kulturlandschaftsprogramm zum Schutz unserer landschaftsprägenden
1843 Weinberge ein. Zudem sorgen wir für eine nachhaltige Finanzierung von
1844 Flurbereinigungsverfahren und die Flexibilisierung von Ausgleichsmaßnahmen. Die
1845 Forderungen nach der sogenannten Rotationsbrache unterstützen wir – auch im
1846 Rahmen eines eigenen Landesprogramms. Ideologische Verbote beim Pflanzenschutz
1847 lehnen wir ab und setzen stattdessen auf Wissenschaft, Praxis und Verhältnismäßigkeit.
1848 Deshalb werden wir die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) personell
1849 stärken, damit Beratung, Ausbildung und Forschung zum Weinbau der Zukunft aus einer

1850 Hand erfolgen. Wir wollen handlungsfähige Schutzgemeinschaften, die ihrem Auftrag
1851 nachkommen können. Dafür werden wir das Agrargeoschutzgesetz zügig umsetzen und
1852 für eine ausreichende Finanzierung sorgen.

1853 **Unsere Weinregionen leben zudem von Geselligkeit und Tourismus.** Planwagen- und
1854 Funzelfahrten mit Weinprobe gehören seit Generationen zur Weinkultur und sind
1855 wichtiges wirtschaftliches Standbein vieler Betriebe. **Wir heben den überregulierten**
1856 **Erlass der Landesregierung auf,** der diese Fahrten unnötig einschränkt. Statt
1857 bürokratischer Hürden **schaffen wir praxisgerechte und rechtssichere Regeln,** damit
1858 diese traditionellen Angebote weiterhin verantwortungsvoll sowie wirtschaftlich
1859 möglich bleiben.

1860 **c. Jagd – Verantwortung für Natur und Artenvielfalt**

1861 **Jagd ist gelebter Naturschutz.** Denn unsere Jägerinnen und Jäger übernehmen
1862 Verantwortung für Wild und Wald. **Wir wollen eine Jagdpolitik, die ihnen mit Respekt**
1863 **begegnet und nicht mit Misstrauen.** Deshalb werden wir **das von der Ampelregierung**
1864 **gegen die Interessen der Jäger beschlossene Landesjagdgesetz ändern und dabei**
1865 **die berechtigten Interessen aller Akteure zusammenbringen.** Schließlich muss sich
1866 das Wildtiermanagement an regionalen Gegebenheiten orientieren, nicht an den
1867 ideologischen Vorgaben des Ampel-Jagdgesetzes.

1868 **Wir unterstützen die Initiative der Bundesregierung, den Wolf in das Jagdrecht**
1869 **aufzunehmen,** und werden alle landesrechtlichen Voraussetzungen für ein aktives
1870 Wolfsmanagement schaffen. Wir starten zudem eine Bundesratsinitiative, um den
1871 Schutzstatus weiterer Tierarten mit stark gestiegener Population, wie der Saatkrähe,
1872 herabzustufen. Bis dahin nutzen wir die vorhandenen Spielräume im Landesrecht, um
1873 eine Bestandsregulierung zu ermöglichen. Hier brauchen wir einen pragmatischen und
1874 unideologischen Umgang mit Konflikten, denen unsere Landwirtinnen und Landwirte
1875 ausgesetzt sind.

1876 **Für die CDU ist die Jagd Partner und nicht Gegner des Naturschutzes.** Deshalb
1877 werden wir Kooperationen zwischen Jägerschaft, Forst, Landwirtschaft und
1878 Naturschutzorganisationen noch stärker fördern.

1879 **Unser Ziel: Landwirtschaft, Weinbau und Jagd bringen**

1880 **Versorgungssicherheit und Stärke in unser Land.**

1881 Unsere Bäuerinnen und Bauern stehen für gute regionale Ernährung,
1882 verantwortungsvolle Flächennutzung und praktischen Umweltschutz. Unsere
1883 Winzerinnen und Winzer prägen weltweit geschätzte Weinregionen, schaffen
1884 touristische Anziehungspunkte und bewahren kulturelle Identität. Wir garantieren ihnen
1885 klare Zuständigkeiten, verlässliche Finanzierung und Unterstützung für Innovation,
1886 Nachwuchs und Betriebe. **So bleibt Rheinland-Pfalz ein Land, das seine Stärke aus**
1887 **eigener Leistung, Tradition und Fortschritt entwickelt.**

1888 **8. Umwelt und Energie – nachhaltig und technologieoffen**

1889 **Unsere Umwelt ist Lebensgrundlage und Verantwortung zugleich.** Rheinland-Pfalz
1890 ist geprägt von Weinbergen, Wäldern, Flüssen und Feldern. Von Landschaften, die
1891 Heimat und Zukunft verbinden. **Wir wollen sie bewahren, ohne Fortschritt zu**
1892 **verhindern.**

1893 Denn Nachhaltigkeit gelingt nur, wenn Ökologie, Ökonomie und soziale Verantwortung
1894 zusammen gedacht werden. **Unser Ziel ist ein ökologisch starkes, wirtschaftlich**
1895 **innovatives und sozial gerechtes Rheinland-Pfalz.**

1896 **a. Klimaschutz mit Innovation statt Ideologie**

1897 **Klimaschutz ist wichtig, aber er braucht Vernunft statt Verbote.** Wir wollen eine
1898 Politik, die nicht mit Ideologie, sondern mit Innovation überzeugt. Rheinland-Pfalz kann
1899 Vorreiter beim Klimaschutz werden, wenn alle gemeinsam und abgewogen handeln.
1900 **Dabei setzen wir als CDU auf Technologieoffenheit.** Klimaneutralität gelingt nur,

1901 wenn alle Wege genutzt werden: erneuerbare Energien, Wasserstoff, synthetische
1902 Kraftstoffe, Kreislaufwirtschaft und CO₂-Speicherung. Rheinland-Pfalz soll zu einem
1903 Modellland für klimafreundliche Technologien werden – vom energieeffizienten
1904 Handwerk bis zur CO₂-neutralen Industrie. Dies gelingt jedoch nicht mit starren
1905 Klimazielen, sondern mit Motivation und Anreiz. Die festgelegten Ziele im neuen
1906 ideologischen Klimaschutzgesetz der jetzigen Ampelregierung lehnen wir ab und
1907 werden **uns deshalb wieder an den Zielen des Bundes orientieren**. Denn mit eigenen
1908 Sektorzielen und einer früheren Umsetzung gefährden sie unsere heimische Wirtschaft
1909 elementar und sorgen nicht für eine echte Klimaneutralität in Rheinland-Pfalz, sondern
1910 für Abwanderung und Lastenverschiebung. Das gegeneinander Auspielen von Ökologie
1911 und Ökonomie kann auf Dauer nicht funktionieren. Wir setzen auf einen breiten
1912 Energiemix aus Erneuerbaren, Geothermie, Wasserkraft und Wasserstoff in Verbindung
1913 mit modernen Speichertechnologien.

1914 **Für uns heißt das: Anreize statt Vorschriften.** Klimaschutz muss sich lohnen, nicht
1915 bestrafen. Unternehmen, die in klimafreundliche Produktion investieren, müssen
1916 entlastet, nicht belastet werden. Dabei bauen wir auf technologieoffene
1917 Förderrichtlinien für Unternehmen, um die individuell bestmöglichen Wege tatsächlich
1918 zu erreichen. Wir fördern Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft durch
1919 Anerkennung innovativer Verfahren wie dem chemischen Recycling, damit Rohstoffe
1920 mehrfach genutzt werden und nicht verloren gehen. Zukunftstechnologien im Bereich
1921 des Klimaschutzes werden zudem erprobt und unterstützt. Geothermie und
1922 Wasserkraft werden dort stärker genutzt, wo es ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich
1923 tragfähig ist. Deshalb soll die öffentliche wie private Wärmeplanung technologieoffen
1924 erfolgen, ohne entsprechende Anschlusszwänge.

1925 Windkraft ist Teil eines stabilen Energiemixes in Rheinland-Pfalz. Sie wird dort
1926 ausgebaut, wo sie wirtschaftlich sinnvoll ist und lokale Interessen berücksichtigt sind.
1927 Zusammen mit Wasserkraft, Geothermie und der energetischen Nutzung von Biogas
1928 bietet sie ein hohes Potenzial für die lokale Wertschöpfung. Die Vorgaben des Wind-an-
1929 Land-Gesetzes setzen wir als Land in Abstimmung mit den Planungsgemeinschaften
1930 und ohne Überforderung einzelner Regionen um. Akzeptanz vor Ort ist dabei der

1931 entscheidende Erfolgsfaktor, denn die **Energiewende funktioniert nur gemeinsam mit**
1932 **den Menschen im Land.**

1933 **b. Photovoltaik aufs Dach bringen, weniger Verbrauch von Freiflächen**

1934 **Rheinland-Pfalz hat großes Potenzial für Sonnenenergie, aber auf Dächern, nicht**
1935 **auf Äckern.** Wir wollen, dass Photovoltaik zur Selbstverständlichkeit auf öffentlichen,
1936 gewerblichen und privaten Gebäuden wird. Dafür werden wir ein Solar-Gesetz schaffen,
1937 das die Nutzung von Dachflächen erleichtert und bürokratische Hemmnisse, etwa im
1938 Denkmalschutz, reduziert. **Unser Ziel ist: Jedes geeignete Dach soll Energie liefern**
1939 **können.** Das Land soll als Vorreiter vorgehen und die Dächer von
1940 Landesliegenschaften entsprechend ausrüsten. Dazu werden Genehmigungsverfahren
1941 vereinfacht und Förderprogramme stärker auf Dachanlagen ausgerichtet. Wir wollen
1942 Kommunen und Handwerksbetriebe dabei unterstützen, Photovoltaik wirtschaftlich und
1943 bürokratiearm umzusetzen.

1944 **Freiflächen müssen dabei geschützt bleiben.** Photovoltaikanlagen gehören bevorzugt
1945 auf Dächer, Fassaden und versiegelte Flächen und nicht auf fruchtbare Böden. Wir
1946 setzen uns für klare Leitlinien ein, damit die Energiewende nicht zur Flächenkonkurrenz
1947 mit Landwirtschaft und Naturschutz führt. Auch auf Parkplätzen, Lärmschutzwänden
1948 und stillgelegten Industriearealen können so PV-Anlagen entstehen. Das schützt unsere
1949 Landschaft und stärkt die Energieproduktion. Für den Bereich der Landwirtschaft
1950 **fördern wir Floating-PV und moderne Agri-PV-Anlagen, die Landwirtschaft und**
1951 **Energieerzeugung kombinieren, ohne den Boden zu versiegeln.**

1952 **c. Wassermanagement im Klimawandel verbessern – Winterregen speichern –**
1953 **Förderung von Wasserverbänden**

1954 **Wasser sichert Versorgung und Lebensqualität in Rheinland-Pfalz, und es wird**
1955 **zunehmend knapper.** Klimawandel bedeutet längere Trockenzeiten und mehr
1956 Starkregen. **Deshalb brauchen wir ein aktives Wassermanagement.** Mit
1957 Rückhaltebecken, Wasserspeichern und kluger Verteilung in trockenen Phasen muss
1958 Rheinland-Pfalz das Regenwasser besser nutzen. Winterregen darf nicht ungenutzt

1959 abfließen, sondern muss in der Fläche gehalten werden. Wir werden bestehende Wehre
1960 erhalten und, wo sinnvoll, neue Speichermöglichkeiten schaffen. Die
1961 Grundwasserneubildung soll durch gesteuerte Versickerung gezielt verbessert werden.
1962 Hochwasserschutz und Flutvorsorge werden wir strategisch und finanziell weiter
1963 ausbauen.

1964 Wir wollen ein aktives technisches Wassermanagement, nicht am grünen Tisch in
1965 Mainz, Brüssel oder Berlin, sondern vor Ort, wo die Menschen leben. Deshalb werden
1966 wir **verpflichtende Wasserverbände** schaffen, **damit die Oberlieger eines**
1967 **Gewässersystems und die Unterlieger gemeinsam ihr Wassermanagement planen,**
1968 **bauen und pflegen.** Denn nachhaltiges Wassermanagement heißt auch Regenwasser
1969 zurückhalten und Städte und Dörfer vor Hitze und Hochwasser zu schützen, statt uns
1970 mit unseren Siedlungen von Bächen, Flüssen und Auen zurückzuziehen. Mit
1971 flächendeckenden und vor Ort verankerten Wasserverbänden beugen wir dem vor. Dies
1972 werden wir als Land finanziell und organisatorisch besser unterstützen. **Dabei bleibt**
1973 **die gute Wasserqualität das zentrale Ziel.** Dafür setzen wir auf moderne Klärtechnik,
1974 den Schutz der Grundwasserressourcen und eine konsequente Überwachung von
1975 Schadstoffeinträgen. Unsere Landwirtschaft, die Industrie und private Haushalte
1976 werden wir unterstützen, und so gemeinsam Verantwortung für den sorgsam Umgang
1977 mit der knapper werdenden Ressource Wasser übernehmen.

1978 **d. Nachhaltige Landnutzung, Grünflächen im städtischen Raum und**
1979 **widerstandsfähiger Wald**

1980 **Landwirtschaft ist für uns mehr als Ernährung. Sie ist Landschaftspflege, Heimat**
1981 **und Wirtschaftskraft.** Wir wollen, dass Landwirtinnen und Landwirte mit ihrer Arbeit
1982 Zukunft gestalten können. **Deshalb setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation.**
1983 Klimaschutz, Artenvielfalt und Landwirtschaft gehören zusammen, nicht
1984 gegeneinander. Dafür fördern wir regionale Wertschöpfung, kurze Transportwege und
1985 eine Landwirtschaft, die von ihrer Arbeit leben kann.

1986 **Nachhaltige Landnutzung heißt auch: Flächenverbrauch begrenzen.** Neue Bau- und
1987 Gewerbeflächen werden sparsam und ressourcenschonend ausgewiesen.

1988 Innenentwicklung vor Außenentwicklung bleibt Leitlinie und das auch im Interesse der
1989 ländlichen Räume. In Städten und Gemeinden fördern wir grüne Oasen, Dachbegrünung
1990 und zusätzliche Bäume, um die Lebensqualität und das Stadtklima spürbar zu
1991 verbessern. Zudem stärken wir Biotopverbünde und unterstützen landwirtschaftliche
1992 Betriebe bei gezielten Arten- und Landschaftsschutzprogrammen.

1993 **Der Wald ist prägender Teil unserer Heimat und ein zentraler Wirtschaftsfaktor für**

1994 **Rheinland-Pfalz.** Mehr als 40 Prozent der Landesfläche ist bewaldet. Er ist
1995 Lebensraum, Kohlenstoffspeicher, Rohstoffquelle und ein Ort der Erholung. Wir treiben
1996 den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern voran, damit unser Wald
1997 widerstandsfähig gegenüber Dürre, Trockenstress und sich ausbreitenden
1998 Pflanzenkrankheiten wird. Private und kommunale Waldeigentümer erhalten
1999 Unterstützung, damit der Waldumbau in der Fläche gelingt und tragfähig bleibt. Holz
2000 bleibt dabei ein wertvoller Rohstoff; in der Bauwirtschaft, der Möbelindustrie und der
2001 regionalen Energieversorgung. Wir erkennen die energetische Nutzung von Holz als
2002 klimaneutrale und erneuerbare Energiequelle an.

2003 Durch vermehrt auftretende Trockenphasen wächst die Gefahr von Waldbränden
2004 zunehmend. Deshalb werden wir den Waldbrandschutz verbessern:
2005 Waldbrandschutzstreifen, Brandschneisen und zusätzliche Löschwasserteiche gehören
2006 zum neuen Standard im Land. Forst und Feuerwehren werden enger vernetzt, um im
2007 Ernstfall schneller reagieren zu können.

2008 **e. Energieversorgung: Bezahlbar, sicher und klimafreundlich**

2009 **Energiepolitik ist und bleibt Standortpolitik.** Rheinland-Pfalz braucht eine
2010 Energieversorgung, die verlässlich, bezahlbar und klimafreundlich ist. Das gilt für die
2011 privaten Haushalte, den Mittelstand und die Industrie gleichermaßen.

2012 **Wir wollen Versorgungssicherheit durch Vielfalt und einen ausgewogenen**

2013 **Energiemix.** Neben erneuerbaren Energien brauchen wir flexible Kraftwerke und
2014 Stromspeicher, die Netzstabilität sichern. Dabei gilt: **Energieversorgung muss**
2015 **technologieoffen bleiben.** Deshalb setzen wir auf regionale Energiekonzepte, die

2016 Städte und Gemeinden stärker einbeziehen. Denn dezentrale Energieerzeugung stärkt
2017 Kommunen und schafft Wertschöpfung unmittelbar vor Ort.

2018 **Wasserstoff ist ein wichtiger Baustein der Energiewende**, besonders für
2019 Industrieprozesse, die sich nicht direkt elektrifizieren lassen. Voraussetzung dafür ist
2020 eine realistische Planung. Genehmigungsverfahren werden wir deshalb nicht nur
2021 beschleunigen, sondern praxisnäher gestalten. Ein flächendeckendes Wasserstoff-
2022 Verteilnetz ist auf absehbare Zeit nicht realisierbar. Deshalb setzen wir auf die
2023 intelligente Nutzung der bestehenden Gasinfrastruktur. Nachhaltige Gase müssen
2024 fossile Erdgase schrittweise ersetzen. Grünes Methan aus Power-to-Gas kann in das
2025 vorhandene Gasnetz eingespeist werden und erhöht mit wachsender Verfügbarkeit die
2026 Klimafreundlichkeit aller Gaskunden. Reiner Wasserstoff kann dabei in begrenztem
2027 Umfang beigemischt werden. So sichern wir die Energieversorgung der Industrie,
2028 vermeiden teure Fehlinvestitionen und schaffen gleichzeitig einen verlässlichen
2029 Markthochlauf für Wasserstoff. Fossiles Erdgas bleibt in dieser Phase eine notwendige
2030 Brückentechnologie, um Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu
2031 gewährleisten.

2032 Wir betrachten Klimaschutz als Querschnittsaufgabe, die Wirtschaft, Energiepolitik,
2033 Infrastruktur und Landwirtschaft gemeinsam betrifft und nicht gegeneinander ausspielt.

2034 **Wir fordern einen verlässlichen Rahmen für Investitionen und werden uns dafür im**
2035 **Bundesrat einsetzen.** Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller,
2036 Netzausbau effizienter und Förderpolitik berechenbarer werden.

2037 **Energie darf kein Luxusgut sein.** Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Bürger und
2038 Unternehmen von der Energiewende gleichermaßen profitieren. Dazu gehört auch die
2039 Absenkung der Stromsteuer für Unternehmen und private Haushalte.

2040 Unser Ziel ist klar: Wirtschaft und Umwelt gehören zusammen.

2041 **Wir stehen für einen realistischen und gerechten Weg in eine nachhaltige Zukunft.**
2042 Denn wer unsere Umwelt bewahren will, muss den Menschen Vertrauen schenken und
2043 der Technik Freiheit.

2044 **9. Kommunen und ländliche Räume – Lebensräume mit** 2045 **Zukunft**

2046 **Unsere Kommunen sind das Fundament unseres Landes.** Hier wird gearbeitet,
2047 produziert, geholfen, gelebt und hier entscheidet sich, ob Demokratie und
2048 Zusammenhalt im Alltag funktionieren. Nach dem Prinzip der Subsidiarität stärken wir
2049 unsere Städte, Gemeinden und Landkreise finanziell dort, wo Verantwortung vor Ort
2050 wahrgenommen werden kann. **So sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen wieder**
2051 **handlungsfähig werden und Orte bleiben, an denen Menschen gerne leben.**

2052 **Wir schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.** Dazu gehören
2053 funktionierende Straßen, verlässliche Mobilität, schnelles Internet, ärztliche
2054 Versorgung, gute Schulen und Kitas und erreichbare Verwaltungsleistungen. Kein Dorf
2055 und keine Stadt wird abgehängt, damit Rheinland-Pfalz überall lebenswert bleibt. Ganz
2056 nach diesem Leitprinzip setzen wir auf einen **Rheinland-Pfalz-Plan „Heimat“**. Er folgt
2057 einem Leitgedanken der kommunalen Selbstverwaltung: **aktivieren statt alimentieren.**
2058 Wir stärken unsere Kommunen so, dass sie endlich wieder aus eigener Kraft investieren
2059 und gestalten können. Immer mehr neue Bürokratie und Aufgaben ohne die
2060 entsprechende Bereitstellung finanzieller Mittel gehören mit uns der Vergangenheit an.

2061 Unsere großen Städte und Mittelzentren sind Wachstumsmotoren und
2062 Innovationszentren unseres Landes. Sie ziehen Fachkräfte an, sind Knotenpunkte für
2063 die Mobilität und beherbergen Hochschulen, Unternehmen, Start-ups und
2064 Forschungseinrichtungen. Als regionale Anker verbinden sie Stadt und Land. Damit
2065 sichern sie vielerorts die Versorgung und den gesellschaftlichen Austausch über ihre
2066 jeweilige Stadtgrenze hinaus. Ihre Entwicklung ist mit entscheidend für die
2067 Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz.

2068 Kern unseres Plans ist eine **grundlegende Reform des Kommunalen**
2069 **Finanzausgleichs**. Wir stellen ihn transparent, gerecht und verlässlich auf. **Mehr**
2070 **allgemeine Finanzausweisungen ersetzen kleinteilige Förderprogramme**. Kommunen
2071 entscheiden selbst, wofür sie ihre Mittel einsetzen, und zwar vor Ort, ohne Umwege
2072 über Mainz. Die Mindestfinanzausstattung wird realistisch neu berechnet und jährlich
2073 dynamisiert. Für besonders belastete Städte, Gemeinden und Landkreise richten wir
2074 einen dauerhaften Härtefallfonds ein. Dabei gilt uneingeschränkt: Konnexität ist
2075 Verfassungsauftrag. Wer Aufgaben überträgt oder Standards erhöht, muss sie
2076 finanzieren. Landesgesetze werden künftig einer verbindlichen Konnexitätsprüfung
2077 unterzogen und eine Gesetzesfolgenabschätzung führen wir entsprechend durch.

2078 **Wir schaffen die Straßenausbaubeiträge endgültig ab**. Straßen sind Teil der
2079 öffentlichen Daseinsvorsorge und keine Privatangelegenheit einzelner Anlieger. Die
2080 Finanzierung erfolgt künftig aus allgemeinen Landesmitteln über eine dauerhafte,
2081 verlässliche Investitionskostenpauschale außerhalb des Kommunalen
2082 Finanzausgleichs. Kommunen behalten volle Planungs- und Entscheidungshoheit,
2083 Bürgerinnen und Bürger werden entlastet und Verwaltungsverfahren abgeschafft.

2084 Darüber hinaus **reduzieren wir kommunale Bürokratie spürbar**: Indem wir Standards
2085 überprüfen, Verfahren vereinfachen und Vorfinanzierungspflichten für Anteile des
2086 Landes bei Förderverfahren beenden. Fördermittel werden spätestens ein Jahr nach
2087 Maßnahmenschluss vollständig ausgezahlt.

2088 Wir stärken gezielt die Lebensqualität im ländlichen Raum. **Dörfer brauchen**
2089 **Treffpunkte und eine funktionierende Nahversorgung**. Dafür stärken wir das
2090 Gastgewerbe, Dorfläden, Bürgerhäuser, Mehrgenerationenprojekte und digitale
2091 Dorfplattformen.

2092 Kleine Grundschulen und Kitas auf dem Land sichern wir als Anker der Gemeinschaft.
2093 Denn Familien sollen dort bleiben und Dorfstrukturen weiter wachsen können.

2094 **Auch die Mobilität im ländlichen Raum ist Teil der Daseinsvorsorge**. Wir setzen auf
2095 flexible ÖPNV-Angebote, Rufbusse und Ruftaxis sowie digitale Buchungssysteme.

2096 Schülerbeförderung und Nahverkehr finanzieren wir verlässlich nach dem Grundsatz:

2097 **Wer bestellt, bezahlt.**

2098 **Wir machen das Wohnen im ländlichen Raum attraktiv und zukunftsfähig.**

2099 Innenentwicklung, Nachverdichtung und die Sanierung von Leerständen bleiben

2100 wichtige Leitlinien. Neubau wird jedoch dort möglich, wo er aus energetischen,

2101 demografischen oder funktionalen Gründen notwendig ist – etwa für bezahlbaren,

2102 seniorengerechten oder familiengerechten Wohnraum.

2103 Um Investitionen zu ermöglichen und anzuregen, stärken wir Landesbürgschaften,

2104 Fonds- und Zwischenfinanzierungen und schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für

2105 private und kommunale Investoren. Dazu gehört auch eine Vereinfachung des

2106 Baurechts. Der flächendeckende Ausbau von Glasfaser und digitaler Infrastruktur wird

2107 konsequent vorangetrieben, denn er ist ein zentraler Standortfaktor für Wohnen, Arbeit,

2108 Handwerk, Mittelstand und Homeoffice.

2109 **Unser Ziel: Wir geben den Kommunen Vertrauen, Freiheit und**

2110 **finanzielle Stärke zurück.**

2111 Nicht durch Einmalprogramme, sondern durch verlässliche Strukturen. Nicht durch

2112 Vorgaben von oben, sondern durch Verantwortung vor Ort. **So wird Rheinland-Pfalz ein**

2113 **Land mit starken Kommunen, lebendigen Dörfern und zukunftsfesten Regionen.**

2114 **10. Mobilität und Infrastruktur – vernetzt und**

2115 **zukunftsfähig**

2116 **Mobilität ist Freiheit.** Wir sind jeden Tag unterwegs, sei es auf dem Weg zur Arbeit, zur

2117 Schule oder zum Besuch bei Familie und Freunden. Und jeden Tag werden für uns und

2118 für die Unternehmen in unserem Land viele Güter transportiert – für ein gutes Leben und

2119 unseren Wohlstand. Dafür sind wir auf verlässliche Verkehrswege angewiesen. Sei es

2120 mit dem Auto oder LKW, Zug und Bus, dem Rad oder – vor allem für den Güterverkehr –

2121 auch mit dem Schiff. Rheinland-Pfalz braucht eine moderne, leistungsfähige
2122 Infrastruktur und Verkehrssysteme, die verbinden und nicht trennen. **Rheinland-Pfalz**
2123 **braucht eine funktionierende Mobilität in Stadt und Land – bedarfsgerecht,**
2124 **intelligent und klimafreundlich.**

2125 **a. Infrastruktur erhalten und modernisieren**

2126 **Gute Straßen, sichere Brücken, starke Netze und leistungsfähige Wasserstraßen**
2127 **sowie Binnenhäfen sind die Lebensadern unseres Landes.** Wir stehen für eine
2128 Infrastrukturpolitik, die Verantwortung übernimmt: Sanieren und schonender,
2129 effizienzsteigernder Ausbau. Kurz: Investieren statt Verwalten.

2130 Seit Jahren liegt Rheinland-Pfalz bei den Investitionen auf dem letzten Platz der
2131 Flächenländer. **Für uns hat die Sanierung von Straßen, Brücken und Bahnstrecken**
2132 **größte Priorität.** Die Straßen und Brücken im Land müssen endlich wieder in einen
2133 guten Zustand versetzt werden. Dafür braucht es einen verlässlichen Plan mit
2134 ausreichenden Mitteln im Haushalt. Zugleich brauchen wir die Kapazitäten, um das
2135 Geld sinnvoll zu verbauen. Dafür ertüchtigen wir den Landesbetrieb Mobilität weiter und
2136 stellen über einen eigenen rheinland-pfälzischen Infrastrukturfonds sicher, dass die
2137 Bauunternehmen Planungssicherheit für Jahre erhalten, damit sie entsprechende
2138 Ressourcen in Form von Personal und Technik aufbauen können. Den
2139 Infrastrukturfonds werden wir aus Haushaltsrücklagen und laufenden Haushaltsmitteln
2140 speisen und so die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes ergänzen.

2141 Wir werden das Beschleunigungspaket für Planungs- und Genehmigungsverfahren so
2142 schnell wie möglich umsetzen und gegebenenfalls an den richtigen Stellen ergänzen,
2143 damit Sanierungen und Ersatz- oder Ergänzungsbauwerke nicht an jahrelangen
2144 Vorlaufzeiten scheitern.

2145 Genehmigungsstellen werden wir digitalisieren. Die private Bauwirtschaft und externe
2146 Planungsbüros binden wir dabei stärker ein, um Kapazitäten zu erhöhen und Projekte
2147 schneller zu realisieren. Technische Fortschritte, mit denen andere Länder
2148 Effizienzsteigerungen bei Brückenbauwerken und Straßensanierungen erreichen,

2149 werden wir auf eine Übernahme hin prüfen. So kommen Bauvorhaben schneller und
2150 kostengünstiger vom Papier auf die Straße. Das nutzt sowohl der Wirtschaft als auch
2151 den Bürgerinnen und Bürgern.

2152 **Investitionen in Infrastruktur sind Investitionen in Zukunft.** Wir wollen, dass
2153 Rheinland-Pfalz beim Schienenverkehr aufholt: für moderne, sichere und saubere
2154 Bahnhöfe, barrierefreie Zugänge und eine bessere Taktung im Regionalverkehr. Die
2155 Reaktivierung von Bahnlinien mit positiver Kosten-Nutzen-Analyse werden wir, wo
2156 finanziell möglich, fortsetzen.

2157 Auch beim Güterverkehr kommt es auf eine kluge Kombination der Transportmittel an.
2158 Große Massen können am umweltfreundlichsten mit dem Schiff transportiert werden.
2159 Wir werden daher auf die Abladeoptimierung des Mittelrheins ebenso drängen wie auf
2160 eine Absicherung insbesondere der Moselschleusen, damit bei Havarieereignissen die
2161 Schiffbarkeit sichergestellt ist. Die Flexibilität der rheinland-pfälzischen Binnenhäfen
2162 durch die Kombination von Schiff, Bahn und LKW werden wir sichern und stärken.
2163 Liegeplätze und Landstromanschlüsse werden wir möglichst über eine Kofinanzierung
2164 mit dem Bund ausbauen, damit die Flussanlieger entlastet und die Binnenschifffahrt
2165 attraktiver werden.

2166 Brücken verbinden – am Rhein fehlt jedoch eine solche Verbindung zwischen Mainz und
2167 Koblenz auf rund 80 Kilometern. Wir sprechen uns klar für den Bau der
2168 Mittelrheinbrücke aus.

2169 **b. Mobilität für Stadt und Land**

2170 **Mobilität ist Daseinsvorsorge.** Wer auf dem Land lebt, darf nicht abgehängt werden.
2171 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und das heißt auch: Bus, Bahn und Straße
2172 müssen überall verlässlich funktionieren. **Dafür stärken wir den öffentlichen**
2173 **Nahverkehr.** Wir sorgen dafür, dass zentrale Orte mit Takt und Linie verbunden sind.
2174 **Daneben fördern wir neue Mobilitätsformen.** Im ländlichen Raum bauen wir zur
2175 Anbindung an diese Knotenpunkte On-Demand-Verkehre und datengesteuerte sowie
2176 lernende Mobilitätsangebote aus, damit Bus und Bürgerbus nicht leer, sondern

2177 bedarfsgerecht fahren. Wir fördern Bürgerbusse landesweit, damit Mobilität in kleinen
2178 Gemeinden sichergestellt und bezahlbar bleibt. Zudem schaffen wir Mobilitätspunkte,
2179 an denen leichte Umstiege zwischen den Verkehrsmitteln möglich werden. Dabei
2180 schließen wir nichts aus, sondern wir verbinden untereinander.

2181 Wir werden den öffentlichen Nahverkehr besser finanzieren und landesweit
2182 koordinieren. **Mit einem landesweiten Nahverkehrsticket, abgestimmt auf die**
2183 **jeweiligen Nutzer, schaffen wir einfache und faire Mobilität. Alle Schülerinnen und**
2184 **Schüler und alle in Ausbildung erhalten ein Deutschlandticket und das unabhängig**
2185 **von ihrem Wohnort.**

2186 Der Radverkehr soll weiter gestärkt werden. Denn wir wollen sichere Radwege, die
2187 sinnvoll in bestehende Verkehrsnetze integriert sind. Wir werden bei der
2188 Mobilitätspolitik Verkehrsträger nicht weiter ideologisch gegeneinander ausspielen. Wir
2189 schaffen im Landesbetrieb Mobilität die nötigen Planungskapazitäten, um
2190 Radwegeprojekte der Kommunen endlich planen und bauen zu können. Dabei liegt der
2191 Fokus zuerst auf dem Ausbau der Radschnellwege.

2192 **Das Auto bleibt auch in Zukunft wichtig.** Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland und die
2193 Stärkung des ländlichen Raums liegt uns am Herzen. Auch ein gut ausgebautes ÖPNV-
2194 Angebot kann außerhalb der Ballungszentren die Flexibilität und den Komfort des
2195 Individualverkehrs mittels Autos nicht ausgleichen. Wie genau sich die Zukunft des
2196 Autoverkehrs entwickelt, lässt sich nicht sicher vorhersagen. Wir unterstützen daher die
2197 Bemühungen der Bundesregierung zur Durchsetzung der Technologieoffenheit auf
2198 europäischer Ebene. Verbrenner mit synthetischen Kraftstoffen, E-Fuels,
2199 Elektroantriebe und Wasserstoff gehören alle zur Zukunft der Mobilität. **Dazu muss die**
2200 **Lade- und Tankinfrastruktur flächendeckend noch stärker ausgebaut werden.** Ein
2201 bedarfsgerechtes, dichtes Netz von Schnellladestationen macht Elektromobilität
2202 alltagstauglich und ist für die Nutzung von E-LKWs Voraussetzung. Für den LKW-Verkehr
2203 werden wir zur Steigerung der Verkehrssicherheit in enger Abstimmung mit dem Bund
2204 die Zahl der LKW-Stellplätze vergrößern und dazu Anreizsysteme zur Ausweisung
2205 entsprechender Flächen entwickeln.

2206 Zudem unterstützen wir die Initiative der Bundesregierung für Vereinfachungen und
2207 **Kostenreduzierungen beim Führerschein**. Von Seiten des Landes werden wir digitale
2208 Lernformate in der Fahrerqualifikation einführen. Die Einrichtung von
2209 Verkehrsübungsplätzen auf stillgelegten Flächen werden wir unterstützen, sodass der
2210 Zugang zu solchen Übungsplätzen erleichtert wird. Insbesondere für Jugendliche auf
2211 dem Land, die für ihre Ausbildung auf das Auto angewiesen sind, setzen wir uns auf
2212 Bundesebene für eine Einführung des **Führerscheins mit 16 Jahren** ein.

2213 **c. Digitalisierung und intelligente Vernetzung**

2214 **Die Zukunft der Mobilität ist digital**. Vernetzte Systeme, Künstliche Intelligenz und
2215 Echtzeitdaten machen den Verkehr sicherer und effizienter. **Wir wollen Rheinland-**
2216 **Pfalz zu einem Land der intelligenten Mobilität machen**. Denn intelligente
2217 Verkehrssteuerung kann mittels Künstlicher Intelligenz Staus verhindern und
2218 Rettungswege freihalten.

2219 Zusammen mit dem Bund werden wir die Modernisierung der Schieneninfrastruktur
2220 durch den gezielten Ausbau digitaler Netzwerke entlang unserer Bahnstrecken
2221 voranbringen. Damit bringen wir digitale Technik in den ländlichen Raum und
2222 verbessern die Leistungsfähigkeit des rheinland-pfälzischen Schienennetzes. Solche
2223 Projekte schaffen die Grundlage für ein zukunftssicheres Mobilitätsnetz und stärken den
2224 regionalen Personen- und Güterverkehr.

2225 **Daten sind der Treibstoff der Mobilität von morgen**. Wir setzen auf offene
2226 Datenplattformen, die Verkehrs-, Wetter- und Energieinformationen bündeln. Davon
2227 profitieren Unternehmen und Verkehrsverbände, die so passgenaue Angebote
2228 entwickeln und Mobility-on-Demand noch effizienter machen können.

2229 Breitband und 5G sind Grundvoraussetzungen für moderne Mobilität. Ohne stabile
2230 Netze gibt es keine vernetzten Fahrzeuge, keine Echtzeitdaten und keine digitalen
2231 Dienste. Deshalb muss der Ausbau jetzt konsequent vorangetrieben werden.

2232 **Rheinland-Pfalz darf bei der digitalen Infrastruktur nicht länger Nachzügler sein**.

2233 Wir wollen Glasfaser und Mobilfunk bis in jedes Tal, jeden Betrieb und jedes
2234 Klassenzimmer.

2235 Unser Ziel: Mobilität verbindet Menschen, Wirtschaft und
2236 Regionen.

2237 **Wir stehen für ein Rheinland-Pfalz, das in Bewegung bleibt.** Weil Mobilität Freiheit
2238 bedeutet und Freiheit Zukunft schafft.

2239 **11. Digitalisierung, Entbürokratisierung und** 2240 **Staatsfinanzen – Chancen der Zukunft nutzen**

2241 **Digitalisierung ist kein Selbstzweck – sie ist die Zukunftsfrage unserer Zeit.**

2242 Rheinland-Pfalz arbeitet zu oft in analogen Abläufen und in Doppelprozessen. Das
2243 bremst Menschen, Betriebe und Verwaltung gleichermaßen. **Wir machen Rheinland-**
2244 **Pfalz zu einem Land, das schneller entscheidet, effizient arbeitet und digital**
2245 **handelt. Einfach gesagt: Ein Land, das funktioniert!**

2246 **a. Herangehensweise ändern**

2247 **Bürokratieabbau und Digitalisierung werden ab jetzt gemeinsam gedacht.** Wir
2248 wollen eine neue Haltung im Land: Verwaltung darf kein Selbstzweck sein, sondern
2249 muss Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen werden. Das Ziel
2250 ist einfach: weniger Regeln, mehr Vertrauen, schnellere Entscheidungen.

2251 Unser Ansatz folgt dabei den folgenden vier Säulen:

2252 1. **Bürokratievermeidung bei neuen Gesetzen.** Regeln sollen erst gar nicht
2253 entstehen, wenn sie nicht nötig oder nicht digital umsetzbar sind.

2254 2. **Ermessensausübung im Sinne der Sache.** Wo Entscheidungsspielräume
2255 bestehen, sollen diese auch bürger- und unternehmensfreundlich genutzt

2256 werden. Dafür erhalten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die
2257 Rückendeckung von oben.

2258 3. **Systematische Überprüfung bestehender Regeln ab Tag eins.** Belastende
2259 oder überholte Vorschriften werden abgeschafft oder vereinfacht.

2260 4. **Digitale Abläufe ohne Medien- und Papierbrüche.** Jeder Antrag funktioniert
2261 künftig digital, einfach und schnell. Das gilt von der Baugenehmigung bis zum
2262 Förderantrag. Kein neues Gesetz ohne Digitalcheck!

2263 Zudem schaffen wir ein landesweites Bürokratiemeldeportal, über das Menschen und
2264 Unternehmen bürokratische Lasten und Hürden direkt an die Landesregierung melden.
2265 Diese Hinweise werden wir systematisch auswerten und in konkrete
2266 Vereinfachungsschritte überführen.

2267 **Digitalisierung wird Chefsache und an einer Stelle in der Landesregierung**
2268 **gebündelt.** Nur wenn alle Digital- und Verwaltungsprojekte an einer Stelle
2269 zusammengeführt werden, kann Rheinland-Pfalz im Wettbewerb mit anderen Ländern
2270 aufholen. Die bisherige Zersplitterung in Ressorts und Zuständigkeiten lähmt
2271 Fortschritt. Wir wollen einen zentralen Motor, der Innovationen vorantreibt.

2272 Außerdem testen wir ein **Ablaufdatum für einzelne neue Gesetze**, damit Regeln
2273 regelmäßig überprüft und nur bei nachweisbarer Wirkung verlängert werden. Wir
2274 verzichten zudem auf das sogenannte „Goldplating“ von EU- und Bundesvorgaben.

2275 **Zudem setzen wir auf ein einfaches Prinzip: Vertrauen statt Misstrauen.** Weniger
2276 Kontrollen, mehr Eigenverantwortung. Dafür muss der Staat zum Möglichmacher
2277 werden.

2278 **b. Landesverwaltung und Kommunalverwaltungen digital und bürgerfreundlich**
2279 **aufstellen**

2280 **Eine digitale Verwaltung spart Zeit, Geld und Nerven.** Wir wollen, dass Bürgerinnen
2281 und Bürger sowie Unternehmen alle wichtigen Behördengänge online erledigen können
2282 – sicher, einfach und ohne Papierberge. **Dazu muss das Onlinezugangsgesetz (OZG)**
2283 **endlich vollständig umgesetzt werden.** Wir setzen auf ein landesweites Serviceportal,
2284 das alle Verwaltungsleistungen bündelt. Anträge, Genehmigungen und Bescheide
2285 werden digital abrufbar und nachverfolgbar sein und das mit einem digitalen Postfach
2286 für alle Bürgerinnen und Bürger – und zwar 24/7. Dafür werden wir die digitalen
2287 Identitäten (E-Akte, E-Signatur, E-Rechnung) landesweit einführen und in allen
2288 Kommunen nutzbar machen.

2289 Auf Bundesebene setzen wir uns für das Once-Only-Prinzip ein: Bürgerinnen und Bürger
2290 müssen ihre Daten künftig nur einmal angeben, Behörden können sie sicher abrufen
2291 und Anträge automatisch vorausfüllen. KI-Technologien werden gezielt eingesetzt, um
2292 bestehende Systeme zu vernetzen und Datensätze zusammenzuführen – ohne teure
2293 Komplettumstellungen. Höchste Datenschutzstandards bleiben dabei verbindlich.

2294 **Verwaltung muss bürgerfreundlich und erreichbar sein. Sowohl persönlich als auch**
2295 **digital.** Deshalb setzen wir auf hybride Verwaltungszentren, die digitale Angebote mit
2296 persönlicher Beratung kombinieren. Wir wollen den digitalen Arbeitsplatz für
2297 Beschäftigte im öffentlichen Dienst ausbauen. Das funktioniert mit moderner Technik,
2298 Schulung und flexiblen Arbeitsmodellen. Dabei gilt es auch digitale Prozesse regelmäßig
2299 zu überprüfen und zu vereinfachen. Jede Verwaltung und jede Behörde braucht ein
2300 Digitalaudit, das unnötige Schritte streicht und Abläufe beschleunigt.

2301 **Kommunen sind der zentrale Teil unseres Staates.** Wir wollen sie in der digitalen
2302 Transformation unterstützen. Zusammen mit ihnen wollen wir eine gemeinsame IT-
2303 Plattform betreiben und landesweite Standards etablieren. So vermeiden wir
2304 Doppelarbeit und schaffen mehr Effizienz für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen
2305 und Verwaltung.

2306 **c. Genehmigungsverfahren beschleunigen**

2307 **Schnellere Verfahren bedeuten mehr Zukunft.** Ob beim Wohnungsbau, bei
2308 Energieprojekten oder bei Unternehmensgründungen – zu oft scheitern gute Ideen an
2309 endlosen Genehmigungsprozessen. Dazu werden wir über den Bundesrat alle
2310 Änderungen beim Verbandsklagerecht unterstützen.

2311 **Wir setzen auf ein Landesbeschleunigungsgesetz für Rheinland-Pfalz.** Alle
2312 Verfahren müssen klare Fristen haben. Wenn Behörden nicht rechtzeitig entscheiden,
2313 gilt die Genehmigung als erteilt (Genehmigungsfiktion). Dafür braucht es verbindliche
2314 Bearbeitungszeiten und mehr Personal für entscheidende Stellen, um den Rückstau
2315 abzubauen. Hierzu fördern wir Pilotprojekte für beschleunigte Planungs- und
2316 Feststellungsverfahren in den Schlüsselbereichen wie Wohnen, Energie und
2317 Infrastruktur. Außerdem werden die Genehmigungsschritte so gestaltet, dass sie
2318 parallel laufen können, statt nacheinander.

2319 **Digitalisierung muss Verfahren vereinfachen, nicht verkomplizieren.** Anträge
2320 können digital gestellt, automatisch geprüft und transparent nachverfolgt werden. Jede
2321 Bürgerin, jeder Bürger und jedes Unternehmen soll online sehen können, wie der
2322 Bearbeitungsstand ist und wer ihn bearbeitet. Zudem braucht es zentrale
2323 Genehmigungsstellen für große Projekte, ganz nach dem Vorbild anderer Länder. So
2324 wird Planungssicherheit geschaffen, ohne dass Bürgerbeteiligung verloren geht.

2325 Für Kommunen und Land vereinfachen wir Ausschreibungs- und Vergabeverfahren
2326 durch höhere Schwellenwerte und weniger Formalvorgaben, damit schneller gebaut
2327 und investiert wird.

2328 **Unsere Devise lautet: Vertrauen in Menschen statt Misstrauen durch überbordende**
2329 **Bürokratie.**

2330 Wir setzen auf Verantwortung, Tempo und eine Verwaltung, die „Ja“ sagt, wenn es geht,
2331 und nicht „Nein“, weil es einfacher ist. Um Entscheidungsfreude zu fördern, werden wir
2332 die Beurteilungskriterien von Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten im
2333 öffentlichen Dienst entsprechend anpassen.

2334 **d. Digitale Teilhabe**

2335 **Digitalisierung ist mehr als Technik. Sie ist Teilhabe, Freiheit und Zukunft.** Jeder
2336 Mensch soll in Rheinland-Pfalz am digitalen Leben teilhaben können, unabhängig von
2337 Alter, Einkommen oder Wohnort. **Wir schaffen flächendeckendes, schnelles Internet**
2338 **bis in jedes Dorf.** Denn Breitband und Mobilfunk sind heute so wichtig wie Strom und
2339 Wasser. Deshalb schaffen wir einen verbindlichen Zeitplan für Glasfaserausbau und
2340 5G-Netze im ganzen Land, besonders in ländlichen Regionen.

2341 Digitale Kompetenzen sind der Schlüssel zur Teilhabe. Wir wollen niedrigschwellige
2342 Schulungen mit Volkshochschulen, Bibliotheken und Gemeindezentren als Partner, die
2343 Jung und Alt im Umgang mit digitalen Anwendungen fit machen – von Onlinebanking bis
2344 zur Telemedizin. Dazu gehört, dass alle digitalen Angebote des Landes barrierefrei
2345 gestaltet und mehrsprachig zugänglich sind.

2346 **Digitalisierung darf niemanden ausschließen.** Deshalb unterstützen wir
2347 ehrenamtliche Initiativen, Vereine oder auch Seniorentreffs, die digitale Bildung
2348 vermitteln und digitale Geräte bereitstellen.

2349 **e. Starker Staat braucht starkes Personal**

2350 Ein leistungsfähiger Staat lebt von den Menschen, die ihn tagtäglich tragen.
2351 Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen und Lehrer, Ingenieurinnen und Ingenieure,
2352 Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte der Verwaltung, in Landesbetrieben,
2353 Hochschulen und an vielen anderen Stellen sorgen für Sicherheit, Bildung, Ordnung und
2354 funktionierende Verwaltung. Sie sind fester Bestandteil unseres Gemeinwesens. Doch
2355 der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz steht unter massivem Druck: Der
2356 Fachkräftemangel hat ihn längst erreicht. Immer mehr Stellen bleiben unbesetzt,
2357 Bewerberzahlen sinken und qualifizierte Beschäftigte wechseln in andere
2358 Bundesländer, zum Bund oder in die Privatwirtschaft, weil dort attraktivere
2359 Rahmenbedingungen geboten werden.

2360 Für uns ist klar: Wer einen funktionierenden Staat will, muss in seine Beschäftigten
2361 investieren. Deshalb starten wir eine Fachkräfteoffensive für den öffentlichen Dienst.
2362 Zentrales Element ist die **Einrichtung einer Stabsstelle in der Staatskanzlei**, die sich

2363 ressortübergreifend um die Gewinnung, Bindung und Entwicklung von Fachkräften
2364 kümmert. Der öffentliche Dienst bekommt damit eine starke Stimme und die
2365 Personalpolitik wird zur Chefsache.

2366 Gleichzeitig werden wir die **Rahmenbedingungen** im öffentlichen Dienst für
2367 Beamtinnen und Beamte wie auch für Tarifbeschäftigte **spürbar verbessern**. Dazu
2368 gehört die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale. Zulagen, wie beispielsweise
2369 die Polizeizulage, werden wir ruhegehaltstauglich ausgestalten. Insbesondere bei der
2370 Besoldung, den Einstiegsämtern und den Karriereperspektiven brauchen wir den
2371 Anschluss an andere Länder, damit sich Bewerberinnen und Bewerber nicht aus
2372 finanziellen Gründen gegen Rheinland-Pfalz entscheiden. Dazu gehören sowohl für die
2373 Tarifbeschäftigten als auch für die Beamtinnen und Beamten flexible
2374 Arbeitszeitmodelle, mobile Arbeit, zeitgemäße Führungskultur sowie Angebote wie das
2375 Job-Rad für alle. Ein starker Staat und starkes Personal gehören für uns untrennbar
2376 zusammen.

2377 **f. Staatsfinanzen mit Transparenz, Investitionen und Verantwortung**

2378 **Rheinland-Pfalz hat kein Einnahmeproblem.** Das Land nimmt ausreichend Geld ein –
2379 es setzt jedoch seit Jahrzehnten die **falschen Prioritäten** und nutzt seine finanziellen
2380 Spielräume nicht konsequent für Zukunftsinvestitionen.

2381 Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Seit dem Jahr 2016 hat Rheinland-Pfalz
2382 **Milliardenüberschüsse** erzielt. Nur im Corona-Jahr 2020 kam es zu einem Defizit, das
2383 im Zusammenhang mit der Zuführung zum Sondervermögen stand. Trotz dieser
2384 Überschüsse bleibt der Fortschritt im Land aus.

2385 Denn Rheinland-Pfalz bringt **seine veranschlagten Investitionen nicht auf die Straße.**
2386 Projekte werden angekündigt, Mittel eingestellt, aber nicht umgesetzt. Das Ergebnis ist
2387 dramatisch: **Rheinland-Pfalz hat im Ländervergleich den größten Investitionsstau**
2388 **und trägt bei der Investitionsquote die rote Laterne unter den Flächenländern.**

2389 Gleichzeitig wachsen die Rücklagen und die im Haushalt lieengebliebenen Mittel
2390 weiter an. So haben die Haushaltssicherungsrücklage und die **Haushaltsausgabereste**
2391 in den letzten Jahren **Rekordhöhen erreicht**. Geld ist da – es wird nur nicht genutzt.

2392 Wir sorgen künftig für **volle Transparenz im Landeshaushalt**, legen offen, welche
2393 Mittel gebunden, blockiert oder nicht abgerufen werden, und **lösen**
2394 **Haushaltsausgabereste konsequent auf**, wo sie Investitionen an anderer Stelle
2395 behindern.

2396 Unser Anspruch ist: **Öffentliches Geld muss wirken**. Wir setzen auf **verlässliche**
2397 **Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und Kommunen** statt auf
2398 Rücklagenpolitik ohne Umsetzung. Überschüsse sind kein Selbstzweck, sondern sie
2399 müssen dem Land dienen.

2400 So sichern wir **solide Staatsfinanzen**, stärken die **Handlungsfähigkeit des Landes**
2401 sowie unserer Kommunen und schaffen die Grundlage für Wachstum, Wohlstand und
2402 Vertrauen.

2403 Unser Ziel: Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das Chancen nutzt
2404 statt Bedenken pflegt.

2405 **Wir betrachten Digitalisierung nicht unter dem Aspekt des Risikos, sondern sehen**
2406 **sie als die künftige Grundlage von Freiheit, Wachstum und Teilhabe**. Wir machen
2407 unser Land fit für die Zukunft: mit weniger Bürokratie, mehr Vertrauen, einer Verwaltung,
2408 die den Menschen dient und soliden, transparenten Staatsfinanzen.